
H 8040 F
ISSN 1619-1404
24. Jahrgang
Nummer 140
Januar | Februar 2013
3,00 Euro
der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen
NPD, VERBOTSDEBATTE UND NAZI-SPITZEL
NPD

Liebe Leserinnen und Leser,

In Braunschweig eröffnete die NPD die heiße Phase des Wahlkampfs in Niedersachsen. Am Wahrzeichen der Stadt, am Löwen auf dem Burgplatz, fuhr am 7. Januar der Wahltrupp mit dem Partei-LKW, ihrem »Flaggschiff«, vor, auf dem die altbekannten Forderungen »Einwanderung stoppen« und »Raus aus dem Euro« prangten. Trotz bundesweiter Debatte um ein Parteiverbot und landesinternen Parteiquerelen versucht die NPD nun endlich im Westen einen Achtungserfolg zu erzielen. Einen Erfolg, den die Parteiführung um Holger Apfel auch dringend braucht. Seit er sich im Kampf um den Vorsitz durchsetzte, blieb die Partei bei Wahlkämpfen in West-Bundesländern fast immer hinter ihren selbst gesteckten Zielen, zudem sank die Mitgliederzahl. In Niedersachsen, dem »Stammland der Partei«, wo sie 1964 in Hannover gegründet wurde, soll »die Wende« kommen.
Die Aktion in Braunschweig war kurz. Rund um den Platz erwartete die NPD auch Protest. Kein Zugang, an dem nicht GegendemonstrantInnen standen. An die 500 waren dem Aufruf des »Bündnisses gegen Rechts« gefolgt. Die Polizei riegelte den Kundgebungsort vollständig ab. Per Gericht hatte die NPD mit ihrem Spitzenkandidaten Adolf Dammann und Patrick Kallweit diesen Ort erstritten. Sehr zentral, doch durch Polizei und Protestierende konnte kein Passant irgendeine Parteibotschaft sehen oder hören. Die Rede des NPD-Landesvorsitzenden Manfred Börm ging im Lärm der »Nazi-Raus«-Rufe und Pfeifen unter. Auch Kallweit redete nur für die rund 15 mitgekommenen Parteikader.
Die Dauer der Aktion und die Teilnehmerzahl ist jedoch kein Indiz für den Zustand der Partei. Der Aktionsverlauf ist so konzipiert. Bei ihrer »Deutschlandtour 2012« hatte die Partei diese Aktion ausprobiert. Immer wieder betonte Apfel, dass bei den Stopps mit dem »Flaggschiff« keine eigenen Anhänger mobilisiert, sondern Presseberichte provoziert werden sollen. Nach dem Auftakt in Braunschweig fuhr der Tross Richtung Wolfenbüttel weiter. Zwei Wochen lang will die NPD mit dem LKW durch die Städte touren. »Täglich zwei Kundgebungen«, verspricht Kallweit.
Ein Indiz für den Parteizustand ist aber in diesem Wahlkampf sehr wohl zu erleben. Seit Wochen kündigt Kallweit als Pressesprecher an, dass die Wahlkampfzeitung »Sturmfest & erdverwachsen«, benannt nach dem Landesmotto, verteilt werden soll. 40.000 Plakate seien vorhanden und an die 20.000 »Schulhof-CDs« sollten verteilt werden. Nur ist in dem Flächenbundesland, außer in den wenigen Schwerpunktregionen, wenig von den Ankündigungen umgesetzt worden – Infostände und Plakatierungen. Da passt es, dass Apfel auf seiner Facebookseite jetzt noch offen um Wahlhelfer für die »heiße Schlussphase« wirbt: »Helft mit – Packt mit an!«. Die Kosten würden übernommen, verspricht er. 1,5 Prozent erreichte die NPD bei der letzten Landtagswahl. Ein Ergebnis, das dahinter zurückbleibt, wird Führung und Partei belasten. Bei einem Wahlergebnis unter einem Prozent entfiele auch die Parteienfinanzierung.
Die NPD steht auch in diesem Heft mehr im Mittelpunkt. Personal und Jugendorganisation werden betrachtet, die laufenden Verbotsbestrebungen hinterfragt. Gleichwohl wendet sich der Blick unter anderem auf die »Reichsbürger«, die in Löhne eine »Botschaft« eröffnet haben, und ganz besonders auf die sogenannten »Identitären«, deren Konzept dieser Tage nicht nur in der extremen Rechten diskutiert wird.

Faule Lösung

Die Argumente sind lange ausgetauscht, das Für und Wider abgewogen. Über Sinn und Zweck eines NPD-Verbots sind sich Medien, Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen auch nach Jahren uneinig. Der Komplexität des Themas wird die Debatte aber selten gerecht. Manche Fragen und Aspekte vermisst man in der Diskussion.

von Barbara Manthe

Der NPD-Verbotsantrag ist auf dem Weg: Der Bundesrat will im Jahr 2013 einen Antrag an das Bundesverfassungsgericht stellen. Bundestag und Regierung werden entscheiden, ob sie sich anschließen. 2003 hatte das Gericht ein Verbotsverfahren aus verfahrensrechtlichen Gründen eingestellt, weil der Verfassungsschutz die V-Leute in der Parteiführung nicht abgeschaltet hatte.

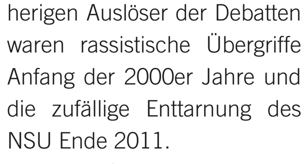


Die NPD will kein Verbot, sie will aber das Verbotsverfahren.
»Verboten gut«, so kokettiert die NPD mit der drohenden Illegalität. Eine Auflösung wäre fraglos ein herber Schlag, aber die Parteiführung hat in den letzten Monaten gezeigt, dass sie den öffentlichen Wirbel der Debatte zu schätzen weiß. Sie kündigte an, während des Verfahrens ihr politisches Auftreten zu verstärken. »Wir freuen uns auf das Verfahren«, ließ der Bundesvorsitzende Holger Apfel im Dezember 2012 verlauten. »Eine Partei, die nichts Verbotenes tut, kann nicht verboten werden«, so seine Devise. Denn die NPD behauptet bekanntlich, nicht verfassungsfeindlich zu sein. Schon Wochen vor dem Beschluss des Bundesrats hatte sie beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag gestellt, ihre Verfassungstreue prüfen zu lassen. Sollten die Richter in Karlsruhe tatsächlich ein Verbot aussprechen, so will die NPD den »Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte« (EGMR) in Straßburg anrufen.

Ein Verbot hätte in Straßburg vermutlich keinen Bestand.
Verfassungsrechtler werden nicht müde, auf die juristischen Hindernisse eines Verbotsverfahrens hinzuweisen – auch in europarechtlicher Hinsicht. Das Fiasko wäre groß, wenn nach einer Entscheidung des Straßburger Gerichts das Verbot rückgängig gemacht werden müsste, so der Staatsrechtler Eckart Klein. Der Präsident des EGMR, Dean Spielmann, betonte, dass die tatsächliche Gefahr, die von einer Partei ausgehe, im Verhältnis zu dem Eingriff in ihre Freiheitsrechte stehen müsse. Die NPD selbst geht davon aus, spätestens in Straßburg ein mögliches Verbot wieder zu kippen.

Sind alle V-Leute in der Parteiführung abgeschaltet?
Dies geht mit einem weiteren Problem einher: Es ist immer noch unklar, ob wirklich alle V-Leute in der NPD-Spitze abgeschaltet sind. Nicht alle Innenminister haben die Zusicherung unterzeichnet, dass das gesammelte Material frei von Äußerungen von V-Leuten sei. Die Dokumente umfassen über tausend Seiten, die auch Zitate enthalten – die NPD behauptet jetzt schon zu wissen, dass dort V-Männer erwähnt würden, die dann im Verfahren benannt werden könnten. Diese Ambivalenz wirft zum wiederholten Mal die Frage nach der Rolle von V-Leuten in der Neonaziszene auf.

Die Verbotsdiskussion berücksichtigt gesellschaftliche Veränderungen nicht und lenkt vom Thema ab.
Die Verbotsbestrebungen haben mit parteiinternen Entwicklungen oder der Rolle der NPD für die Neonaziszene kaum etwas zu tun. Die bisherigen Auslöser der Debatten waren rassistische Übergriffe Anfang der 2000er Jahre und die zufällige Enttarnung des NSU Ende 2011.



Wenn Anfang des Jahrtausends nach rassistischen Anschlägen in Politik und Öffentlichkeit ein Ruf nach dem Verbot der NPD laut wurde, ließ ein solcher Fokus die Frage nach dem Rassismus in der Mitte der Gesellschaft verblassen – ebenso wie die Problematik von Akzeptanz, Toleranz oder dem Verleugnen rechter Gewalt in jener Zeit. Wenige fragten damals nach den Kriterien behördlicher Ermittlungen, welche Gewalttaten als »rechtsextremistisch« eingestuft wurden und welche nicht. Kaum jemand kritisierte die Ermittlungen in Sachen »Döner-Morde«.
Die Fragen, die sich hinsichtlich des NSU auftun, sind so zahlreich, dass sie besser an anderer Stelle aufgeworfen werden. Angehörige und Opfer fordern in erster Linie eine lückenlose Aufklärung.

Es gibt von antifaschistischer Seite keine Konzepte für die Folgen des Verbots.
Bisher gerät im Kontext der Verbotsdebatte wenig in den Blick, wie antifaschistische Strategien für »danach« aussehen könnten. Kaum werden alle 5.900 Mitglieder der NPD den Kameradschaften beitreten, vielmehr könnte eine breiter gestreute Organisationslandschaft entstehen, die sich lokal stark ausdifferenziert. Oder die Strukturen retten sich in eine andere Gruppierung: Mit der »Rechten« existiert bereits eine – bislang bedeutungslose – Partei. Die Rivalitäten mit der NPD-Führung sind auch groß – und nachhaltig. »›Die Rechte‹ ist nicht der Plan B«, beteuerte Apfel. Deren Vorsitzender, Christian Worch, hat jedoch schon in den 1990er Jahren seine Erfahrungen gemacht, als er die Mitglieder verbotener Kameradschaften sammelte und neu integrierte.

Warum kein »Betätigungsverbot«?
Wer der Meinung ist, dass das Gesetz Alt- und Neonazis keine Handlungsmöglichkeit gewähren dürfe, sollte konsequenterweise ein generelles Betätigungsverbot für Neonazis fordern. Wer der Partei Strukturen und Finanzen nehmen will, mag als punktuellen Ansatzpunkt eine Auflösung gutheißen und sich dann den Folgen zuwenden. Aber mit der Forderung nach einem NPD-Verbot eine Auseinandersetzung mit Rassismus, mit rechter Gewalt und mit dem NSU-Komplex zu führen, das riecht nach einer faulen Lösung.

»Brandstifter-Effekt«

In einem geheimen Papier kritisierte 1997 die Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes den »Verfassungsschutz«. Dessen Spitzel würden vor Ermittlungen der Polizei geschützt und sich gegenseitig zu Aktionen anstacheln. Erst die Technik und das Geld vom Dienst würde zentralen Nazikadern Vernetzung ermöglichen.

von Jan Dirac

Neun klare Thesen, neun Sachverhalte zur Begründung und neun Erwartungen an den Geheimdienst. Das als geheim gestempelte Papier der »Abteilung Staatsschutz« des »Bundeskriminalamtes« (BKA) vom 3. Februar 1997 ist deutlich. Polizeibeamte der höchsten Ebene, die offenbar seit Jahren erfolglos versucht hatten, gegen relevante Nazi-Strukturen in Deutschland vorzugehen, schrieben sich hier hochoffiziell den Frust von der Seele. Kern des als »Positionspapier« gekennzeichneten Schreibens ist eine deutliche Kritik am Agieren des »Verfassungsschutzes« (VS) und des Einsatzes sogenannter »V-Leute« – also Nazis, die für Geld vom Staat die eigene Szene auskundschaften sollen. Doch die Spitzel, zumeist wichtige Kader, würden stattdessen an führenden Stellen die Strukturen der Neonazi-Szene mit dem Geld, der Technik, den Tipps und dem Schutz des Geheimdienstes aufbauen, kritisiert der Staatsschutz. Ermittlungen der Polizei wegen Straftaten würden immer wieder behindert oder gar unmöglich gemacht, so das Fazit der BKA-Abteilung.

Führende Positionen

Anlass für das erst jetzt bekannt gewordene Positionspapier von 1997, über das Mitte Dezember 2012 auch das Magazin »Der Spiegel« und die Zeitung »der freitag« ausführlich berichteten, sei »die in den letzten Jahren zunehmende Divergenz zwischen Verfassungsschutzoperationen und exekutiven Maßnahmen«, also Aktionen des Geheimdienstes, die im Widerspruch zum Agieren der Polizei stünden. Verantwortlich dafür seien »Quellenaktivitäten«, das heißt Aktionen von V-Leuten der Geheimdienste. Eingangs stellte das BKA fest, dass »Vertrauenspersonen/Quellen des Verfassungsschutzes […] maßgeblich in führenden/exponierten Positionen an der Vorbereitung von Veranstaltungen/Versammlungen/Aktionen« mitwirken würden. Der Staatsschutz warnte: »Es besteht die Gefahr, dass Quellen sich gegenseitig zu größeren Aktionen anstacheln. Somit erscheint es fraglich, ob bestimmte Aktionen ohne die innovativen Aktivitäten dieser Quellen überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten.« Und weiter: »Auch ist der »Brandstifter-Effekt« nicht unwesentlich, da statistisch nachweisbar insbesondere nach sog. »Gedenktagen« ein Ansteigen z. B. antisemitischer Straftaten zu verzeichnen ist.« In der Begründung führte das BKA dann mehrere Mobilisierungen zu Parteitagen der mittlerweile verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP), zu Strafprozessen gegen Nazis und zu »Rudolf-Heß-Aktionstagen« an, an deren Organisation offenbar »Quellen« der Geheimdienste in führender Position beteiligt waren. Der mittlerweile geoutete Nazi-V-Mann und Anti-Antifa-Aktivist Kai Dalek (»Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front«/»Thule-Netz«) war einer von ihnen, ebenso der verstorbene Nazi-Kader André Zimmermann (»Sauerländer Aktionsfront«).

An der konspirativen Durchführung eines Aufmarsches im Rahmen der »Rudolf-Heß-Woche« am 13. August 1994 in Luxemburg seien zum Beispiel »mindestens fünf hier bekannte Quellen des VS an der Vorbereitung und/oder Steuerung beteiligt« gewesen, schrieb das BKA. Luxemburg als Ort für den Heß-Aufmarsch sei bereits am 11. August 1994 bekannt gewesen. Dennoch erhielten die zuständigen Behörden am nächsten Tag lediglich die Information, der Aufmarsch finde im »Großraum Benelux« statt, die Nennung des konkreten Ortes erfolgte erst am 13. August. Das bestätigt nun auch nachträglich noch einen Bericht der Wochenzeitung »Die Zeit« von 1994, laut dem die deutschen Behörden das Nachbarland Luxemburg erst am Mittag des Aufmarschtages vor den anreisenden deutschen Neonazis gewarnt hatten, obwohl sie bereits seit zwei Tagen über das Land als Ort für den Aufmarsch informiert waren (s. drr Nr. 30). Luxemburgs Polizei löste damals den Aufmarsch zügig auf. Unter anderem mit diesem Beispiel belegte das BKA seine Auffassung, der Geheimdienst halte Informationen über geplante Nazi-Aktivitäten zurück, um eigene Quellen in den Strukturen zu schützen. Das sorge aber in anderen Fällen auch dafür, »dass Aktionen nicht mehr verhindert werden können«. Mit eigenen Ermittlungen habe die Polizei die Termine von Großveranstaltungen der Szene zum Teil gleichzeitig oder früher in Erfahrung gebracht, als dass sie Warnungen der Dienste aus Quelleninformationen erhalten habe. »Es besteht die Gefahr«, so warnte die Polizei, »dass der Quellenschutz eine frühzeitige und vollständige Information, die zur Gefahrenabwehr erforderlich ist, behindert«.

»Kenntnisse vom VS vermittelt«

In der Nazizeitschrift »NS-Kampfruf« wurde 1995 der Artikel »Grundwissen für den konspirativen Kampf« veröffentlicht, in dem AktivistInnen der Szene vor neuen Fahndungsmethoden und Techniken der Behörden gewarnt wurden. Die AutorInnen des Textes unterhielten engen Kontakt zu einem Spitzel des Geheimdienstes, der »als Spezialist für derartige Probleme« galt. Er versandte 1996 im Rahmen des »Rudolf-Heß-Tages« auch »Kommunikationsrichtlinien« an die Szene, in denen er unter anderem vor Abhöraktionen der Behörden warnte. Das BKA ging davon aus, dass diese »Kenntnisse vom VS vermittelt« wurden. Das sei naheliegend, da Quellen oftmals »gut über die aktuellen technischen Möglichkeiten der Exekutive informiert sind, z. B. im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung«. Diese Informationen würden »durch die Quellen innerhalb der gesamten Szene verbreitet«. Es bestünden auch »konkrete Anhaltspunkte, dass dadurch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden vereitelt oder unterlaufen werden«. Das schütze letztlich »die gesamte Szene vor Strafverfolgung«, warnte Deutschlands oberste Polizeibehörde in ihrem internen Schreiben. Die zurückhaltend und fast unterwürfig vorgetragene Bitte des BKA, den Geheimdienstquellen zukünftig nicht mehr zu zeigen, »wie Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung unterlaufen werden können«, gleicht einer Kapitulation des Rechtsstaates vor dem offenbar schrankenlosen Agieren der Geheimdienste.

Aufbauhelfer

Dass der Geheimdienst die Szene finanziell und mit aktueller Technik ausstattete und so erst ihren Aufbau und ihre Vernetzung ermöglichte, war eine weitere Kritik des BKA. Durch »die Ausstattung der Quellen mit der jeweils neuesten Telekommunikationstechnik« werde die Vernetzung der Szene erreicht. »Mehrere besonders aktive Quellen waren/sind mit umfangreicher Telekommunikationstechnik (Handy, Fax, PC mit DFÜ) ausgestattet und nutzen diese Technik«, so die Polizei. Außerdem sei »die Mehrzahl der Quellen« nur »durch die Übernahme recht hoher Telefongebühren, Reisekosten und Bereitstellung entsprechender Technik […] überhaupt sowohl finanziell als auch materiell in der Lage, Kontakte zu knüpfen und aufrecht zu erhalten«. Teils würden monatlich bis zu 1.000 DM allein an Telefonkosten von den Ämtern übernommen. Kurzum: Der Geheimdienst sorgte mit seinen Mitteln für den Aufbau und Unterhalt der Kommunikationswege der Naziszene. Da, und auch das führte das BKA aus, die genannten NaziaktivistInnen entweder erwerbslos oder mittellos seien, wären sie ohne das Geld und die Technik des Staates nicht in der Lage gewesen, diese Strukturen aufzubauen und zu betreiben. Selbst



^ *Antifaschistische Aktion an der Zentrale des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 10. November 2012 in Köln*

Reisen eines mittellosen deutschen Nazikaders in die USA zu Treffen mit den internationalen Nazigrößen Gary Rex Lauck und Ernst Zündel sollen demnach mit den Mitteln der Dienste ermöglicht worden sein.

Schutz vor Repression

Der Geheimdienst warne, so ein weiterer Vorhalt des BKA, seine Quellen vor anstehenden Repressionsmaßnahmen. »Es besteht die Gefahr, dass Beweismittel vor Eintreffen der Exekutive vernichtet werden«, heißt es in dem Geheimdokument. Eine Quelle der Dienste habe beispielsweise bei einer Vernehmung angegeben, er sei vor einer bevorstehenden Razzia des BKA gewarnt worden und habe sich daher nach Griechenland abgesetzt. Und ein Nazi aus Nordrhein-Westfalen habe in der Nacht vor der Durchsuchung anlässlich des Verbotes der FAP säckeweise Unterlagen vernichtet. Der Vater des Nazis sagte gegenüber der Polizei, »er habe sich schon lange gewundert, wie gut sein Sohn über polizeiliche und justizielle Maßnahmen informiert gewesen sei«. Die Warnungen würden über die Spitzel dann oft auch an andere Nazis weitergeleitet. Somit werde die Szene insgesamt vor polizeilichen Maßnahmen geschützt, nicht allein die Quelle des jeweiligen Dienstes. Ähnlich deutlich und rechtsstaatlich fatal ist auch ein weiterer Vorwurf des Staatsschutzes an die Geheimdienste: »Quellen des VS, die im Rahmen von Ermittlungsverfahren als Straftäter festgestellt wurden, werden weder angeklagt noch verurteilt und unterliegen somit auch für die Szene erkennbar keinem Verfolgungsdruck.« Kombiniert man diesen Fakt mit dem letzten Kritikpunkt des BKA, ergibt sich ein drastisches Bild, welches das oftmals selbstbewusste und scheinbar sorglose Agieren wichtiger NaziaktivistInnen erklärt. Denn: »Die Mehrzahl der Quellen sind nach dem Ergebnis der Ermittlungen überzeugte Rechtsextremisten. Bei diesen entsteht der Eindruck, unter dem Schutz des VS im Sinne ihrer Ideologie ungestraft handeln zu können und die Exekutive nicht ernst nehmen zu müssen.« Die abschließende »Erwartungshaltung« der Polizei ist erschreckend: »In Fällen, in denen die Quelle »aus dem Ruder läuft«, sollte der VS auch die Strafverfolgung vor den Schutz der Quellen stellen.« Das war offenbar bis dahin genau andersherum.

Alles beim Alten?

Ausdrücklich betonte die Staatsschutz-Abteilung des BKA 1997, der Einsatz bezahlter Spitzel werde grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Er sei ein »taugliches Mittel zur Penetration rechtsextremistischer Gruppierungen«. Das Positionspapier solle dazu beitragen, »Lösungen zu finden, die sowohl im Interesse des Verfassungsschutzes sind als auch der Aufgabenstellung der Polizei (Prävention und Repression) entgegenkommen«. Das Festhalten an Spitzeln, das Qualifizieren des V-Leute-Systems und eine engere Verzahnung von Geheimdiensten und Polizei, in diese Richtung gehen angesichts des Auffliegens des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) im November 2011 und den seitdem offenbar gewordenen Verfehlungen der Behörden auch die aktuellen Planungen zum Umbau der Sicherheitsarchitektur in den Sicherheitsbehörden selbst und in fast allen Parteien. Bestätigung erfahren die Befunde des BKA-Papiers unterdessen auch in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die in drei Landtagen und dem Bundestag eingerichtet wurden, um die Fehler bei der Fahndung nach den im Frühjahr 1998 abgetauchten späteren Mitgliedern des NSU und die möglichen Verstrickungen der Sicherheitsapparate in das Geschehen bis zum blutigen Ende der Naziterroristen im November 2011 aufzuklären. Geändert hat sich seit 1997 offenbar wenig oder nichts. Das 15 Jahre alte Geheimpapier des BKA scheint seine Wirkung gegenüber dem Geheimdienst, der offenbar nach seinen ganz eigenen Regeln agiert, verfehlt zu haben. Es darf also davon ausgegangen werden, dass auch später noch Geld, Technik, Tipps und Warnungen vor Repression von den Geheimdiensten an die Nazi-Szene gegangen sind und so dafür sorgten, dass rechte Propaganda betrieben, Strukturen aufgebaut und Straftaten und Gewaltaktionen durchgeführt werden konnten – nicht nur unter den Augen des Staates, sondern mit dessen Hilfe. Informationen dazu, wie es heute bei den Diensten wirklich zugeht, wird die Öffentlichkeit möglicherweise erst in vielen Jahren erhalten. Dass sich aber grundlegend an diesen Zuständen etwas verändert hat, braucht freilich nicht angenommen werden.

Agent und Provokateur

Der frühere NPD-Funktionär Kai-Uwe Trinkaus war Spitzel des Geheimdienstes. Er baute in Erfurt die Partei auf und suchte das Bündnis mit militanten Nazis. Während seiner Zeit als V-Mann ging er gegen PolitikerInnen demokratischer Parteien und politische GegnerInnen vor.

von Paul Wellsow

Am 5. Dezember 2012 outete der »Mitteldeutsche Rundfunk« (MDR) den früheren Thüringer NPD-Funktionär Kai-Uwe Trinkaus als Spitzel. Er stand von 2006 bis 2007 im Sold des »Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz« (TLfV). Erst 2005 war Trinkaus der NPD beigetreten und wurde im selben Jahr stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Erfurt-Sömmerda. Im Mai 2006 kam es dann zum ersten Kontakt mit dem TLfV. Während Trinkaus behauptet, vom Amt angeworben worden zu sein, nennt der Geheimdienst ihn einen »Selbstanbieter«. Als V-Mann verpflichtet wurde er im März 2007. Widersprüchlich sind die Angaben über die Dauer seiner Tätigkeit. Er gibt an, bis 2010 als V-Mann gearbeitet zu haben; das TLfV beharrt darauf, die Kooperation Ende 2007 beendet zu haben. Dennoch bestätigte das Amt weitere Kontakte, zuletzt am 19. Oktober 2012. Gut 16.000 Euro zahlte ihm der Geheimdienst.

Schneller Aufstieg

In der NPD stieg Trinkaus schnell auf. Am 21. April 2007 – nur einen Monat nach seiner Verpflichtung als Spitzel – übernahm er den Vorsitz des Kreisverbandes. Trinkaus organisierte zahlreiche Aktionen, suchte das Bündnis mit militanten Nazis und eröffnete ein »Bürgerbüro«. Die Adresse nutzte er auch für seine Vereinsarbeit, die er mit weiteren Nazis seit Ende 2006 vorbereitet hatte, um bürgerschaftliches Engagement vorzugaukeln. So wurde im Oktober 2006 der Verein »Schöner Leben in Erfurt e. V.« gegründet, im November übernahm er den Vorsitz des Vereins »Alleinerziehende in Not e. V.« und im Dezember 2006 wurde der Sportverein »SV Vorwärts Erfurt e. V.« gegründet, der auch Kampfsport anbot. Anfang 2007 wurde Trinkaus zudem in die Vorstände der nicht-nazistischen Vereine »Bismarckturm Erfurt 1900 e. V.« und »Westliches Wachhaus e. V.« gewählt. In dieser Zeit übernahm er außerdem die Jugendgruppe des »Bundes des Vertriebenen« (BdV) in Erfurt und wurde in dessen Kreisvorstand gewählt. Erst nach einem Rechtsstreit gelang es dem Landesvorstand des BdV, die Übernahme der Erfurter Gliederung zu unterbinden.

Zersetzungsarbeit

2007 unternahm Trinkaus zahlreiche Stör- und Zersetzungsaktionen gegen linke Organisationen und Abgeordnete verschiedener Parteien. So versuchte er, bei der Gewerkschaft ver.di eine Praktikantin einzuschleusen, bei einer Tagung der SPD gegen Rechts marschierte er vor dem Landtag auf. Über die Jugendorganisation des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« verbreitete er, sie stünde »Seit an Seit« mit der NPD, und über Monate störte er mit militanten Nazis sozialpolitische und antifaschistische Veranstaltungen. Im Mittelpunkt seiner Zersetzungsarbeit stand aber DIE LINKE. Eine Abgeordnete belästigte er beispielsweise mit E-Mails, Kurznachrichten und Blumensendungen. Mit einem illegal kopierten Foto von ihr warb er um Mitglieder für die NPD. Und einem Journalisten erzählte er die erfundene Geschichte, er habe mit dem Landesvorsitzenden der Linkspartei über gemeinsames Agieren beraten. Die Illustrierte »Stern« und ein Lokalblatt schrieben daraufhin fälschlich von einer angeblichen »braun-roten Kungelei«. Höhepunkt war die Einschleusung eines Nazis als Praktikant bei einem Landtagsabgeordneten der LINKEN. Nach dem



^ *Kai-Uwe Trinkaus*

Auffliegen versuchte er noch, den Politiker durch haltlose Vorwürfe und eine Anzeige zu diskreditieren. Auch drei Bundestagsabgeordnete der Grünen wurden Opfer der Strategie, öffentlich Nähe vorzugaukeln und die Betroffenen zugleich zu schädigen. Sein Agieren erinnere an Geheimdienstmethoden, sagten BeobachterInnen damals.

Spalter

Mit dem Landesvorstand der NPD geriet Trinkaus in Streit. Seine öffentlich zelebrierte Nähe zu militanten Nazis sorgte für Ärger, bemühte sich die Partei in Thüringen doch um Seriosität. Im April 2008 wagte Trinkaus dann die Kampfkandidatur um den Landesvorsitz und verlor. Danach gründete er im Juni 2008 konkurrierend zur NPD und mit Blick auf die Kommunal- und Landtagswahlen 2009 die Vereine »Pro Erfurt« und »Pro Thüringen«. Wegen parteischädigenden Verhaltens flog er deswegen im Juli 2008 aus der NPD. Das knappe Scheitern der Partei bei der Landtagswahl 2009 war auch ein Ergebnis seines Spaltungskurses. Im Dezember 2009 übernahm er schließlich noch für kurze Zeit den Landesvorsitz der »Deutschen Volksunion« in Thüringen und wehrte sich gegen eine Fusion mit der NPD. Am Ende war er – mit Ausnahme weniger Verbündeter in Erfurt und Hildburghausen – isoliert. Der Versuch einer Reaktivierung von »Pro Erfurt« blieb 2011 erfolglos.

Nazi und Staat

Trinkaus ging während seiner Zeit als V-Mann gegen Parteien und Abgeordnete unter den Augen des Staates vor. Über die Aktionen wurde in der Presse breit berichtet, sie wurden mit parlamentarischen Anfragen dokumentiert und waren Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen. Es ist davon auszugehen, dass seine V-Mann-Tätigkeit seit Januar 2007 auch in der Landesregierung bekannt war. Während Thüringens BdV-Chef, der CDU-Abgeordnete Egon Primas, frühzeitig vor Trinkaus gewarnt wurde, erhielten die anderen Opfer seiner Zersetzungsarbeit keine Warnung. Um das Agieren von Geheimdienst und Regierung aufzuklären, hat der Landtag nun mit den Stimmen von Grünen, LINKEN und SPD einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Zu klären ist: Was wussten die Verantwortlichen und warum stoppten sie Trinkaus nicht? Oder ermunterten sie ihn gar zu den Aktionen? Auch die Frage, wie er 2007 Informationen aus Polizeiakten erhalten hat, muss geklärt werden: Nach einer Attacke von Antifas auf einen Nazitreffpunkt veröffentlichte die NPD Namen und Adressen der Verdächtigen. Dem MDR sagte Trinkaus kürzlich, er habe die Daten vom TLfV erhalten.

Klima der Ignoranz

Sport ist Sport und Politik ist Politik, das ist das Motto vieler Fußballvereine, die ihr Problem mit einer rechten Fan-Szene kleinreden wollen. Ein Beispiel aus Nordhausen.

von Lea Stein

Im thüringischen Nordhausen hat sich seit Jahren rund um den Fußballverein »Wacker Nordhausen« eine militante Hooligan-Szene entwickelt. Sie tritt unter verschiedenen Namen auf und hat enge Überschneidungen zur Neonazi-Szene sowie Kontakte zur NPD. Ab 2008 sammelten sich die Hooligans unter der Bezeichnung »NDH-City«. Schnell wurde klar, dass es dort erhebliche Überschneidungen zur Neonazi-Szene gibt und Kontakte zur NPD bestehen. Mitglieder der Gruppe fielen durch Gewalt und zahlreiche Straftaten sowohl im Stadion als auch außerhalb auf. Immer wieder wurden antisemitische Parolen gerufen und der »Hitlergruß« während der Spiele gezeigt. Der Verein erteilte sieben Mitgliedern der Gruppe Hausverbote, die aber im Juli 2011 endeten. Seitdem gibt es keine wahrnehmbare Auseinandersetzung des Vereins mit den Hooligans mehr. Vielmehr zeigte sich bei der Vereinsfeier nach dem Aufstieg in die Oberliga im Mai 2012, wie eng die Hooligangruppe mit der Mannschaft vernetzt ist. Einträchtig posierten sie für Fotos.



^ *Wackerfront auf »Facebook«*



^ *Neonazis und Mitglieder von »NDH-City« im April 2012 in Nordhausen*

Gewalt und Straftaten seit 2009

Immer wieder fielen Fans des Vereins »Wacker Nordhausen« durch besondere Brutalität auf. So stürmten Anfang 2009 mehrere Vermummte, darunter auch Mitglieder von »NDH-City«, eine Wohnung und prügelten auf die Anwesenden ein. In den Jahren 2009 und 2010 wurden 30 Personen zum Kern der Gruppe gerechnet. Weitere 20 gehörten zum Umfeld. 2009 unterstützten einige der Nordhäuser Hooligans die NPD im Landtagwahlkampf. Allein bis zum April 2010 wurden gegen Mitglieder der Gruppe mehr als 90 Ermittlungsverfahren wegen Propagandadelikten, Verstößen gegen das Waffengesetz und gefährlichen Körperverletzungen eingeleitet. Auch bei dem geschichtsrevisionistischen »Trauermarsch« in Dresden 2010 marschierten Hooligans aus dem Kreis um »NDH-City« mit. Im September 2010 kam es dann bei einem Spiel gegen »Wismut Gera« zu »Gera – Juden«-Rufen. Außerdem wurden zahlreiche Verfahren wegen Beleidigung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung eingeleitet, wie aus der Antwort der Thüringer Landesregierung auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Martina Renner (DIE LINKE) hervorgeht.

Hooligans und NPD

Die gewalttätigen Übergriffe rissen indes nicht ab. Ende Oktober 2010 überfielen mehrere Mitglieder der Gruppe BesucherInnen einer Kneipe und verletzten fünf Menschen. Rund zwei Monate später attackierten sie drei Polizisten nach einer Kneipenschlägerei und verletzten sie schwer. Wie eng die Kontakte zum Kreisverband der NPD sind, zeigte sich, als die Partei die Gruppe selbst nach schweren Straftaten weiter öffentlich verteidigte. So veröffentlichte am 31. Dezember 2010 der Kreisvorsitzende der NPD Nordhausen, Roy Elbert, einen Artikel auf der Website der Partei, in dem er die Gruppe in Schutz nahm: »Während in anderen Städten Rivalitäten und Rangeleien unter Jugendlichen kaum Erwähnung finden oder aber sollten Personen mit Migrationshintergrund daran beteiligt sein gänzlich unerwähnt bleiben, werden in Nordhausen Probleme künstlich herbeigeredet. Scheinbar ins Fadenkreuz linker Elemente und Extremisten geraten, wurde dieser Gruppierung ein Image aufgedrückt, das derzeit seines Gleichen sucht.« Diese Unterstützung dürfte aufgrund der vorangegangenen Wahlkampfunterstützung Ehrensache gewesen sein.
Durch medialen und politischen Druck kam es zu immer mehr Ermittlungsverfahren, die auch mit Verurteilungen endeten. Der Druck erhöhte sich bis 2011 so weit, dass die Hooligans nicht weiter gemeinsam unter dem Namen »NDH-City« auftraten. Es kam zu einer Reorganisation der Gruppe mit dem neuen Namen »Wackerfront«. Dennoch treten bis heute ehemalige Mitglieder auch mit dem alten Gruppen-Namen in der Öffentlichkeit auf.

Neuer Name, altes Spiel

Zwar gingen mit dem erhöhten Strafverfolgungsdruck die erfassten Taten zurück, jedoch änderte sich grundsätzlich nichts an der Situation vor Ort. Nach wie vor existiert in Nordhausen eine militante Hooligangruppe, nach wie vor greifen deren Mitglieder Menschen an und nach wie vor gibt es Überschneidungen zur Naziszene. Gemeinsam treten Mitglieder der »Wackerfront« mit »NDH-City-Veteranen« und der NPD auf. Besonders die jährliche Veranstaltung der Stadt zur Erinnerung an die Bombardierung im Zweiten Weltkrieg bietet Gelegenheit für gemeinsame Auftritte. So nahmen 2012, als Neonazis während der Veranstaltung die Oberbürgermeisterin attackierten, Neonazis aus verschiedensten Strukturen teil. Im Juli 2012 organisierte man sogar gemeinsam einen Ausflug zum Nazi-Festival »Rock für Deutschland« in Gera. Immer wieder kommt es zu Angriffen durch eine Gruppe, die sich aus Alt-Mitgliedern von »NDH-City« und Personen der »Wackerfront« zusammensetzt. Opfer berichten, dass diese in einigen Nordhäuser Clubs so eng mit der Türsteher-Szene verbunden sind, dass sie dort die Hegemonie ausüben. Bei Konflikten werden die Opfer der Lokale verwiesen.
Vor Ort herrscht ein Klima der Ignoranz. Kaum jemanden scheint die Nähe von Teilen der Fanszene zu Neonazis zu stören. Als sich der Präsident des Vereins »Wacker Nordhausen«, Nico Kleofas, im Oktober 2012 bei einer Podiumsdiskussion der Öffentlichkeit stellte, zeigte sich schnell, dass er wenig Interesse hat, gegen die Situation etwas zu unternehmen. Man könne »Extremisten« nicht ändern, so sein Argument. Wie das Internetportal »Störungsmelder« im Dezember 2012 berichtete, antwortete der Verein auch auf mehrfache Presseanfragen zu dem Thema nicht.

Aufklärung?

Statt die Taten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« und das Handeln des Staates aufzuklären, verlieren sich die Sächsische Staatregierung und die Regierungsfraktionen zwischen Extremismustheorie, Abwiegeln und Vertuschen.

von Volkmar Wölk

Wohl niemand wird Sebastian Edathy (SPD) nachsagen, er betreibe seine Aufgabe als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) im Bundestag ohne Eifer. Auch Dorothea Marx (SPD), seiner Kollegin in Thüringen, dürfte niemand unterstellen, sie habe kein Aufklärungsinteresse. Und in Sachsen? Gibt es dort einen Untersuchungsausschuss? Hat der einen Vorsitzenden? Und was macht der eigentlich? Ja, das dortige Gremium hat selbstverständlich einen Vorsitzenden. Patrick Schreiber (CDU) ist studierter Historiker und Politikwissenschaftler, neben seiner Abgeordnetentätigkeit ist er Inhaber einer Firma für Webdesign. Er ist ein unbeschriebenes Blatt zum Thema Neonazis. Was prädestiniert ihn also? Die Wochenzeitung »Die Zeit« meint, man könne ihm zumindest Ehrlichkeit nicht absprechen, »denn er sagt: Er habe sein Amt nur deshalb inne, weil sich einfach kein anderer fand.« Wenn es denn nur bei solch peinlichen Eingeständnissen bliebe! Auf die Frage, was er im Ausschuss in den vergangenen Monaten gelernt habe, fährt er fort: »Dass Rechtsextremisten genauso schlimm sind wie die Linksextremen. Dass die sich, in der Gewaltbereitschaft, wirklich nicht viel nehmen.« Ein Dogma freilich darf in Sachsen nie fallen, die Extremismustheorie.



^ *Schreiber*

Gegen die Regierung

Auch eine zweite sächsische Spezialität spielt eine Rolle. Nicht einvernehmlich und mit dem Auftrag aller demokratischen Parteien ist der Untersuchungsausschuss eingesetzt worden, sondern von der Opposition aus Grünen, LINKE und SPD gegen den Willen der Regierungsparteien CDU und FDP. Das vorherige Thüringer Angebot zur Beteiligung an der »Schäfer-Kommission« war Ende 2011 brüsk abgelehnt worden.

Die Arbeit des Ausschusses steht unter keinem guten Stern. Erst startete er mit mehreren Monaten Verspätung, dann sabotierte die Regierung nach dem Motto »Täuschen, tarnen und vertuschen«. Besonders beliebt waren Schuldzuweisungen an andere, vorzugsweise an die Behörden in Thüringen. Die hätten damals die Federführung bei den Ermittlungen gehabt. Hinweise aus Thüringen, so zeigte die Vernehmung des stellvertretenden Verfassungsschutzpräsidenten Olaf Vahrenhold im Dezember 2011, hatte es konkret und wiederholt gegeben. Denen sei man auch nachgegangen. Zahlreiche Observationen seien durchgeführt worden. Das Ergebnis: keine Erkenntnisse. Einmal allerdings, so Vahrenhold, habe man fast ein Ergebnis gehabt. Eine Videokamera habe vor der Haustür eines Observierten »sekundenlang« eine weibliche und eine männliche Person gezeigt, die Beate Zschäpe und eines der beiden männlichen NSU-Mitglieder hätten sein können. Allerdings sei der Film erst Tage später ausgewertet worden. Da waren beide natürlich weg. Und überhaupt seien sie es auch gar nicht gewesen. Als Beweis habe er für die Ausschussmitglieder Farbfotos mitgebracht. Das sei ausgesprochen nett, merkte die Obfrau der LINKEN, Kerstin Köditz, an. Doch warum hätten die Abgeordneten bisher unbrauchbare Schwarz-Weiß-Kopien erhalten? Und, hakte sie nach, sie habe vergeblich die Auswertung eines ähnlichen Vorfalls in ihren Unterlagen gesucht. Nicht nur die Wohnung des Verdächtigten sei observiert worden, sondern auch dessen Garage. In dieser seien einmal eine weibliche und zwei männliche Personen verschwunden. Was für Erkenntnisse habe man dazu? Die Antworten auf diese und weitere Fragen wird Vahrenhold in den kommenden Ausschusssitzungen nachliefern müssen. Das bisherige Fazit des Grünen-Abgeordneten Miro Jennerjahn: »Interessant ist [...], dass alle Hinweise zum eventuellen Aufenthalt des Trios aus Thüringen kamen. Entweder arbeitete das LfV Sachsen besonders schlecht oder es hatte keine Ambitionen, das Trio der Strafverfolgung zuzuführen.« Nach 2001 sind in Sachsen keine Maßnahmen zum Auffinden der drei Nazis mehr getroffen worden.

Mangelnde Kompetenz

Die »Parlamentarische Kontrollkommission« hatte in einem Bericht ein vernichtendes Urteil über den sächsischen Geheimdienst gesprochen. Es mangle ihm an Analysekompetenz und geeignetem Personal. Zu welcher Einschätzung soll das Gremium auch kommen, wenn sich herausstellt, dass der VS einen Neonazi als Spitzel gewinnen wollte und erst beim dritten Kontaktversuch merkte, dass der gar nicht mehr an der angegebenen Adresse wohnt? Inzwischen gibt es eine Kommission zur Überprüfung des Landesamtes, deren Vorschläge in eine Reform des Amtes münden sollen. Die Mitglieder der Kommission sind die umstrittene ehemalige Generalbundesanwältin Monika Harms, der ehemalige VS-Präsident von Baden-Württemberg Helmut Rannacher und ein ehemaliger Präsident des sächsischen Landesrechnungshofes.

Ignoranz

Weiterhin ignorieren CDU und FDP die Gefahr militanter Neonazis. Als DIE LINKE einen Antrag zu »Blood & Honour« stellte und von der Staatsregierung eine Einschätzung der ideologischen Schriften der Gruppe forderte, erhielt sie die schnippische Antwort, dies mache viel Arbeit und erfordere externe sozialwissenschaftliche Analysen. Dafür habe man keine Zeit, da man alle Ressourcen in die Vorbereitung des NPD-Verbotes und die NSU-Aufklärung stecke. Und als der als Zeuge bei einer Anhörung im Landtag geladene ehemalige Leiter der Abteilung Staatsschutz im Landeskriminalamt Bernd Merbitz die bedrohliche Gefahr durch militante Neonazis in Sachsen in den Neunziger Jahren geschildert hatte, fiel dem FDP-Abgeordneten Carsten Biesok als erste Frage ein: »Ist Ihre Darstellung nicht etwas übertrieben, wenn man die Zahl der rechten politisch motivierten Straftaten in Relation zur Gesamtzahl der Straftaten setzt?«

NPD-Führungswechsel in Sachsen

Der Richtungsstreit der NPD wird härter. In Sachsen scheint der Landesverband an der Personalie Holger Apfel zu zersplittern.

von Felix Körner

Am 23. Oktober 2012 informierte das Neonazi-Portal »Altermedia« erstmals über den kommenden Wechsel an der Spitze der Sachsen-NPD. Dass Landeschef Mario Löffler »aus persönlichen Gründen« sein Amt abgeben werde, bestätigte tags darauf der Landesverband. Demnach steht zum Landesparteitag am 19. Januar 2013 lediglich eine »turnusmäßige Neuwahl« an. Verwunderlich, dass Löffler, der den Posten von Apfel übernommen hatte, ihn nach der Hälfte der Amtszeit räumt.
Zweifelhaft ist, ob der Wechsel einvernehmlich arrangiert wurde. Die regionale Tageszeitung »Freie Presse« setzte nach und teilte mit, im Landesverband herrsche Unmut über das Finanzgebaren: Angesichts hoher Rücklagen für Wahlkämpfe bleibe bei den Kreisverbänden wenig hängen. Zudem hätten weitere NPD-Kader Interesse am Landesvorsitz bekundet, darunter der Gründer des Kameradschafts-Verbandes »Freies Netz« (FN) und bisherige Löffler-Stellvertreter Maik Scheffler. Es waren insbesondere FN-Aktivisten, die den als Apfel-freundlich geltenden Löffler in den vergangenen Monaten angefeindet hatten.



^ *Maik Scheffler*

Wechsel in den Kreisverbänden

Ein Mitgliederschwund sucht derweil die NPD-Kreisverbände heim. Den Landkreis Leipzig traf es besonders hart: Dort waren bereits Anfang 2012 Mitglieder des Kreisvorstandes von ihren Posten zurück- und aus der Partei ausgetreten (s. drr Nr. 136). Seit dem Höhepunkt der Fehde war im Landkreis Leipzig zunächst kein neuer Kreisvorsitzender benannt worden, Maik Scheffler wurde als »kommissarischer Kreisbeauftragter« eingesetzt. Im Frühjahr stand auch der KV Chemnitz unter »Notverwaltung«. Einen Führungswechsel gab es bereits Ende 2011 im KV Mittelsachsen.

Konzentration auf Landtagsfraktion

Die personelle Misere spiegelt sich in der Praxis der Partei: BeobachterInnen gewinnen den Eindruck, die Politik des Landesverbandes werde zunehmend das Geschäft der Landtagsfraktion und deren Mitarbeiter. Etliche davon bestritten im Sommer die so genannte »Deutschlandfahrt« der NPD sowie jüngst eine Kundgebungsreihe (»Brandstifter-Tour«) in Sachsen. Ansonsten war die Beteiligung äußerst gering. Die Partei trommelt, aber die Basis ziert sich.
Damit wird die Zentrierung der Parteiarbeit in Sachsen um Holger Apfel noch augenfälliger. Insbesondere in Dresden werden die Apfel-freundlichen Kameraden gesammelt, bei der Landtagsfraktion wird mit Andy Knape, Patrick Kallweit und Julian Monaco die Spitze der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) beschäftigt.

»DS-Verlag«

Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Andreas Storr ist Peter Schreiber, Kreisrat in Strehla und Mitarbeiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes, im Oktober 2012 zum Geschäftsführer der »Deutsche Stimme«-Verlagsgesellschaft in Riesa ernannt worden. Deren wichtigste Aufgabe wird die Geschäftssanierung sein, nachdem sich Meldungen über wirtschaftliche Schwierigkeiten zugespitzt hatten. Die Fraktion wirft dagegen nicht nur ihr Personal in die Waagschale, sondern konzentriert in Riesa »Bürgerbüros« der Landtagsabgeordneten Holger Apfel und Jürgen Gansel sowie die Geschäftsstellen der Sachsen-NPD und der Bundes-JN.
Bereits Ende 2011 hatte der NPD-Landesverband dem »DS-Verlag« ein Darlehen von 50.000 Euro gewährt. Anfang Dezember 2012 meldete die Partei, der Verband habe erneut investiert und Anteile an der Verlags-GmbH im Wert von 25.000 Euro erworben. Die Sanierung frisst offenbar fortwährend Geld, das somit nicht für die Verbandsarbeit zur Verfügung steht, was wiederum die Apfel-Kritiker in der NPD weiter bestärken mag.

Frontstellung des FN

Als Apfel-Kritiker gerieren sich insbesondere Kameradschafts-Anhänger, die sich bereits in der Presse zu Wort meldeten. Tenor: Einen ideologischen Bruch gebe es nicht. Aber mindestens Futterneid. Der Vorwurf dürfte auch für Maik Scheffler gelten. Dem früheren Weggefährten wird Karrierismus vorgeworfen, seitdem er im Landesverband aufgestiegen und als technischer Mitarbeiter bei der Fraktion angestellt ist.
Als Maik »Michi« Scheffler noch an der Spitze des »Freien Netzes« (FN) stand, wurde im internen FN-Forum über Kandidaturen auf NPD-Listen und gezielte Eintritte in Partei und JN verhandelt, ferner von der Schaffung einer »NS-Ersatzorganisation« geschwärmt (s. drr Nr. 134). Aber bei einem bundesweiten Treffen von Kameradschafts-Kadern Ende 2008 in der mittlerweile umgezogenen »Gedächtnisstätte« in Borna bei Leipzig wurde das Scheitern der »Volksfront« mit der NPD konstatiert und ein »Plan B« ersonnen: Falls Apfel Bundesvorsitzender werde, wolle man die Teilnahme der NPD an der Bundestagswahl 2009 verhindern. Einer der FN-Mitbegründer hat an der Beratung teilgenommen.
Dass alles anders kam, erklärt womöglich spätere Reibungsverluste: Der Leipziger FN-Aktivist Tommy Naumann wurde bei der Landtagsfraktion angestellt, aber Anfang 2012 wieder entlassen, ferner hat er demonstrativ seinen Posten als JN-Landesvorsitzender niedergelegt.
Das FN gilt einigen NPDlerInnen als Exempel des unliebsamen »Narrensaums« und ist mittlerweile auf Tauchstation gegangen. Der Name wird faktisch nicht mehr benutzt, die Websites wurden ausgewechselt.
Die NPD dagegen ist nicht totzuschreiben, aber es macht den Anschein, als stecke der »sächsische Weg« in einer Sackgasse. Über die künftige Richtung wird der Landesparteitag entscheiden. Fraglich ist nur, wie viele noch mitziehen mögen, denn in Sachsen wird allzu deutlich, dass sich das Prinzip der Provokation abgenutzt hat: Zur Freude der Partei war bei einer repräsentativen Umfrage Anfang 2012 zwar herausgekommen, dass Holger Apfel der zweitbekannteste Politiker Sachsens ist. Aber nur fünf Prozent sind mit der Arbeit seiner Fraktion »zufrieden«, lediglich zwei Prozent würden die Partei hier noch wählen. Das ist eine schlechte Basis für künftige Wahlkämpfe, zumal im strategisch wichtigen Freistaat, wo im September 2014 ein neuer Landtag gewählt wird, aber die Unterstützung der »Freien Kräfte« in Frage steht.

Vorwärts im Kreis

Am 27. Oktober 2012 tagte der 39. Bundeskongress der »Jungen Nationaldemokraten« im thüringischen Kirchheim unter dem Motto »Wir schreien, wenn alle schweigen!«. Ganz oben auf der Agenda stand die Wahl des neuen Bundesvorstandes.

von Toni Brandes

Die 1969 gegründeten »Jungen Nationaldemokraten« (JN) sind als Jugendorganisation im Gegensatz zur NPD nicht in allen Bundesländern vertreten. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich in erster Linie auf den Süden und Osten der Republik. So befand sich bis vor kurzem der Sitz der JN samt dem angegliederten »Frontdienstversand« im sachsen-anhaltinischen Halberstadt. Wie es sich für eine Jugendorganisation gehört, tritt sie in Rhetorik und Erscheinungsbild deutlich forscher auf als die Mutterpartei. Eine ihrer zentralen Funktionen ist es, im sogenannten »vorpolitischen Raum« beispielsweise mit Freizeitangeboten (Fußball, Klettern, Wandern etc.) aktiv zu sein. Mit dieser Strategie sollen Menschen und Gruppierungen eingebunden werden, denen die NPD zu angepasst scheint, oder die sich nicht in Parteistrukturen einbringen möchten. Besonders ausgeprägt ist die Zusammenarbeit mit den »Freien Kräften« und dem völkischen Spektrum, aus dem sich auch die verbotene »Heimattreue deutsche Jugend« (HdJ) rekrutierte. Neben der genannten Netzwerkarbeit gibt die JN Publikationen wie »Der Aktivist« und das Magazin »hier & jetzt« heraus. Letztere ist eine das extrem rechte Spektrum übergreifende, theorielastige Publikation, die zunächst vom sächsischen JN-Landesverband herausgegeben wurde. Seit November 2009 tritt nun die NPD-nahe Stiftung »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e. V.« aus Dresden als Herausgeberin auf.

Führungswechsel in der JN

Die rund 70 Mitglieder der JN, die im Schneegestöber nach Kirchheim gereist waren, erwartete ein entspanntes Programm auf dem Bundeskongress 2012. Zum Rahmenprogramm des Kongresses gehörte ein Referat von Dr. Tomislav Sunic, welcher der »Neuen Rechten« zugerechnet wird und als Redner für den »Trauermarsch« in Dresden am 13. Februar 2013 angekündigt ist. Für die musikalische Begleitung war der hannoversche Liedermacher »Jugendgedanken« zuständig. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Wahl des neuen Bundesvorstandes, der 17. in der Geschichte der NPD-Jugendorganisation.

Nach fünf Jahren im Amt als Bundesvorsitzender hatte Michael Schäfer bereits im Vorfeld seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bekannt gegeben. Über seine Beweggründe kann nur spekuliert werden, da er aber im JN-Bundesvorstand für die nächsten zwei Jahre als Beisitzer bleibt, liegt die Vermutung nahe, dass sich das Personalkarussell gedreht hat und Schäfer für den Nachwuchs Platz machen musste. Außerdem ist er mittlerweile Mitarbeiter für »Sozialpolitik« bei der sächsischen Landtagsfraktion der NPD. In der aktuellen Ausgabe der »Deutschen Stimme« (DS) vom November 2012 blickt er auf seine Amtszeit zurück und übergibt das Zepter an seinen Wunschkandidaten und ehemaligen Vize Andy Knape.

In Ermangelung anderer KandidatInnen hatte seine Wahl eher den Charakter eines Referendums. Wie Schäfer stammt auch Knape aus Sachsen-Anhalt und begann sein politisches Engagement als Jugendlicher bei den »Freien Kameradschaften«. 2011 zum Leiter des NPD-Ordnungsdienstes aufgestiegen, wurde er im gleichen Jahr in den NPD-Parteivorstand gewählt. Änderungen der bisherigen Ausrichtung der JN sind von ihm nicht zu erwarten. Vorstellbar ist, dass der NPD-Ordnungsdienst eine Aufwertung erfährt. Das wäre ein Schritt im Sinne des Mottos »Kampf um die Straße« aus dem Vier-Säulen-Konzept der NPD und im Sinne der aktionsorientierten Jugendorganisation. Außerdem wird er den von der neuen Geschäftsführung des parteieigenen »Deutsche Stimme Verlags« gefassten Beschluss umsetzen, die JN-Bundesgeschäftsstelle in die Verlagsräumlichkeiten nach Riesa zu verlagern. Damit rückt sie näher an die Mutterpartei heran. Willkommener Nebeneffekt dürfte die bessere Auslastung der Räumlichkeiten in Zeiten knapper Kassen sein.





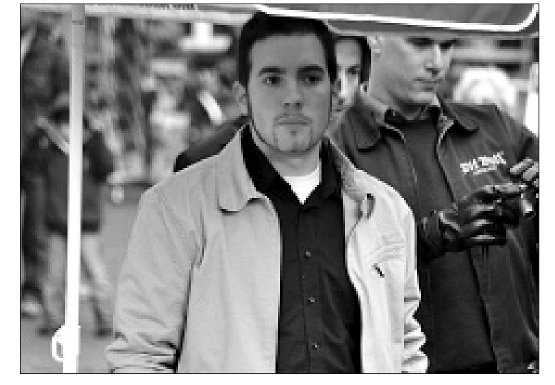
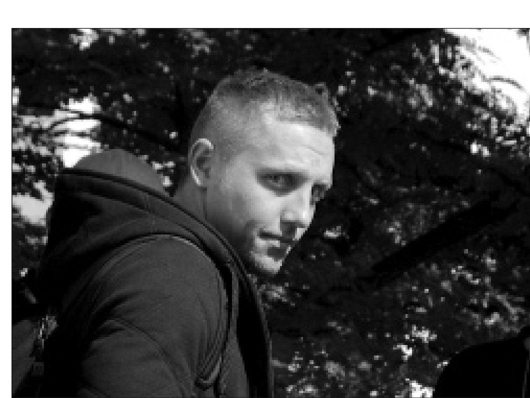


^ *v. l. n. r.: Andy Knape, Julian Monaco, Sebastian Richter*

Das Amt des Stellvertreters wird zukünftig Julian Monaco übernehmen. Der 22-Jährige hat bereits die Ämter des Schatzmeisters und des Geschäftsführers im JN-Bundesvorstand inne, die er auch weiterhin ausführen wird. Monaco hat innerhalb der JN eine steile Karriere vorzuweisen. Vom Juni 2009 bis Ende 2010 war er Vorsitzender der JN Niedersachsen und hatte seinen Aktionsschwerpunkt in Delmenhorst. Danach wechselte er – rechtzeitig zum Landtagswahlkampf 2011 – nach Sachsen-Anhalt. Nach dem verpassten Einzug in den Landtag führte sein Weg weiter nach Dresden, wo er seit 2011 Auszubildender der NPD-Landtagsfraktion ist.

Ebenfalls – als Beisitzer – in den JN-Bundesvorstand gewählt wurde Sebastian Richter aus Mecklenburg-Vorpommern. Der für die »Binnenkommunikation« der JN verantwortliche 30-Jährige gehört dem völkischen Flügel an und kann auf eine aktive Zeit in diesem Teil der Nazi-Szene zurückblicken. Ursprünglich aus Sachsen stammend, war er im Raum Hoyerswerda bei



^ *oben v. l.: Pierre Dornbrach, Stephan Böttcher, unten v. l.: Patrick Kallweit und Andreas Kolb*

den »Freien Kräften« führend aktiv und seit 2006 im sächsischen Landesvorstand der JN. Mittlerweile scheint er in Groß Krams (Mecklenburg-Vorpommern) angekommen zu sein, wo er sich mit seiner ebenfalls in der Neonazi-Szene aktiven Ehefrau niedergelassen hat. Seine ideologische Ausrichtung kann er in der JN als Bundesvorsitzender der »Interessengemeinschaft Fahrt und Lager« (IG Fahrt und Lager) zur Geltung bringen. Nach dem Verbot der »Heimattreuen deutschen Jugend« (HdJ) – auch hier war Richter aktiv – stand die » IG Fahrt und Lager« im Verdacht, eine Fortführung der verbotenen Organisation zu sein. In diesem Zusammenhang gab es am 21. Dezember 2010 zahlreiche Hausdurchsuchungen (s. drr Nr. 128, S. 11). Die Wiederwahl Richters in den JN-Bundesvorstand kann als Zugeständnis an die völkisch orientierte Szene gewertet werden, um diese weiterhin an die Partei zu binden.
Mit Pierre Dornbrach, dem Bundesbildungsbeauftragten der JN und Landesbeauftragten von Brandenburg, ist ein zweiter Vertreter des Völkischen als Beisitzer im Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation. Gern posiert Dornbrach auf dem gemeinsamen Bild mit Knape, Richter, Monaco und Patrick Kallweit, dann auch im schwarzen Pullover mit dem Logo der »IG Fahrt und Lager«.
Der Niedersachse Patrick Kallweit ist ebenfalls Beisitzer und fungiert als Leiter des »Amtes Lektorat und Redaktion«. Kallweit, der unter anderem Pressesprecher der NPD Niedersachsen ist, verkörpert den jungen ehrgeizigen Aufsteiger. Neben seinen zahlreichen Funktionen in Partei und Jugendorganisation sitzt er für die NPD im Goslarer Kreistag und im Rat der Stadt Vienenburg. Der 27-Jährige ist bei den niedersächsischen Landtagswahlen im Januar 2013 auf dem zweiten Platz der Landesliste der NPD aufgestellt.
Weitere Führungspersonen in der JN sind Stephan Böttcher und Andreas Kolb. Wie Sebastian Richter ist Böttcher dem völkischen Flügel zuzurechnen. Sein Wirkungskreis ist der Südwesten der Republik wo er seit dem 3. November 2012 Landesvorsitzender der JN Rheinland & Pfalz ist. Andreas Kolb begann seine politische Karriere bei den sogenannten »Autonomen Nationalisten« und war beim »Freien Widerstand Süd« in Baden-Württemberg aktiv. Mit ihm erhofft sich die JN wohl ein weiteres Segment der Nazi-Szene – die sogenannten »Freien Kräfte« und »Autonomen Nationalisten« – zu erschließen.

In der Vergangenheit haben sich Führungspositionen in der JN als Chance für eine Karriere in der NPD erwiesen. So war schon der Parteivorsitzende Holger Apfel von 1994 bis 1999 Bundesvorsitzender der JN und auch der ehemalige NPD-Parteivorsitzende Günther Deckert war 1973 bis 1975 Chef der Parteijugend. Andere ehemalige JN-Bundesvorsitzende wie –Andreas Storr (1992 – 1994) oder Sascha Roßmüller (1999 – 2003) haben ebenfalls Karriere bei der NPD gemacht. Entgegen dem selbst gewählten Anspruch der NPD »Nationalismus ist auch Frauensache« befand sich unter den bislang 16 JN-Bundesvorsitzenden keine Frau. Die JN versucht den Spagat zwischen »radikaler« Jugendorganisation und Nachwuchsbeschaffer für die Mutterpartei und passt mit ihren Aktionen nicht immer in das von Holger Apfel propagierte Konzept der »seriösen Radikalität«. So hat die JN Ende November 2012 – auf dem Höhepunkt der zweiten NPD-Verbotsdebatte – eine neue »Schulhof-CD« produziert und bewirbt diese auf ihrer Homepage. Auch außenpolitisch hat die JN Stellung bezogen: Anlässlich der letzten bewaffneten Auseinandersetzung in Gaza wurde die Facebook-Gruppe »Israel.mordet« gegründet (731 »likes« zum Stichtag 28. Dezember 2012). Hier kann sich der antisemitisch motivierte Protest artikulieren. Aktuell versucht die JN auf den Zug der – vor allem medial – populären »Identitären« aufzuspringen (vgl. Artikel im Heft). Unter dem Motto »Identität - Werde, wer Du bist« werben unter anderem Knape und Monaco in einer eigens dafür ins Leben gerufenen Facebook-Gruppe. Der Erfolg solcher Aktivitäten im Web 2.0 ist schwer messbar, aber immerhin zeigt die JN, dass sie auf das aktuelle Tagesgeschehen reagiert und ihrem Spektrum Angebote für eine politische Beteiligung auf niedrigem Niveau anbietet.
Vor dem Hintergrund der Pro- und Contra-Apfel-Fraktionen ist es bemerkenswert, dass sich eine Annäherung der JN an die sächsische NPD-Landtagsfraktion – personalbezogen und geografisch – beobachten lässt. Zahlreiche Mitglieder des JN-Bundesvorstandes sind auch Angestellte der Landtagsfraktion. Um auch für andere Strömungen weiterhin interessant zu sein, wird mit den Vertretern des völkischen Flügels und der »Freien Kräfte« ein Identifikationsangebot geschaffen. Fragt sich nur, ob sich die proklamierte Eigenständigkeit so aufrecht erhalten lässt, oder ob die JN vielmehr zu einer reinen Nachwuchsbeschafferin für die NPD und somit wenig attraktiv für einen großen Teil der rechten Szene wird.

Haudrauf als Strategie

Der »Nationale Widerstand Berlin« weitet seine militante Anti-Antifakampagne seit März 2012 auf das Land Brandenburg aus. Indes werden die Rufe nach einem Verbot der Kameradschaft lauter.

von Sven Kames

Um zwei Uhr in der Nacht kamen die Neonazis. Sie durchtrennten einen Zaun, drangen auf das Gelände vor, bewarfen das Wohnhaus mit Steinen und Farbbeuteln. Ein Fenster wurde zerstört, die im Zimmer dahinter schlafende Person beinahe getroffen, kam aber mit dem Schrecken davon. Die AngreiferInnen – nach der Beobachtung eines Wachmanns waren es drei Personen – besprühten das Haus bevor sie die Flucht ergriffen.

Ziel dieser Attacke in der Nacht zum 9. Oktober 2012 war das Flüchtlingsheim in Waßmannsdorf (Landkreis Dahme-Spreewald, Brandenburg), unweit der Landesgrenze zu Berlin und in der Nähe der Baustelle für den Großflughafen Schönefeld.

Neben einem Hinweis auf die rechte Internetplattform »Nationaler Widerstand Berlin« (»NW Berlin«) sprühten die Täter ein Hakenkreuz und den Schriftzug »Rostock ist überall« an die Wand des Heimes. Mit der Parole nahmen die Täter positiven Bezug auf das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992.



NW in Berlin

Damit nicht genug: In der gleichen Nacht wurden in Berlin bei einem SPD- und einem Linkspartei-Büro die Scheiben eingeworfen sowie bei einer Einrichtung des Jugendverbandes »Die Falken« Hakenkreuzschmierereien und die Drohung »Ihr interessiert uns brennend« hinterlassen. An den Berliner Tatorten wurde ebenfalls die Adresse der Kameradschafts-Webseite »Nationaler Widerstand Berlin« hinterlassen. Der »NW Berlin« führt im Internet eine Feindesliste mit Namen und Adressen von PolitikerInnen, Antifas, JournalistInnen und von linken und alternativen Kultureinrichtungen. Seit Ende 2009 wurde eine Vielzahl der gelisteten Objekte auch tatsächlich attackiert – von Drohparolen bis hin zu Brandanschlägen reichte das Spektrum (s. drr Nr. 137).

Drohende Repression?

Die Berliner »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« zählte seit November 2009 insgesamt weit über 100 gewaltsame Aktionen aus dem Spektrum des »NW Berlin«.

Nennenswerte Ermittlungserfolge hat die Berliner Polizei bisher nicht vorzuweisen. Nicht einmal die Identität des Betreibers der inzwischen indizierten Webseite »NW Berlin« konnte festgestellt werden. Dabei ist der »NW Berlin« überschaubar, viel mehr als zwei Dutzend Neonazis dürften nicht zum Kern der Kameradschaft zählen. Dazu gehören wie Björn W. ehemalige Angehörige der »Kameradschaft Tor«, die 2005 verboten wurde. Just das Jahr, in dem das Label »NW Berlin« erstmals öffentlich verwandt wurde. Ebenfalls bekannt: Sebastian Schmidtke, Berliner NPD-Landesvorsitzender, der auf Aufklebern des »NW Berlin« bis 2010 als presserechtlich Verantwortlicher auftrat. Der aus Strausberg stammende Neonazi gehörte einst dem Brandenburger »Märkischen Heimatschutz« an, ging dann zu den Berliner Strukturen der »Autonomen Nationalisten«. Auch Sebastian Thom, aktuell Berliner Landesvorstand und Kreischef in Neukölln für die NPD, soll, so ein polizeilicher Vorwurf, Wände mit der Webadresse des »NW Berlin« besprüht und Fotos davon ins Internet gestellt haben. Nach Auskunft eines Polizeisprechers stünden die Berliner Ermittlungen inzwischen »kurz vor dem Abschluss«. CDU-Innensenator Frank Henkel nannte die Angriffe »unerträgliche Einschüchterungsversuche«. Immer wieder war der »NW Berlin« Thema im Senat und im Abgeordnetenhaus. Zahlreiche StadtpolitikerInnen haben bereits ein entschiedeneres Vorgehen sowie ein Verbot gefordert. »Es kann nicht sein, dass in Berlin Neonazis ungehindert Angst und Schrecken verbreiten können, während Polizei und Justiz nichts unternehmen«, kommentierte etwa die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann nach den jüngsten Attacken.

Erweitertes Aktionsfeld

Während diese Debatten andauern, hat der »NW Berlin« sein Aktionsfeld zunehmend auf das angrenzende Land Brandenburg verlegt. Unter anderem wurden die Fensterscheiben von Jugendklubs in Fürstenwalde und Beeskow mit Steinen eingeworfen, ein Mahnmal für die Opfer des Faschismus sowie Stolpersteine in Zossen mit Hakenkreuzen geschändet und eine Drohbotschaft vor das Haus eines jungen Alternativen in Storkow gesprayt. Immer wurde dabei das Kürzel »NW Berlin« als Tatbekenntnis hinterlassen. Hinzu kommt ein nächtlicher Fackelaufmarsch von mehreren Dutzend Neonazis Ende Juli durch Hennigsdorf, der einen Geburtstagsgruß für den dort geborenen und in Italien im Arrest sitzenden SS-Kriegsverbrecher Erich Priebke darstellen sollte. Die marschierenden Neonazis trugen bei der Aktion weiße Masken über den Gesichtern – eine Reminiszenz an die erst Wochen vorher in Brandenburg verbotene Neonazivereinigung, die sich um das Webportal »Spreelichter« gruppiert hatte. Die Webseite des »NW Berlin« verbreitete einen bebilderten Aktionsbericht zum Aufmarsch. In Bad Freienwalde sei am Bahnhof im März 2012 laut einer Mitteilung des Brandenburger Landeskriminalamts ebenfalls eine Hakenkreuzschmiererei mit Bezug auf den NW Berlin hinterlassen worden.

Ob neben der Einschüchterungsstrategie hinter den Gewaltaktionen des »NW Berlin« ein politisches Konzept steht, scheint schwer einschätzbar. Ist der Schwenk nach Brandenburg ein Ausweichmanöver vor drohender Repression in der Heimatstadt? Oder ist es eine Vergrößerung des Einflussbereiches? Das Selbstbewusstsein der Berliner Neonazis jedenfalls scheint rundweg überbordend, signieren sie doch Straftat um Straftat mit ihrem Gruppennamen. Die seit Jahren hilf- oder willenlos wirkende Polizeiarbeit sorgte dafür, dass der »NW Berlin« mit seiner militanten Strategie bislang weitgehend unbeschadet durchkam.

Hooligans mit Hakenkreuzen

In Bremen bestehen seit Jahren enge Verbindungen zwischen der Hooligan- und der Neonazi-Szene. Die »Standarte Bremen«, der älteste Hooligan-Zusammenschluss in der Hansestadt, lebt vom Mythos vergangener Tage. Dafür gerät ihr Nachwuchs, der 2006 gegründete »Nordsturm Brema«, stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit.

von Otto Belina

Hooligans suchen die Gewalt, meist am Rande von Fußballspielen. Die Prügeleien unter Gleichgesinnten werden oft gefilmt, gelangen aber selten an die Öffentlichkeit. Doch genau dies geschah mit einem Video der Bremer Neonazi-Hooligan-Gruppe »Nordsturm Brema«. Uniformiert mit schwarzen T-Shirts und Hakenkreuzen auf der Brust traten sie im Wald gegen Hooligans aus Duisburg an. Doch die Verwicklungen der Gruppe in die rechte Szene sind weitreichender als das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole.

Einer der Männer, die auf dem Video zu sehen sind, ist Mirco H. aus Weyhe bei Bremen. Er gilt als Kopf und Wortführer des »Nordsturm Brema«, dessen Abkürzung »NS-HB« Assoziation zum Nationalsozialismus weckt. H. ist seit vielen Jahren in der Szene aktiv. 2007 war er an einem Überfall auf eine antirassistische Party im Ostkurvensaal des Weserstadions beteiligt. Die Gruppe der Angreifer bestand zum Großteil aus Mitgliedern des »Nordsturm«. Bei der Gerichtsverhandlung, die erst viereinhalb Jahre später im September 2011 stattfand, wollten Richter und Staatsanwalt keinen politischen Hintergrund des Überfalls erkennen können. Das Verfahren endete für die Täter mit geringen Geldstrafen.

Im Mai 2012 stellten Mirco H. und weitere Mitglieder des »Nordsturm Brema« erneut unter Beweis, dass man sich nicht damit begnügt, sich mit Gleichgesinnten im Wald auszutoben. Auf der Rückreise von einem Fußballspiel in Essen überfiel eine Gruppe der Neonazi-Hooligans eine Elektroparty im alternativen Jugendzentrum »Wohnwelt« in Wunstorf bei Hannover. Einige der Schläger wurden bei ihrer Flucht am Bahnhof von der Polizei gefasst. Gegen sie wird nun ermittelt.



^ *Hooligans aus Essen und des »Nordsturm Brema« am 12. Mai 2012 in Essen*

Feindbild: Linke Ultras

Beim vorerst letzten öffentlichen Auftritt des »Nordsturm« in einem Fußballstadion, im November 2008 in Bochum, provozierten die Mitglieder mit ihrem Banner »NS-HB« und wurden von der Polizei über das Spielfeld abgeführt. Der Verein »Werder Bremen« erteilte dem »Nordsturm Brema« in Folge dessen bundesweites Stadionverbot. Dessen Verhalten außerhalb des Stadions hat sich seither jedoch nicht geändert: Wenn sich die Neonazi-Hooligans nicht mit gegnerischen Fans prügeln, bedrohen oder attackieren sie Menschen, die sie als ihre politische GegnerInnen ausmachen. So haben sie ihr Feindbild vor allem in den Bremer Ultras gefunden, die sich gegen rechte Ideologie und Diskriminierung positionieren.

Verbindungen zur NPD

Zur NPD haben die Hakenkreuz-Hooligans ebenfalls Verbindungen: Daniel Fürstenberg und Markus S. sind auf besagtem Video zu erkennen. Beide gelten seit Jahren als Bindeglieder zwischen Hooligan- und regionaler Neonazi-Szene. Fürstenberg ist ehemaliger niedersächsischer JN-Landesvorsitzender und war Geschäftsführer der NPD-Verden. Markus S. stammt aus einer Bremer Familie, die seit Jahren fester Bestandteil der NPD und »Freien Kameradschaftsszene« ist. Gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder wurde S. im Oktober 2011 im sogenannten »Sturm Wiking«-Prozess unter anderem wegen des Versuchs der Bildung einer kriminellen Vereinigung zu einer Bewährungsstrafe nach Jugendstrafrecht verurteilt.

Als einer der Ziehväter des Hooligan-Nachwuchses gilt in vielerlei Hinsicht André S., einer der Köpfe der »Standarte Bremen«. An Spieltagen begleitet er den Hooligan-Nachwuchs zu ihren Prügeleien. Politisch hat S. den »Nordsturm« geprägt. Er selbst war über Jahre Teil des Ordnungsdienstes bei Großveranstaltungen der Neonazi-Szene in Norddeutschland. Die Hooligan-Szene profitiert aber auch von Verbindungen in das Rocker- und Rotlichtmilieu. Hooligans aus Bremen sollen an sogenannten »Modellwohnungen« beteiligt sein, in denen Prostituierte ihre Dienste anbieten. Im Mai 2012 wurde ein Schalke-Fan von Bremer Hooligans attackiert, schwer verletzt und musste mehrfach operiert werden. Die Polizei durchsuchte daraufhin die Wohnungen von Hooligans des »Nordsturm«, der »City Warriors« und der »Standarte Bremen«. Wichtige Protagonisten der rechten Szene in Bremen sind die Brüder Ostendorf. Der Jüngste von ihnen, Marten, musste sein Ladengeschäft »Sportsfreund« in der Bremer Innenstadt nach antifaschistischen Protesten schließen. Neben Nahrungsergänzungsmitteln und dem hauseigenen Modelabel »Sport frei!« vertrieb er in erster Linie bei Neonazis beliebte Kleidung, so auch die Marke »Thor Steinar«. Sein älterer Bruder, Hannes Ostendorf, bekannt als Sänger der Rechtsrock-Band »Kategorie C«, gehört zu den verurteilten Schlägern im Ostkurvensaal-Prozess. Der dritte und älteste der Brüder ist Henrik Ostendorf. Schon zu Beginn der 1990er Jahre machte er sich einen Ruf in der Neonazi-Szene, zeitweise war er Geschäftsführer des NPD-Verlags »Deutsche Stimme«. Er ist neben André S. einer der ältesten Köpfe und gilt als Kontaktperson zwischen Parteipolitik, militanten Neonazis und Hooligans. Henrik Ostendorf wird von Szenenkennern in erster Linie die rechte Politisierung der Bremer Hooligan zugeschrieben. Schaut man sich die jungen Männer um den »Nordsturm Brema« an, scheint ihm dies gelungen zu sein.



»Reichsbürger« – eine schillernde Szene

Sie haben einen eigenen König, sie haben eine eigene Polizei und eine eigene Justizopferhilfe. Gemeint sind die sich selbst bezeichnenden »Reichsbürger« des »Deutschen Reiches«. Sie mögen etwas skurril wirken, doch harmlos sind sie nicht.

von Gerd Alt

Polit-Desperados der extremen Rechten, VerschwörungsideologInnen mit antisemitischem Verfolgungswahn, ein Selfmade-König ohne Königreich oder RevanchistInnen, die sich als Exilregierung eines längst nicht mehr deutschen Ostens wähnen oder, manchmal ganz profan, Pleitiers, die sich eines Gerichtsvollziehers erwehren wollen und sich als Opfer der Justiz gerieren. Im Wesentlichen aus diesen verschiedenen Richtungen strömen die »Reichsbürger« zusammen und bilden eine schillernde Szene. Sie alle eint der Glaube, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937, 1938 oder wahlweise auch 1939 existiere fort und müsse nur durch das deutsche Volk wachgeküsst werden.

Justizopferhilfen

Im westfälischen Löhne kann man einen tieferen Blick in die Szene werfen. Neben Justizopferhilfen in Kassel und Berlin, die ebenfalls im deutlich rechten Fahrwasser dümpeln, residiert hier die »Justizopferhilfe NRW« (JOH-NRW). Ihren Sitz hat die JOH-NRW in einem angemieteten Gebäude, von dem die AktivistInnen behaupten, es sei exterritorial. Schließlich fungiere es als Botschaft ihres Fantasiestaates der »Germaniten«. Verfolgt man die Spur eines der »Botschaftsangehörigen«, offenbart sich die tiefe Verstrickung dieser Szene in die extreme Rechte. Jürgen Niemeyer gehört zum Vorstand der JOH-NRW. Zuvor war er 2005 in den Räumen des inzwischen verbotenen Vlothoer »Collegium Humanum« zum Vorsitzenden der NPD im Kreis Herford gewählt worden. Der Verfassungsschutz (VS) in NRW habe ihn damals in die NPD geschickt, so Niemeyer in einem Prozess vor dem Landgericht Detmold im Oktober 2012. In diesem Prozess wurde er zu 2½ Jahren Haft verurteilt. Angeklagt war er wegen gefälschter Dollarnoten, die er in Umlauf gebracht hatte. Auch über die 170.000 falschen Dollar, in deren Besitz er war, informierte Niemeyer den VS. Er bekam den Rat, die Blüten bei der Polizei abzugeben. Diesen Rat ignorierte Niemeyer, stattdessen versuchte ein Kompagnon Niemeyers das Falschgeld bei einer Bank auf sein eigenes Konto einzuzahlen. Dieses nicht sehr schlaue Verfahren der Geldwäsche scheiterte auch prompt. Ob Niemeyer 2006 auch im Auftrag des VS unterwegs war, als er an der internationalen Holocaustleugner-Konferenz in Teheran teilnahm, zu der der iranische Präsident Ahmadinedschad geladen hatte, kam im Prozess nicht zur Sprache. Teilgenommen hatte er an der Konferenz mit einer Delegation, die maßgeblich aus dem »Collegium Humanum« beschickt wurde.

Das »Collegium Humanum« und seine »Reichsbürger«

Im »Collegium Humanum«, als dessen Hausmeister Niemeyer einige Zeit fungierte, dürfte er mit der Szene der »Reichsbürger« vertraut geworden sein, denn hier gingen Schlüsselfiguren der sich bildenden »Reichsbürger«-Szene ein und aus. Der Polit-Desperado Horst Mahler scharte hier seine JüngerInnen um sich und zog mit ihnen in die juristische und publizistische Schlacht gegen die »Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft« (OMF-BRD), als die man die BRD in diesen Kreisen verballhornt. Nicht allein gegen die OMF-BRD, sondern auch für ein offensichtlich besinnungsloses »Deutsches Reich« zog man zu Felde. »Das Deutsche Reich kommt im Aufstand des Deutschen Volkes zu sich«, so heißt es im Verdener Manifest der »Reichsbürger« von 2003. Startpunkt dieses Aufstandes sollte Auschwitz sein. Hier wollte man am 30. Juli 2003 vor den Augen der Welt den Holocaust leugnen. Mahler wurde vor der Abfahrt nach Polen der Ausweis entzogen, und so traf man sich auf der Wartburg, um dem deutschen Volke kund zu tun: »Den Holocaust gab es nicht.« So log man auf einem Plakat in die Kamera.

Ein abgehalfterter Neonazi-Anführer

Zum Bekanntenkreis Niemeyers dürfte auch Meinholf Schönborn zählen. Dieser abgehalfterte ehemalige Chef der »Nationalistischen Front« (NF), in deren Führungsriege die V-Leute diverser Geheimdienste sich gegenseitig bespitzelten, veranstaltete im Collegium reichsbürgerkundliche Seminare. Mittlerweile hat er sie in den Harz verlegt, wo am letzten November-Wochenende 2012 im Hotel »Hufhaus« eine weltanschauliche Seminarreihe startete. Gäste – zumeist älteren Semesters – reisten mit PKW an, die so tiefsinnige Kennzeichen trugen wie [...] – DR 1871«. Neben seinen expliziten Polit-Aktionen betätigt sich Schönborn als Militaria- und NS-Devotionalien-Händler. Deko-Waffen, zum Beispiel eine Kalaschnikow, kann man bei ihm erwerben. Nicht täuschend, sondern tatsächlich echt war ein Waffenfund am 22. März 2012: Unter anderem einen Karabiner mit Zielfernrohr nebst 300 Schuss scharfer Munition sowie eine schusssichere Weste fanden sich beim Neonazi-Söldner Jörg Lange, als dieser nach einem Herzanfall verstorben war. Lange war seinerzeit mit einer kroatischen Miliz in den Jugoslawienkrieg gezogen. Tot aufgefunden wurde Lange von Jan Gallasch, einem alten NF-Aktivisten und ehemaligen JN-Bundesvorstandsmitglied. Den Herztod erlitt Lange im Hotel »Weißes Haus« in Herzberg (Brandenburg), das zu einem Schulungszentrum ausgebaut werden sollte. Pächterin dieses Hotels war Brigitte Hell. Sie ist die Lebensgefährtin Schönborns und stellt auch die Bankverbindung für jene »Reichsbürger«, die Schönborn folgen.

Freistaat Preußen

Zur »Reichsbürger«-Szene, die im »Collegium Humanum« aufeinander traf, gehört auch der Verdener Rigolf Henning. Er wandelte aber bereits weit im Vorfeld der aktuellen »Reichsbürger«-Szene auf den Abwegen der Fantasiestaaterei. Henning glaubt, Präsident eines »Freistaates Preußen«



^ *Botschaft »Justizopferhilfe NRW« in Löhne/Westfalen*

und damit Chef der Exilregierung eines Staates zu sein, welcher nur auf den Landkarten dieser Gruppierung existiert. Auch für Henning ist das Deutsche Reich nie untergegangen. Auch für ihn harrt es seiner Erlösung aus dem Dämmerschlaf durch das deutsche Volk, aus dem es dereinst auferstehe in neuem Glanz und neuer Größe. Der »Freistaat Preußen« versteht sich nach der Wiederauferstehung als Teil des Deutschen Reiches. Bis dahin waltet die Exilregierung ihres Amtes und wahrt die deutschen Interessen gegenüber den polnischen und russischen BewohnerInnen jenes Preußen. Die reale Geschäftsgrundlage dieses Freistaates sind jedoch Volksverhetzung, Holocaustleugnung, Amtsanmaßung und andere mehr oder weniger strafrechtsrelevante Neonazi-Aktivitäten.

Pleitegeier statt Bundesadler

Für einen anderen Teil dieser »Reichsbürger«-Szene existiert der Bundesadler als Wappentier der BRD nicht, da sie die Existenz der gesamten BRD negiert. Über weiten Teilen dieses Spektrums kreist stattdessen der Pleitegeier und als sein Handlungsgehilfe steht der Gerichtsvollzieher vor der Tür. Für die verschrobenen Geister der »Reichsbürger« liegt in einem solchen Fall nichts näher, als das eigene Grundstück für exterritorial zu erklären und eine eigene Polizei zu kreieren. So geschehen am 23. November 2012 im sächsischen Bärwalde unweit Dresdens. Ein pfändungswilliger Gerichtsvollzieher wurde kurzerhand von 20 Uniformierten des »Deutschen Polizeihilfswerkes« (DPHW) festgenommen. Er sei nur ein »vorgeblicher Gerichtsvollzieher«, seine Handlungen seien keine Pfändungen sondern Plünderungen. In ähnlich gelagerten Fällen, wie beispielsweise am 4. Juni 2012 in Saalfeld, behaupteten Schuldner gar, Vollstreckungsbeamte seien unbefugt in einen anderen Staat, sprich auf das Grundstück des Schuldners eingedrungen, um dort zu plündern. Fehlt nur noch, dass man den Gerichtsvollzieher als Handlanger internationaler Finanzmächte tituliert. Die Parallelen zwischen solchen ernst gemeinten Clownereien und den Behauptungen der »Justizopferhilfen« sind unübersehbar.

... wenn ich König von Deutschland wär

Am 19. Juni 2012, eingebettet in ein Begleitprogramm aus esoterischem Tand, mit drittklassigen SelbstdarstellerInnen und untermalt von musikalischen Grausamkeiten, wurde von Peter Fitzek in Wittenberg vor einem größeren Publikum ein »Königreich Deutschland« ausgerufen. Sinnigerweise ließ er sich selbst zum Herrscher dieses Reiches krönen. In der Gründungsurkunde dieses neuen Deutschen Reiches heißt es, man bewege sich »im Einklang mit den ewigen Schöpfungsgesetzen« und sei bestrebt »nach über 60 Jahren den Deutschen wieder eine Heimat in wahrer Freiheit zu geben«. Eine »Heimstatt aller Deutschen« solle dieses Königreich sein. Selbstverständlich hatten seine Hofschranzen auch schon ein repräsentatives Botschaftsgebäude im Auge, denn »jeder Staat braucht ja eine Botschaft.«

Filmisch festgehalten wurde das königliche Theater im Übrigen vom rechtsesoterischen Verschwörungsideologen Jo Conrad, der selbst als »Informationsminister« eines im Februar 2009 gegründeten »Fürstentums Germania« unterwegs ist.

Wille und Wahn oder Schluss mit lustig

»Reichsbürger« sind politische Outcasts. Selbst innerhalb der extremen Rechten stoßen ihre Ideen nicht auf ungeteilte Gegenliebe. So kam beispielsweise Hannes Kaschkat im Mai 2012 auf der Jahrestagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) zu dem Ergebnis, »daß es rechtsirrig ist anzunehmen, es gäbe irgendwo neben der Bundesrepublik Deutschland noch einen fiktiven Staat mit dem Namen ‹Deutsches Reich›, den es nur zu aktivieren gelte. Die Bundesrepublik Deutschland ist das ‹Deutsche Reich›«. Dass noch im Jahr zuvor die »Reichsbürger«-Aktivistin Ursula Haverbeck, ehemalige Hausherrin im »Collegium Humanum« und Herausgeberin der »Stimme des Reiches«, auf dem Jahreskongress der GfP reden durfte, konterkariert allerdings die Positionierung der GfP in diesem Jahr.

Reiner Erb, Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung, hat sich intensiv mit dieser Szene auseinandergesetzt. Er konstatiert: »Im kleinen Reich ihres Größenwahns verfolgten sie große Pläne, die einen fatalen Mangel an Wirklichkeitssinn, aber flammenden Hass zu erkennen gaben. […] Hass verlangt ein personales oder personalisiertes Objekt, das man verachten oder angreifen kann. Judenhasser kritisieren nicht abstrakte gesellschaftliche Strukturen [...], sie personalisieren, indem sie Hintermänner mit Namen und Adresse verantwortlich machen.«

Hier kann ein besonderes Gefährdungspotential liegen, das aus dieser Szene erwächst. Sie haben das Potential »Schreckens Männer« zu werden, wie Hans Magnus Enzensberger sie in seinem gleichnamigen Essay über Amokläufer und Verliererkollektive treffend bezeichnete. Und an dieser Stelle – spätestens – ist Schluss mit lustig.

Wenn Menschen zu Dönern werden

»Döner-Morde« und »Soko Bosporus« – die Verwendung stereotyper Beschreibungen in den Medien beeinflusst das Bild der Gesellschaft von ethnischen Gruppen. Das wurde an den Berichten über die Morde des »Nationalsozialistischen Untergrundes« erneut deutlich, wie eine Studie zeigt.

von Christian Schaft

Die Berichterstattung über die Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) Ende 2011 zeigte, wie Stereotype Tag für Tag durch die Medien das Bild der Gesellschaft beeinflussen. Die Opfer der rechten Terrorgruppe wurden verdinglicht, ihnen nahm man das Gesicht und die Menschlichkeit – sie wurden zu »Dönern« gemacht. Eine Studie der Universität Erfurt hat nun untersucht, wie JournalistInnen durch die stereotype Berichterstattung das Bild der Mehrheitsbevölkerung über ethnische Gruppen prägen.

Macht der Sprache

Bei der Frage nach der Macht der Sprache auf gesellschaftliche und politische Prozesse müssen die Medien mitgedacht werden. Ihnen kommt durch die sprachliche Vermittlung von Nachrichten die besondere Rolle zu, Begriffe zu verwenden, die dann Teil der Alltagssprache werden. Ein Nachdenken über die Sprache und ihre Macht bezüglich der Manifestation in Denk- und somit gesellschaftlichen Machtstrukturen findet bei der täglichen Mediennutzung nicht statt. Mit der ständigen, notwendigen Reduktion der Nachrichtenflut erzeugen Medienschaffende eine Abbildung der Realität. Stereotype finden daher zwangsläufig Verwendung in den Texten der JournalistInnen, denn sie sind zunächst wertfrei, bilden aber Eigenschaften von Personen und Gruppen stark vereinfacht und auf wenige Merkmale reduziert ab. Daher stand im Zentrum der Studie die Frage, ob JournalistInnen Stereotype für die Berichterstattung über ethnische Gruppen verwenden und wenn ja, ob dies bewusst oder unbewusst geschieht.

Ereignisorientierte Berichterstattung

Die Frage nach der Art und Weise der Verwendung von Stereotypen wurde durch die Analyse von vier regionalen Tageszeitungen aus Hessen und Thüringen untersucht. Ausgaben aus vier Wochen des Zeitraumes von Oktober bis Dezember 2011 wurden dazu herangezogen, um erkennen zu können, ob die Aufdeckung der NSU-Mordserie einen Einfluss auf die Berichterstattung hatte. Dies konnte bestätigt werden. Kurz nach dem Bekanntwerden der Morde zeigt sich eindeutig, dass Anfang November Thematisierung und Nennung ethnischer Gruppen rapide zunahm. Ebenso schnell allerdings verebbte das Interesse der JournalistInnen an der Berichterstattung wieder. Während in der zweiten Novemberwoche noch ein Drittel der erhobenen Artikel einen Bezug zu ethnischen Gruppen aufwies, so waren es im Dezember bereits weniger als 18 Prozent. Dies zeigt, dass ethnische Gruppen in der deutschen Tagespresse vorrangig immer noch Teil der ereignisorientierten Berichterstattung sind.

»Ausländer«, »Islamisten« und »faule Griechen«

Besonders aufschlussreich war die konkrete Analyse der erhobenen Zeitungsartikel im Bezug auf die verwendeten Stereotype. Drei Formen der stereotypen Zuschreibungen konnten erkannt werden. So werden ethnische Gruppen unterschieden nach der Zugehörigkeit zu Nationen, Glaubensrichtung und sozial konstruierten Kollektiven. Vier Beispiele sollen hier exemplarisch der Unterscheidung der Stereotypenformen dienen: »die Griechen«, »die Muslime«, »die Flüchtlinge« und MigrantInnen. Letztere wurden in der Presse im Regelfall unter der Bezeichnung »Ausländer« zusammengefasst. Die Gruppe der Muslime wurde fast durchgängig mit dem Klischee religiöser FanatikerInnen und mit islamistischem Terrorismus in Verbindung gebracht. Zudem wurde von einer Gefahr für die deutsche Mehrheitsbevölkerung gesprochen. Aussagen wie »Islamisten« planen, »Deutschland mit terroristischen Anschlägen zu überziehen« (»Wiesbadener Tagblatt«, Wiesbaden, 15.12.2011), waren keine Seltenheit und komplettierten das Stereotyp gewaltbereiter Muslime. Nur selten wurde diesem Bild widersprochen. Doch selbst wenn, wie in der »Oberhessischen Zeitung« (Alsfeld), explizit erwähnt wurde, dass »von den rund vier Millionen Muslimen in Deutschland […] gerade einmal rund 37.000 Personen der islamistischen Szene zugehörig sind« (05.11.2011), wurde auch bei relativierenden Vergleichen immer wieder das Bild einer gefährlichen Glaubensgemeinschaft geprägt.
Bei der Gruppe der Nationenstereotype zeigt die Berichterstattung über Griechenland sehr gut, wie Stereotype Vorurteile prägen. »Griechenland-Pleite« war und ist immer noch das Schlagwort, auch in der lokalen Tagespresse. Die Darstellung Griechenlands als Nation fand im Erhebungszeitraum ausschließlich in Bezug auf die Finanz- und Bankenkrise statt. Zudem verfestigten sich neue Stereotype als Synonyme für die bis dato traditionellen Bilder des »faulen Südländers«. In der aktuellen Berichterstattung wird auf neue Formulierungen zurückgegriffen, wie die der »mediterranen Laxheit« (»Thüringer Allgemeine«, Erfurt, 13.12.2011) oder der »griechischen Verhältnissen« (»Oberhessische Zeitung«, 16.11.2011) in der Finanzwelt.

Objekt der Berichterstattung

Im Gegensatz zu den dargestellten Gruppenstereotypen, die sich konkret auf Nationen und Glaubensgemeinschaften beziehen, stellt das Stereotyp des »Ausländers« eine andere Form dar. Hier wird undifferenziert eine Abgrenzung zwischen Deutschen und Angehörigen ethnischer Gruppen vorgenommen, welche nicht Teil der Mehrheitsbevölkerung sind. Merkmalszuschreibungen aufgrund körperlicher und äußerlicher Erscheinungen wurde bei dieser Gruppe in den untersuchten Tageszeitungen besonders häufig in Zusammenhang mit kriminellen Vorfällen gebracht. Neben dem Aussehen spielte bei der Darstellung von MigrantInnen auch die Sprache eine besonders wichtige Rolle, um die Differenzierung zur Mehrheitsbevölkerung darzustellen. Stark verallgemeinernde Beschreibungen führten dazu, dass die Merkmale »kriminell« und »fremd« auffallend häufig miteinander verknüpft wurden. Selbst bei der Darstellung von MigrantInnen als Opfer von rassistisch motivierten Gewalttaten wurde die Abgrenzung als »fremd« vorgenommen, wenn beispielsweise von dem Opfer »ausländischer Herkunft« (»Freies Wort«, Suhl, 19.11.2011) gesprochen wurde. Auch bei Berichten über interkulturelle Begegnungen

wurde immer wieder durch Attribute wie »ausländisch«, »einheimisch« oder »fremd« die Abgrenzung von einem »Wir« zu den »Anderen« vorgenommen. Zudem war besonders auffällig, dass in kaum einem Artikel MigrantInnen selber zur Wort kamen. Sie waren lediglich Objekt der Berichterstattung, wurden aber kaum als mündige Personen dargestellt. Berichtet wurde über sie, nicht von ihnen.

Nicht Teil der Normalität

Im Anschluss an die Analyse der Zeitungen wurden Interviews mit JournalistInnen geführt. Diese sollten die Frage klären, ob Medienschaffende bewusst oder unbewusst Stereotype verwenden. Hier zeigten sich unterschiedliche Reaktionen in Hessen und Thüringen. Während in Hessen ethnische Gruppen alltäglicher Bestandteil der Tagespresse sind, wurde in Thüringen von den Beteiligten oft auf den geringen Anteil an MigrantInnen im Bundesland verwiesen, der es erschweren würde, sie in die »normale Berichterstattung« mit aufzunehmen. Einige JournalistInnen betrachten MigrantInnen nicht als Teil der in ihren Augen »normalen Berichterstattung«. Weiterhin zeigten die Interviews, dass es an Vereinbarungen über die (Nicht-)Verwendung bestimmter sprachlicher Bezeichnungen fehlt und auch die Sensibilität für die abwertende Bedeutung mancher Begriffe, wie zum Beispiel »Asylant«, nicht vorhanden ist. Sie werden zum Teil in der Berichterstattung verwendet, ohne zu hinterfragen, welche Wirkung sie auf die LeserInnen haben. Grundsätzlich wurde aber erwähnt, dass die Nennung der Nationalität oder der ethnischen Herkunft in den Berichten unwichtig sei. Die erhobenen Artikel und deren sprachlicher Aufbau bewiesen aber zum Teil das Gegenteil.

Nur in einem Fall regte die Verwendung eines Stereotyps bei den befragten JournalistInnen zum Nachdenken über die eigene Sprache an. Der Begriff »Döner-Morde« wurde von allen Befragten eindeutig als diskriminierend und abwertend erkannt und aus der eigenen Berichterstattung verbannt.

Stereotype sind Bestandteil der alltäglichen journalistischen Arbeit. Den Medienschaffenden kann nicht generell unterstellt werden, dass sie diese bewusst verwenden, um ethnische Gruppen negativ darzustellen. Ein grundlegendes Problem ist aber, und das zeigen die Interviews deutlich, dass die JournalistInnen zwar Stereotype wahrnehmen und sich durchaus über die Macht der Sprache bewusst sind, aber nicht erkennen, wann die eigene Sprache stereotyp geprägt ist. Oft sind sie sich nicht im Klaren, welche Bilder sie mit den verwendeten Stereotype prägen. Die notwendige Sensibilität fehlt zum Teil. So kommt es, das Angehörige ethnischer Gruppen aufgrund fest zugeordneter Merkmalseigenschaften abgegrenzt werden und so medial wie auch gesellschaftlich Fremde in der Mehrheitsgesellschaft bleiben.

Auf Grundlage der Forschungsergebnisse wurde ein Leitfaden entwickelt, der sowohl die JournalistInnen als auch die LeserInnen und RezipientInnen von Medien zum Nachdenken über die mediale Berichterstattung anregen soll:

Erstens: Stereotype sind Ergebnisse des natürlichen Prozesses der Reduktion der Wirklichkeit. Wahrgenommenes muss in Kategorien eingeordnet werden, um es zu verstehen. Es ist allerdings notwendig, sich der eigenen stereotypen Denkmuster bewusst zu werden.

Zweitens: Damit einher gehen Prozesse der Reflexion und des Weiterdenkens: Woher kommen verwendete Stereotype und welche Denk- und Abgrenzungsmechanismen gehen damit einher?

der, und eine vage Ahnung
Landsleuten. Aber so groß die Angst auch
sein mag – niemand weiht die Polizei ein.
Die schwer durchdringbare Parallelwelt
der Türken schützt die Killer. Soko-Leiter
Geier bekannte, durch die Er-

Drittens: Es reicht nicht, über ethnische Gruppen zu schreiben. Man muss mit Angehörigen ethnischer Gruppen ins Gespräch kommen und sie mit einbeziehen. So lassen sich Vorurteile abbauen und sprachliche Probleme bezüglich Eigen- und Fremdzuschreibung lösen.

Viertens: Während des Schreibens oder des Schaffens medialer Inhalte ist eine ständige Reflexion der eigenen Sprache notwendig. Die Suche nach sprachlichen Alternativen zu Stereotypen ist notwendig, um die eigenen sprachlichen Zuschreibungen zu hinterfragen.

Fünftens: Auch die LeserInnen sind in der Verantwortung, sich mit Sprach- und Denkmustern auseinander zu setzen. Medientexte dürfen nicht nur wahrgenommen werden. Die sprachliche Nutzung und Verfestigung von Stereotypen muss im öffentlichen Diskurs hinterfragt werden. Der Umgang mit Medien muss vor dem Hintergrund alltagsrassistischer Tendenzen innerhalb der Gesellschaft neu diskutiert werden.

Die Studie »Stereotype Berichterstattung über ethnische Gruppen in deutschen Tageszeitungen« gibt es kostenfrei unter www.fes-thueringen.de.

Die Geschichtspolitik der »Zuerst!«

Der Historiker Eric Hobsbawm bezeichnet Geschichte als »Rohmaterial für nationalistische Ideologien«, so »wie Mohn der Rohstoff für Heroinabhängigkeit ist«. Damit unterstreicht er den Stellenwert der Mythen, Helden- und Ursprungserzählungen für die Konstruktion homogener nationaler Gemeinschaften. Der Vergleich mit der Droge verbildlicht die »Sucht« nach Identitätsstiftung. Auch die Zeitschrift »Zuerst!« dealt damit.

von Lenard Suermann

Mit dem bundesweiten Kioskverkauf und dem relativ aufwändigen, durchgängig farbigen Druck ist die Monatszeitschrift »Zuerst!« die Exotin unter den rechten Periodika (s. drr Nr. 135). Wer einen Blick hineinwirft, findet einen altbekannten, gegen einen »linken Mainstream« gerichteten, völkisch-nationalistischen Diskurs. Ein zweiter Blick enthüllt, dass die »Zuerst!« als strömungsübergreifendes Organ verstanden werden will, das von möglichst allen Rechten gelesen werden kann. Mit Erfolg. So lobte der Bundesvorsitzende der NPD Holger Apfel sie als unterstützenswertes »meinungsbildendes Vorfeldmagazin«. Aber auch auf der von Rechtsintellektuellen im Oktober 2012 organisierten Messe »Zwischentag« in Berlin fand die »Zuerst!« ihren Platz. Weil jedoch die Lager innerhalb der Rechten zum Teil heftig zerstritten sind, hat die »Zuerst!« zunächst einmal einen Minimalkonsens zu bedienen, der allen schmeckt. Dies gilt insbesondere für die identitätsstiftenden Geschichtserzählungen. Welche Kontinuitäten werden somit hier gesponnen für die Konstruktion »nationaler Größe«?
Bevor ein Blick in die Zeitschrift selbst geworfen wird, ist zu klären, was mit »Geschichtspolitik« gemeint ist. Von einem wissenschaftlichen Zugriff auf die Vergangenheit ist sie zu unterscheiden, denn es geht ihr nicht um eine möglichst korrekte Rekonstruktion des Geschehenen. Eine kritische Re-Lektüre ist nicht gewünscht. Vielmehr geht es um die Herstellung von scheinbar historisch gewachsenen beziehungsweise ursprünglichen Kontinuitäten: »Größe« und »Wesen« des deutschen Volkes als »Wahrheit«. Die Schaffung von Identifikationsangeboten über Geschichte(n) ist eine zentrale, gleichwohl nicht die einzige Funktion der Geschichtspolitik. Denn im Rückgriff auf Geschichte werden zugleich gegenwärtige Befindlichkeiten in eine vermeintliche Vergangenheit zurückdatiert. Somit werden nicht nur die jeweiligen ideologischen Grundpfeiler gestärkt, sondern zugleich politische Ziele formuliert. Das politische Wollen wird also aus dem geschichtlichen Verlauf entkoppelt und als eine essentielle »ewige Wahrheit« dargestellt. Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft stellen dabei kein antagonistisches Gegensatzpaar dar, denn auch ein wissenschaftlicher Zugang zur Geschichte ist von bestimmten eigenen Interessen und letztlich ethischen Positionen geleitet. Wo allerdings hohe methodologische Standards gelten, ersetzen interessierte Vergleiche sowie Entkontextualisierungen historischer Ereignisse das plumpe Fälschen von Quellen, die Lüge und das Leugnen. Geschichtspolitik kann also durchaus auch auf hohem Niveau stattfinden. Wichtig ist es, ihre Funktion zu erkennen, die sich womöglich erst im diskursiven Kontext offenbart.

Kampf gegen eine fremde Macht

Wie sieht nun aber die völkisch-nationalistische Geschichtspolitik am Beispiel der »Zuerst!« aus? Historische Bezüge lassen sich bei praktisch jedem Thema herstellen, in der »Zuerst!« finden sich diese aber vor allem in den Rubriken »Geschichte«, »Historischer Kalender« und »Kultur«. Auffällig ist dabei, dass den Themenkomplexen »Germanische Tradition« und »Deutsches Brauchtum« recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die erste zeitlich konkret verortete historische Episode der deutschen Geschichte ist der Dreißigjährige Krieg, doch erst mit der napoleonischen Besatzung wird das eigentliche historische Interesse der »Zuerst!« geweckt. Der deutsche Widerstand, in dem sich Momente der Moderne, des gesellschaftlichen und technischen Fortschritts und der Aufklärung mit den zum Teil rassistischen und antisemitischen, nationalistischen Ideen der Frühromantiker mischten, stellt für die Zeitschrift eine wahre Fundgrube dar. Das hieraus destillierte Ideal eines »gesamtdeutschen Freiheitskampfes« gegen eine fremde Macht, der die »Volksgemeinschaft« zusammenwachsen lässt, stellt ein Kernideologem des völkischen Nationalismus dar. Mit allgemein bekannten Personen aus dieser Zeit, wie Ernst Moritz Arndt, »Turnvater« Friedrich Ludwig Jahn, Johann Gottlieb Fichte und nicht zuletzt dem Südtiroler Andreas Hofer, ist der hier bespielte nationale Befreiungsmythos durchaus anschlussfähig an hegemoniale Diskurse. Die Genannten werden zu Märtyrern und »Befreiungsnationalisten« stilisiert. Dies wohl auch, weil die offizielle Erinnerungskultur nach 1945 bei ihrer Suche nach anschlussfähigen Personen gleichfalls auf diese stieß. So völkisch ein Fichte oder ein »Turnvater« argumentiert haben mögen, als verfassungsfeindlich gelten sie jedenfalls nicht. Deren kritische Rezeption wird dementsprechend also von der »Zuerst!« harsch zurückgewiesen als Teil einer linken Geschichtspolitik.
Zum 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreich hat die »Zuerst!« ein ambivalentes Verhältnis. Die Reichsgründung steht für eine Festigung und Ausweitung »preußischer Tugenden«: militärischer Gehorsam, technischer Fortschritt, Überwindung der Kleinstaaterei. Allerdings wird diese verkappte Erfolgsstory von der realen Politik eingeholt: Die »kleindeutsche Lösung« umfasst eben nicht die ganze »Volksgemeinschaft«. Auch scheint die Außenpolitik nicht das Gewünschte gebracht zu haben – wie sonst ließe sich bei all der Lobhudelei die doch recht verhaltene Berichterstattung der »Zuerst!« erklären?

Kriegsschuld?

Weitaus mehr Raum erhalten die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg. Während nämlich dieser trotz allem militärgeschichtlichen Interesse kaum thematisiert wird, misst man den politischen und militärischen Machtverhältnissen ab 1918 hohen Wert zu. Das Kriegsende 1918 stellt für die Geschichtspolitik der »Zuerst!« eine Art Zäsur dar. Statt großer Männer und romantisierter Rebellion wird der Fokus nun auf die Interessen der jeweiligen Beteiligten gelegt. Denn ab jetzt wird mittels psychologischer, politischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt militärstrategischer Expertise die »Schuldfrage« behandelt – oder eher abgewehrt. Insofern kann man die Phase vor dem Zweiten Weltkrieg, diesen selbst und die aus seinem Verlauf resultierenden Folgen als einen geschichtspolitischen Themenkomplex auffassen. Durchaus interessant ist dabei, dass mit dem zunehmenden Interesse auch die Vielfalt an zum Teil sich widersprechenden Interpretationen zunimmt.
Der Nationalsozialismus wird noch recht homogen als im Großen und Ganzen produktive, fortschrittliche Gesellschaftsordnung beschrieben, der eine Friedenspolitik betrieben und dementsprechend einen europäischen »Ordnungsfaktor« dargestellt habe. Schließlich sei die Ursache des Zweiten Weltkrieges nicht in der nationalsozialistischen Geopolitik, sondern in der angeblichen Machtgier der späteren Siegermächte zu suchen. Diese Vorstellung geht mit der in rechten Kreisen populären »Präventivkriegsthese« einher, nach der das nationalsozialistische Deutsch-



^ *»Präventivkriegsthese« – Angriff auf Polen 1939*

Irving: hat sogar behauptet, ich hätte
mehrere Bücher über den Holocaust
geschrieben. Es gibt kein einziges Buch
von mir über das Thema. Ich habe le-
diglich 1991 gesagt, daß das Gebäude,
welches im Stammlager Auschwitz den
Touristen als Gaskammer gezeigt wird,
eine Attrappe ist. Dafür wurde ich zu
25.000 Mark Geldstrafe verurteilt, was
wiederum die Grundlage für Einreise-
verbote in diversen Ländern war. Seh
iel später hat die polnische Regierun
zugegeben, daß das Gebäude er

^ *Holocaust-Leugner David Irving in der »Zuerst!«*

land 1939 nur einer polnischen Invasion zuvorgekommen sei. In der Dezember-Ausgabe der »Zuerst!« (Nr. 12/2012) findet sich diese These in einem Interview mit Heinz Magenheimer wieder. Der seit Jahrzehnten für die »Junge Freiheit«, aber auch für die »Deutsche Militärzeitschrift« und ihren neuen Ableger »DMZ-Zeitgeschichte« schreibende Militärhistoriker ist Vertreter der »Präventivkriegsthese« und in der rechten Szene bekannt als ein brauner Hund. Magenheimer wird ein Forum geboten, den aus nationalsozialistischer Sicht katastrophalen Verlauf der Schlacht von Stalingrad 1942/1943 als »bemerkenswerte Leistung« umzudeuten. Magenheimer bezieht sich dabei auf seine Grundthese der massiven sowjetischen Kräfteüberlegenheit und rechnet daraufhin den aus nationalsozialistischer Sicht katastrophalen Ausgang klein. Solch abstruse Erklärungsversuche gibt es in der »Zuerst!« regelmäßig. Dabei ist es gar nicht notwendig, dass die eine Erklärung mit der anderen einhergeht. Mal sind die kriegslüsternen Briten, mal ist die sowjetische Expansionspolitik ausschlaggebend für den Kriegsbeginn. Mal ist Adolf Hitler der von »Funktionären« verhinderte »Volkstribun«, mal ist er zu romantisch und militärstrategisch unbegabt, um die technisch überlegene Wehrmacht zum Sieg zu führen. Wichtig ist bei aller Diskrepanz lediglich, dass am Ende die eigentliche, nur durch eine unglückliche Verkettung verhinderte Überlegenheit der deutschen Nation steht.

Deutsche Opfer

Die Versöhnung findet spätestens mit dem Beklagen der Opfer statt, denn hier ist man sich einig. Die Spur »alliierter Verbrechen« zieht sich in der »Zuerst!« von Misshandlungen an Frauen und Kriegsgefangenen über den Technologie- und Gebietsraub bis hin zur »Siegerjustiz«, deren Spätfolgen »linke Geschichtspolitik« und ein daraus folgender »deutscher Schuldkult« seien. Eine Entsprechung findet dies etwa in dem Interview mit dem Holocaustleugner David Irving, der sich aufgrund eines Einreiseverbotes als Opfer der deutschen Justiz stilisieren darf: »Überall auf der Welt sind meine Zuhörer erschüttert, wenn ich ihnen erzähle, wie es in Deutschland zugeht« (Nr. 12/2012).

Positiver NS-Bezug

Mit der Abwehr der hegemonialen Geschichtsschreibung kommt die Geschichtspolitik der »Zuerst!« schließlich in der Gegenwart an. Es zeigt sich ein deutlich positiver Bezug zum Nationalsozialismus, wobei potenzielle Ikonen allerdings aus den antinapoleonischen Kriegen herangezogen werden. Diese werden jedoch nicht soweit ausgebaut, dass die »Zuerst!« in ihrem Gesamtbild an die hegemoniale Geschichtsrezeption andocken könnte. Vielmehr ergeht sie sich in völkischen Verschwörungsphantasien einer imaginierten »Schuld-Religion«.

Blickt man aber, das religiöse Moment aufgreifend, auf die Redundanz der völkisch-nationalistischen Geschichtsrezeption der »Zuerst!«, dann lässt diese sich – um Hobsbawms zu Anfang zitiertes Bild noch einmal zu bedienen – als eine wiederholte Injektion beschreiben. Das Altbekannte wird zum betörenden Rauschmittel. Die Erzählungen handeln dabei stets von der einstigen »Größe«, aus der sich das eigene »Wesen« herauslesen lasse, von Heldentum, Opfermythos sowie Phantasien technischer, sozialer oder militärischer Überlegenheit. In ihrer Negativfolie treten die Topoi dann entsprechend als anti-deutsche Verschwörungen, moralische Verfehlungen des Feindes und Dekadenzerscheinungen auf. Obwohl mehr oder minder an die gängige Form der Geschichtsschreibung angepasst, zeigt sich hierin deutlich ein mythischer Gehalt. Historische Fakten sind nur insofern von Interesse, als über sie die eigene Überlegenheit abgelesen werden kann.

Bei einem derartigen Bedarf an Mystik verwundert eines: Mit jedem Jahr scheint in der »Zuerst!« das Interesse an Weihnachten zu schwinden. War man in der Dezemberausgabe 2010 noch fleißig bemüht, das christliche Fest mit »deutschem Brauchtum«, »deutschem Wald« und »deutscher Innerlichkeit« in Verbindung zu bringen (s. drr Nr. 128), wurde im Folgejahr lediglich die dekadente Kommerzialisierung beziehungsweise Amerikanisierung beklagt. In der aktuellen Dezember-Ausgabe (Nr. 12/2012) ist der einzige Bezug die »weihnachtliche« Bebilderung eines Artikels um einen »Männerkongress« – dabei hätte der hauseigene Verlag »Lesen & Schenken« zahlreiche Geschenkideen für »Julfeiern« im Angebot.

Neue Freunde

Eine Gallionsfigur der Anti-Atomkraft-Bewegung begibt sich auf Abwege – den Kontakt zu Neonazis scheut er nicht.

von Andreas Speit

In der Anti-Atomkraft-Bewegung ist er eine Ikone. Seit über 40 Jahren wird er als »Ökopionier« geschätzt. Auf der Website des neonazistischen Umweltmagazins »Umwelt & Aktiv« (U&A) hat Holger Strohm nun einen Artikel veröffentlicht – nicht die einzige Beziehung des »Messias der Grünen-Bewegung« nach ganz rechts.



^ *Holger Strohm*

In dem Artikel wehrt sich Strohm, dessen Buch »Friedlich in die Katastrophe« 1971 der Anti-Atomkraft-Bewegung ein seriöses Fundament gab, gegen eine »systematische, generalstabsmäßig durchgesetzte Verleumdungskampagne«. Diese Kampagne, schreibt er, die behauptet, »ich sei Nazi, antisemitisch und ausländerfeindlich, hat mir ziemlich zugesetzt und mir den Schlaf geraubt. Ich wurde mit Kübeln voller Hass überschüttet«. Ein Zitat des Friedensnobelpreisträgers Lui Xiaobo hat der 70-Jährige gleich vorangestellt: »Wer die Meinungsfreiheit stranguliert, die Menschenrechte mit Füßen tritt, erdrosselt die Menschlichkeit und unterdrückt die Wahrheit« und später hebt er ein Zitat der Kommunistin Rosa Luxemburg hervor: »Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden«. Doch von welcher Kampagne schreibt er eigentlich?
Am 1. Dezember 2012 hatte der Autor dieses Artikels in der »die tageszeitung« (taz) unter dem Titel »Grüner Pionier im braunen Sumpf« ein Interview von Strohm auf der Website von U&A hinterfragt und angemerkt: »Mit dem Interview hilft er dem Magazin bei der Etablierung über die Szenegrenze hinweg«. In dem langen Gespräch, das in gekürzter Fassung auch in der aktuellen Ausgabe der Quartalsschrift (4/2012) veröffentlicht ist, antwortet Strohm auf die Frage »Gibt es Grenzen der Zusammenarbeit oder Unvereinbarkeiten?«: »Ich habe mich immer dagegen gewehrt, daß man sagt: ‹Mit den Schmuddelkindern, mit den Kommunisten, den Nazis oder den den, darfst Du nicht spielen›«. Und er schiebt nach: »Es gibt selbst unter Nazis gute [...] Menschen und es gibt selbst unter Linken sehr böse Menschen. [...] Für mich ist die politische Überzeugung kein Maßstab. Aber für mich es ein Maßstab, ob man gegen Atomenergie ist, ob man für die Menschheit ist«. Denn das Tun sei wichtig und nicht, was man sage, betont er weiter.

Diese eindeutige Aussage von Strohm führt mit dazu, dass die taz berichtete, obwohl sie vorher mehrfach erfolglos versuchte, ihn selbst wegen des Gesprächs anzusprechen. Den Artikel griffen verschieden Anti-AKW-Initiativen wie das Blog »umweltFAIRändern« und die »Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg« auf. »Quo vadis, Holger Strohm?«, fragte die Initiative um Wolfgang Emke. Dirk Seifert, Betreiber des Blogs und Energiereferent der Umweltorganisation »Robin Wood«, hebt nach dem U&A-Artikel zudem hervor, dass weder taz, die Bürgerinitiative, »ContrAtom« noch »umweltFAIRaendern« den Vorwurf »Nazi« erhoben hätten. »Indem Strohm aber Vorwürfe konstruiert«, so Seifert, »die zumindest die von ihm genannten gar nicht erhoben haben, stilisiert er sich zu einem Opfer, zu einem – natürlich zu Unrecht – Verfolgten!«.
Vor dem Artikel hatte Strohm, der 1978 als Spitzenkandidat der »Bunten Liste Hamburg« den Einzug in die Bürgerschaft verpasste, noch behauptet, nicht gewusst zu haben, wem er das Interview gegeben habe. Auf der Website der Zeitschrift U&A, die seit 2007 erscheint (s. drr Nr. 123), muss man jedoch nur hinunter zur Selbstdarstellung scrollen, um deren Ausrichtung zu erkennen: »Der Schutz der Natur beginnt vor Ort, in den heimischen Wäldern, Bergen, Seen und Stränden, [...] Und dazu gehört auch der Schutz der Kultur als gewachsener Träger des Umwelt- und Tierschutzes« heißt es. Und: »Wir werden nicht länger jenen Menschen das Thema Umweltschutz und Naturschutz überlassen, denen gar nichts an der Heimat liegt«, denn »Umweltschutz ist nicht grün«. Bereits in der Erstausgabe betonte der Herausgeber Christoph Hofer diese Verortung und führte aus: »Skrupellose Internationalisten werden in unserem Land von allen etablierten Parteien gefördert [...] auch von denen, die behaupten, sich dem Umwelt- und Tierschutz verschrieben zu haben«. Diese »Global Player« würden »unsere Heimat zu einem Spielball im internationalen Finanzhandel« machen, schrieb der frühere NPD-Bezirksvorsitzende in Niederbayern und Kreisvorsitzende in Rottal-Inn weiter. Auf der Website lässt sich nach dem völkischen Heimatbekenntnis auch die antisemitische Verschwörungsvorstellung nachlesen. Die internen E-Mails der NPD, die verschiedenen Redaktionen 2011 zugespielt wurden, belegen die bis heute bestehende Nähe des Magazins zu der Partei.
Anlass zum Interview mit U&A war der neue Film von Strohm: »Friedlich in die Katastrophe«. Den Film zeigte Strohm auch als Auftakt bei der Herbsttagung der »Herbert Gruhl Gesellschaft« (HGG). Vom 5. bis 7. Oktober 2012 fand die Tagung in Neuenburg am Rhein statt. Die Gesellschaft pflegt ein unkritisches Verhältnis zu ihrem verstorbenen Namensgeber, der die Grünen 1982 wegen rechter Positionen verließ, und die »Ökologische Demokratische Partei« (ÖDP) mit gründete. Einwanderung wurde von Gruhl auch als ökologisches Problem betrachtet und die Vermischung von Kulturen ebenfalls negativ bewertet. Die ÖDP geht seit Jahren auf Distanz zu ihrem früheren Vorsitzenden. Im Vorfeld ihres Parteitages 1989 habe sich Gruhl »mit Leuten, denen man völkisches Gedankengut unterstellen konnte, eingelassen«, heißt es auf der Website zu Gruhl, der 1990 die Partei verließ.
Über die Tagung der HGG berichtet U&A breit. Keine Überraschung: Der Vorsitzende Volker Kempf und der Vizevorsitzende Wolfram Bednarski gaben dem Magazin bereits Interviews. Auf der Tagung, so U&A, stellte Strohm einen Tag später auch sein neues Buch »Das Wundes des Seins« vor.

Die »Identitären« – eine Bewegung?

Die Besetzung eines Moscheedachs im französischen Poitiers am 20. Oktober 2012 durch die »Génération Identitaire« (GI) war der wesentliche Impuls zur Gründung entsprechender Gruppen in Deutschland via Facebook. Doch was wollen die sich selbst als »Identitäre« Bezeichnenden eigentlich?

von Margarete Schlüter

»Unser einziges Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere Identität«, betont ein französischer Aktivist in jenem Anfang Oktober 2012 im Internet veröffentlichten Kurzfilm. Er trägt den Titel »Déclaration de guerre« (»Kriegserklärung«). Eine Reihe von AktivistInnen erklärt darin der 1968er-Generation, die für die »multikulturelle« Gesellschaft verantwortlich gemacht wird, sowie der angeblichen Islamisierung Europas den Krieg.
Einige Wochen später, am frühen Morgen des 20. Oktober 2012, besetzten knapp 60 aus ganz Frankreich angereiste antimuslimische RassistInnen der »Génération Identitaire« (GI) das Dach einer Moschee im französischen Poitiers für mehrere Stunden. Drei von ihnen wurden wegen Anstachelung zum Rassenhass und Sachbeschädigung festgenommen. Die Aktion, die über die Landesgrenzen hinaus in der Presse Erwähnung fand, wurde vom französischen Regierungschef Jean-Marc Ayrault und dem französischen Rat der Muslime als ein Angriff auf die Werte Frankreichs verurteilt. Mit der Besetzung knüpften die Rechten an die »Schlacht von Tours und Poitiers« im Jahr 732 an, bei der die Franken unter Karl Martell die muslimischen Araber besiegten. Für diese aktionsorientierte Rechte, die vorwiegend aus jungen Männern besteht, nimmt der »Bloc Identitaire« (BI) eine Vorbildfunktion ein. Als aktivistische und bisweilen auch gewaltbereite Gruppierung innerhalb der extremen Rechten in Frankreich existiert der BI bereits seit zehn Jahren. Der BI wird von Fabrice Robert geleitet, dessen Jugendorganisation »Jeunesses Identitaires« steht Philippe Vardon vor.

»Bloc Identitaire«

Am 3. und 4. November 2012 feierte der »Block« zusammen mit seiner Jugendorganisation das zehnjährige Bestehen auf der »Convention Identitaire« im südfranzösischen Orange. Die Gründung dieser »identitären« Gruppen war die Antwort auf das Verbot der Vorgängerorganisation »Unité Radicale« (UR) am 6. August 2002. Durch einen Kabinettsbeschluss wurde diese als staatsgefährdende Vereinigung eingestuft, da das UR-Mitglied Maxime Brunerie am französischen Nationalfeiertag 2002 einen Attentatsversuch auf den damaligen Präsidenten Jacques Chirac verübt hatte. Die UR zeichnete sich durch einen virulenten Antisemitismus aus, von dem sich die BI seit einer Tagung im Herbst 2009 formell distanziert. Im Fokus ihrer Aktivitäten steht vielmehr der Kampf gegen die vermeintliche Islamisierung Europas. Mit einem stilisierten Wildschwein als Logo veranstaltete der Block in der Vergangenheit öffentlichkeitswirksame Aktionen wie beispielsweise ein öffentlich angekündigtes Gelage mit Schweinefleisch und Wein in einem migrantisch-muslimisch geprägten Stadtteil von Paris (s. drr Nr. 123, 126, 127).
Innerhalb des BI herrscht keine Einigkeit über die politische Arbeit. Die einen erkennen sich in aktionistischen Happenings wieder. Andere wiederum möchten den BI lieber als eine Art Debattierclub sehen, der Veranstaltungen organisiert, um zusammen mit eingeladenen ReferentInnen im »neu-rechten« Sinne Begriffe in ihrer Bedeutung neu zu besetzen. Ein weiteres BI-Spektrum strebt eine parteiähnliche Arbeit an. Offen bleibt die Frage, wie sich die Beziehungen zu der dominierenden extrem rechten Partei »Front National« (FN) unter der Vorsitzenden Marine Le Pen gestalten werden. Im extrem rechten Lager bestehende Hegemoniekämpfe könnten zu Konkurrenzen führen. So drängte Marine Le Pen darauf, dass rechte Parteien aus dem Ausland nur zu einem Partner in Frankreich, dem FN, organisatorische Beziehungen pflegen dürften. Möglicherweise war dies ein Grund dafür, weshalb bei der letztjährigen Tagung die internationale Beteiligung rechter PolitikerInnen im Vergleich zu vorigen Treffen geringer ausfiel. Doch auch die inhaltlichen Positionierungen und das öffentliche Auftreten des BI könnten den FN zu Distanzierungen bewegt haben. Bereits kurz nach der Zehnjahresfeier 2012 äußerte sich Marine Le Pen ablehnend zu möglichen Wahlbündnissen mit dem BI. Sie begründete die ideologischen Differenzen mit der regionalen und europäischen Ausrichtung des BI, wohingegen für den FN die Nation im Fokus stünde. Den BI bezeichnete sie aufgrund seines öffentlichen Agierens als eine »Agitprop- und Aktivistenpartei«, was zum seriös wirkenden FN im Widerspruch stünde.

»Neue Rechte« und »Identitäre«

Die »Identitäre Bewegung Deutschland« (IDB) stellt auf einer Homepage ihre Programmatik und Ziele dar, die wortgetreu denen der »Identitären Bewegung Österreich« entsprechen. Man versteht sich als die »Stimme der jungen Deutschen« beziehungsweise als die »Stimme der jungen Österreicher«, einer Generation, die sich kreativ, gewaltfrei und demokratisch gegen Identitätsverlust und eine vermeintliche Islamisierung wehre. Im »schrankenlosen Globalismus« und der angeblich vorherrschenden »linken Utopie« erkennen sie neben einer vermeintlichen außer-europäischen Masseneinwanderung diejenigen, die für die Zerstörung der eigenen Identität verantwortlich sind. Unter dem Motto »100% Identität – 0% Rassismus« versuchen die »Identitären« anschlussfähig zu wirken. Doch ein paar Zeilen weiter wird deutlich, dass es sich um bloße Mimikry für antimuslimischen Rassismus handelt. Sie sehen die eigene Identität durch den »Zerfall [...] aller organischen Gemeinschaften, aller Bedeutungszusammenhänge und Werte« bedroht. Sich als »identitär« zu bezeichnen, bedeutet demnach nichts anderes, als sich auf angeblich feststehende Größen wie Kultur, Volk, Heimat, Nation und Religion zu berufen. Um diese aufrechtzuerhalten, treten sie für ein »Europa der Vaterländer« ein, das sich durch »gemeinsame Traditionen, unser gemeinsames Schicksal und unsere ethnokulturelle Verwandtschaft« auszeichne. Parallel dazu sprechen sie sich »gegen jeden Totalitarismus und die Ideologien des 20. Jahrhunderts« aus.
Mit ihren Positionierungen knüpfen die »Identitären« an die Leitgedanken des Vordenkers der »Neuen Rechten«, Alain de Benoist, an, die er in den 1960er Jahren aufstellte. Er spricht sich gegen den Totalitarismus aus, zu dem seiner Meinung nach Kommunismus, Nationalsozialismus wie auch die Globalisierung zu zählen sind. Die echte Demokratie sieht er Angriffen ausgesetzt, »die andere Meinungen zum Schweigen verurteilt«. Im ‚Neusprech' handelt es sich dabei um Political Correctness. De Benoist und die AnhängerInnen der »Neuen Rechten« verfolgen das Ziel, rechte Inhalte begrifflich neu zu fassen, um innerhalb öffentlicher Debatten Diskurshoheit zu erlangen. Dementsprechend wird zum Beispiel der Begriff der Rasse durch den der Kultur ersetzt und die Ideologie des Ethnopluralismus propagiert.

Die »Identitären« in Deutschland

In der Öffentlichkeit waren die »Identitären« bisher kaum wahrnehmbar. Eine erste Aktion wurde am 30. Oktober 2012 durch nicht mehr als eine Handvoll junger Aktivisten durchgeführt, welche die Eröffnung der »Interkulturellen Woche« in der Frankfurter Stadtbibliothek für wenige Sekun-



^ *Plakat- und T-Shirt-Motiv der Identitären: Das Lambda-Symbol soll sich auf den Schilden der Spartaner befunden haben. Es dient als Symbol im Kampf gegen die wahrgenommene Bedrohung.*

den störten. Sie trugen weiße Masken, die an Occupy erinnerten, spielten Technomusik ab und trugen Schilder mit der Aufschrift »IBD« und »Multikulti wegbassen«. Zum Volkstrauertag am 18. November veröffentlichte die Berliner Sektion ein Video unter dem Motto »Deutsche Opfer – fremde Täter«. Ein anderes Mal zogen »Identitäre« mit Hardbass-Musik, einer Stilrichtung des Techno, vor eine Moschee in Frankfurt am Main.

Die IBD hat nach eigenen Angaben am 1. Dezember 2012 in Frankfurt am Main mit fünfzig »Identitären« aus Deutschland sowie VertreterInnen aus Österreich und Italien ein erstes bundesweites Treffen abgehalten. Es wurde sich unter dem Vorsatz getroffen, eine stärkere Präsenz in der Öffentlichkeit zu schaffen und nicht mehr primär als ein virtuelles Phänomen wahrgenommen zu werden. Hierfür wurden Strukturen und Aufgaben verteilt und die bereits vorhandenen inhaltlichen Positionierungen bekräftigt. Ambitioniert wird behauptet, man sei »keine Eintagsfliege, keine Modewelle und kein flüchtiges, virales Internetphänomen«. Doch der bundesweite Aktionstag am 21. Dezember war durch eine geringe Beteiligung geprägt.

Motiviert und hofiert werden sie in ihrem Vorhaben unter anderem durch die neu-rechte Zeitung »Junge Freiheit« wie auch durch die Artikel von Götz Kubitschek in der Zeitschrift »Sezession« und durch Felix Menzel in der »neu-rechten« SchülerInnen- und Studierendenzeitschrift »Blaue Narzisse«. Kubitschek und Menzel gründeten 2007 die »Konservative Subversive Aktion«. Junge Rechte versuchten damals, durch provokante Aktionen öffentlich Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erreichen. Allerdings gelang es ihnen nicht, über einen längeren Zeitraum kontinuierlich aktiv zu sein und eine größere Anhängerschaft zu gewinnen. Deshalb wenden sich Kubitschek und Menzel nun den »Identitären« zu. Ersterer fuhr zum Konvent des BI nach Orange, begrüßte dessen Aktionsorientierung und sprach sich für eine hierarchische Strukturierung der »Identitären« hierzulande aus.

Die Idee der »Identität« in der deutschen extremen Rechten

Während die führende extreme Rechte in Frankreich momentan auf Abstand zum BI geht, äußerte man sich in Deutschland seitens der NPD und »Freien« neonazistischen Strukturen bis jetzt nur sehr verhalten bis ablehnend gegenüber den »Identitären« und ihren Auffassungen. Doch Mitte Dezember 2012 stieg die NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) mit der bundesweiten Kampagne »Identität – Wer-

de, wer DU bist« auf den »identitären« Zug auf. Ziele dieser Kampagne sind die Verteidigung einer vermeintlich deutschen Identität, eines Europas der Völker und der Kampf »gegen Kulturverfall und Islamisierung«. Als Symbol ist eine weiße Hand gewählt worden, »gegen alle, die unsere IDENTITÄT zerstören«. Inwiefern diese Kampagne aktiv wird, und ob IDB und JN zusammenarbeiten werden, muss abgewartet werden. Ausgehend von den Grundsatzpositionierungen der IDB dürfte ein gemeinsames Wirken mit der JN als sich rechts bekennende Vereinigung unvereinbar sein. Der ehemalige Bundesvorsitzende der JN, Michael Schäfer, hingegen steht hinter den Grundaussagen beider Gruppierungen. Wenn in der politischen Praxis noch nicht erkennbar, kann sich durch den Kauf von Pullovern, T-Shirts und Aufklebern mit der Aufschrift »Nicht links. Nicht rechts. Identitär« und dem Lambda-Logo beim »Deutsche Stimme«-Versand die Hand gereicht werden.



Es ist nicht das erste Mal, dass der Begriff der Identität in extrem rechten Kreisen verwendet wird. Im Jahr 2011 schlossen sich »junge [...] Autoren aus verschiedenen Teilen Deutschlands« im sogenannten »Block Identität« zusammen, um die Idee der Identität in neonazistischen Kreisen zu verbreiten.

Im Juli desselben Jahres gab es ein BI-Treffen im Ruhrgebiet. Einige BI-Mitglieder waren zuvor im Mai TeilnehmerInnen an einem Strategieseminar der NPD-Stiftung »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« im Landkreis Meißen. Zudem wurde im Juni 2012 von der JN in Sachsen die Kampagne »Identität Sachsen« initiiert, die den Untertitel »Heimat. Region. Kultur.« trägt. In dem Kampagnenaufruf wird eine vermeintlich deutsche Identität konstruiert, die sich sowohl durch die »körperlichen als auch die seelischen Eigenschaften« von denen anderer »Völker« in Europa, Asien und Afrika unterscheide.

Die »Identitären« in Österreich

In Österreich existieren derzeit zwei Gruppierungen, die sich als »identitär« begreifen: Zum Einen die primär theoretisch und ideologisch agierende Gruppe »Wiens Identitäre Richtung« (W.I.R.) und zum Anderen die aktionistisch in Erscheinung tretende »Identitäre Bewegung Österreich«. Während W.I.R. im Wiener Raum aktiv ist, gibt es in verschiedenen österreichischen Städten Ableger der »Identitären Bewegung«. Die hauptsächlich männlichen Anhänger sind dem rechtskonservativen, neu-rechten und dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen.

W.I.R. ist eine »identitäre« Gruppe, die sich im Frühjahr 2012 gründete, um sich »dem Erhalt und der Pflege« ihrer Identität zu widmen und über die angeblich drohende Islamisierung Wiens aufzuklären. Programmatisch werden Begriffe wie »Ordnung, Würde, Tradition, Heimat, Willensfreiheit, Gemeinschaft, Sicherheit [und] Familie« aufgegriffen. Doch wer meint, hier würde sich rechten Gedankenguts bedient werden, den möchten W.I.R. eines Besseren belehren. Nicht als Neonazis wollen sie verstanden werden, sondern als jene, die den »dritten Weg gehen, der jenseits von Extremismus […] liegt«. Wer sich jedoch näher mit der Programmatik von W.I.R. beschäftigt, wird schnell feststellen, dass hier alter Wein in neuen Schläuchen angeboten wird. Einwanderung wird als eine »Invasion und existentielle Bedrohung« und als Vernichtung der eigenen ethnokulturellen Identität begriffen. W.I.R. wollen der österreichischen Bevölkerung vor Augen führen, dass die Gefahr eines islamisierten Österreichs droht.

Die erste öffentliche Aktion von W.I.R. war ein Infotisch in der Wiener Innenstadt am 21. März 2012, der von antifaschistischen Protesten begleitet wurde. Regelmäßig organisiert W.I.R. nach eigener Darstellung Infotische, Liederabende, Stammtische und Stadtrundgänge. Allerdings findet nicht alles von dem statt, was angekündigt wird.

Am 30. Juni 2012 wurde zu einer Veranstaltung in die Räumlichkeiten des christlich-konservativen »Wiener Akademikerbundes« geladen, der vor einigen Jahren als eine Vorfeldorganisation am rechten Rand der »Österreichischen Volkspartei« (ÖVP) fungierte. Unter dem Motto »Wiener Identität – ein bedrohtes Gut« referierten Severin Vetter (»Junge Europäische Studenteninitiative«), Martin Lichtmesz (»Sezession«), Christian Zeitz (»Wiener Akademikerbund«) und Alexander Markovics (W.I.R.). Martin Lichtmesz ist Autor der neurechten Zeitschrift »Sezession«, die vom »Institut für Staatspolitik« (IfS) herausgegeben wird. In der aktuellen Ausgabe widmet er sich den »Identitären« in Österreich und Frankreich und lobt die jungen Menschen, die sich gegen die Islamisierung wenden, welche angeblich von KommunistInnen und SozialdemokratInnen gefördert werde. Der 21-jährige Markovics ist Sprecher von W.I.R., Student der Politikwissenschaften und Burschenschafter. In der Vergangenheit engagierte er sich für die FPÖ. Für seine neue Gruppe folgte er der Einladung des BI zum Konvent in Orange Anfang November. Während W.I.R. noch im Oktober auf Distanz zu den »Identitären« in Österreich ging, so ist diese Distanzierung spätestens durch ein Interview mit Markovics über das Treffen in Orange als hinfällig zu betrachten.

Die »Identitäre Bewegung Österreich« machte bisher lediglich in Wien von sich reden. Den Auftakt ihrer Aktivitäten bildete am 1. Oktober 2012 die Störung des Caritas-Workshops »Tanz für die Toleranz«. Durch die etwa zehn »Identitären«, die sich zum Teil Schweine- und Affenmasken aufgesetzt hatten, Schilder mit Aufschriften wie »Multikulti wegbassen« und »Zertanz die Toleranz« trugen sowie zu Hardbass-Musik tanzten, fühlten sich Teilnehmende des Workshops bedroht.

Mitte November stürmten sie einen Hörsaal der Universität Wien, um maskiert und die Lambda-Fahne hissend, zu Hardbass tanzend eine Veranstaltung zur extremen Rechten und neuen Tarnstrategien zu stören. Wenige Tage später, am 28. November, machten die »Identitären« durch eine weitere Hardbass-Aktion auf dem Gelände des Refugee-Camps in Wien deutlich, was sie von Menschen halten, die sie nicht zu ihrem Kulturkreis zählen. Nachdem die Wiener Polizei am 28. Dezember das Camp räumte und einige Flüchtlinge Zuflucht in der nahegelegenen Votivkirche suchten, begaben sich »Identitäre« als Flashmob vor die Kirche, um gegen das Kirchenasyl zu protestieren.



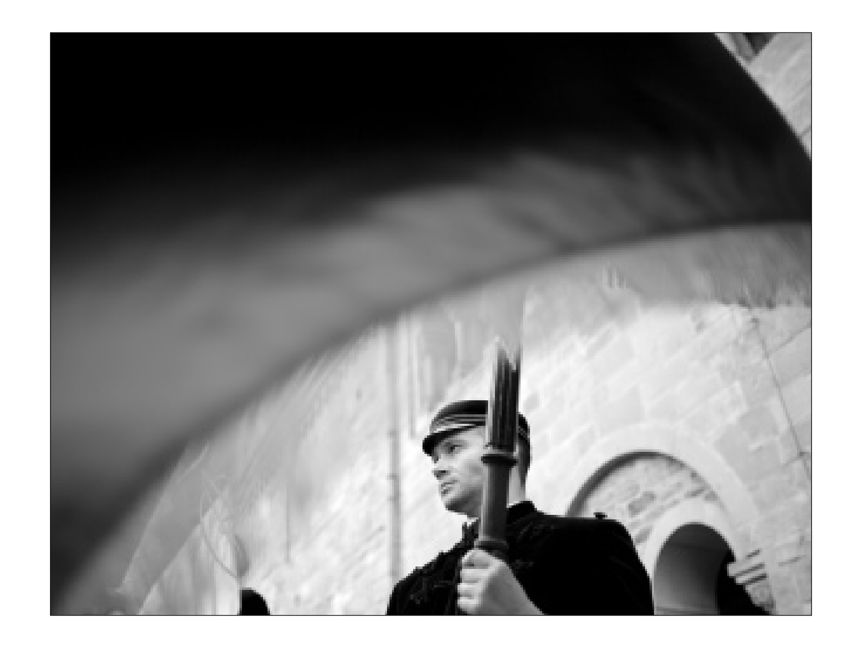
Ausblick

Die Entwicklung der »identitären« Gruppen in Österreich und Deutschland ist derzeit noch nicht absehbar. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob sie eine öffentlich wahrnehmbare Stärke erreichen können oder vielleicht doch ein primär virtuelles Phänomen bleiben, das sich nach einiger Zeit von selbst erledigt. Die inhaltliche Anschlussfähigkeit nach rechts hat sich erwiesen. In Deutschland und Österreich könnte sich die Existenz »identitärer« Gruppen erübrigen, da etliche ihrer Themen durch extrem rechte Gruppierungen schon besetzt sind.

Deutsche Lyriker

Die »Initiative Burschenschaftliche Zukunft«, die sich von der »Deutschen Burschenschaft« abzuspalten begonnen hat, gilt als konservativ. Tatsächlich gibt es auch bei ihr Verbindungen nach Rechtsaußen.

von Jörg Kronauer



»Frei geboren zu werden ist Schicksal, frei zu leben nicht. Und frei zu sterben, das ist Pflicht.« Die Freiburger Burschenschaft Teutonia hat – man höre und staune! – ihre lyrische Ader entdeckt. Allen Unkenrufen zum Trotz: Auch Burschenschafter haben Sinn für Poesie. Und so druckt die Teutonia die Phrasen von der Pflicht, frei zu sterben, in ihrem Programm für das Wintersemester 2012/2013 ab. Der Autor? Michael Regener, nach Auskunft der Burschenschaft ein »deutscher Lyriker«. Seine Gesänge und seine Mitgliedschaft in dem Lyriker-Zirkel »Landser«, den die deutsche Justiz schlicht als kriminelle Vereinigung von Neonazis einstufte, brachten ihn vor einiger Zeit für drei Jahre und vier Monate in den Knast.

Dass eine Burschenschaft den Rechtsrock-Macher Regener (»Lunikoff«) zitiert, darüber hätte sich nach den jüngsten Skandalen um die »Deutsche Burschenschaft« (DB) wohl kaum jemand gewundert. Dass das aber ausgerechnet die »Freiburger Burschenschaft Teutonia« tat, das fand, nachdem der Vorfall auf »indymedia linksunten« bekanntgemacht worden war, doch einigen Widerhall. Denn die Teutonia gehört der »Initiative Burschenschaftliche Zukunft« (IBZ) an, einem Zusammenschluss von rund 25 Bünden, der seit einiger Zeit in der DB gegen den ultrarechten Verbandsflügel aufmuckt. Die ersten IBZ-Mitglieder sind schon wenige Tage nach dem außerordentlichen Burschentag Ende November aus der DB ausgetreten, weil sie eingesehen haben, dass gegen die Rechtsaußen-Bünde nichts mehr auszurichten ist. Und nun druckt ausgerechnet eine IBZ-Burschenschaft Phrasen aus einem Song in ihr Semesterprogramm, den die NPD, wie Radio Dreyeckland feststellte, »im Jahre 2009 auf ihre Schulhof-CD presste«?

Befasst man sich näher mit der IBZ, dann fällt zunächst eines ins Auge: Ihre Mitgliedsbünde sind sämtlich in der DB geblieben, als sich 1996 die »Neue Deutsche Burschenschaft« (Neue DB) abspaltete. Der Grund für die Abspaltung: Die Aktivitäten des Rechtsaußen-Flügels seien nicht mehr tragbar, erklärten die Burschenschaften der Neuen DB – eine Ansicht, die die heutigen IBZ-Bünde damals nicht teilten. Dabei waren schon in den 1990ern Burschenschafter bei der NPD oder marschierten auf Aufmärschen hinter dem Transparent einer Neonazi-Kameradschaft her. Andere wie die »Frankfurt-Leipziger Burschenschaft Arminia« luden damals Personen wie den Chef der Partei »Die Republikaner«, Rolf Schlierer, zum öffentlichen Vortrag in ihr Haus.

Dabei gehört die »Frankfurt-Leipziger Arminia« heute zur IBZ wie die »Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken«, die in der Vergangenheit nicht nur Schlierer, sondern auch den PRO NRW-Vorsitzenden Markus Beisicht als Referenten auftreten ließ. Schlierers »Burschenschaft Germania Gießen« ist übrigens schon vor einigen Jahren unter Protest gegen den Rechtsaußen-Flügel aus der DB ausgetreten. Das zeigt: Abneigung gegenüber dem ehemaligen Aktivisten der »Freiheitlichen Deutschen Arbeitspartei« (FAP) Norbert Weidner (»Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«) oder NPD-Aktivisten wie Jürgen Gansel und Arne Schimmer (»Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen«) ist zumindest bei einigen IBZ-Bünden und aus der DB ausgetretenen Burschenschaften mit Interesse an den REP durchaus vereinbar. Ein weiteres Beispiel dafür ist die IBZ-Burschenschaft Germania Hannover, die vor wenigen Jahren noch mit Björn Tute einen REP-Aktivisten beziehungsweise Mitgründer von PRO Hannover in ihren Reihen hatte.

Einige IBZ-Verbindungen legen darüber hinaus erkennbares Interesse an Rechtsaußen-Medien wie der »Jungen Freiheit« oder der »Blauen Narzisse« an den Tag. Felix Menzel etwa, Chef der »Blauen Narzisse«, wurde im April 2012 von der IBZ-»Burschenschaft Alemannia Stuttgart« als Referent angekündigt. Die Alemannia hatte bereits 2009 den »Junge Freiheit«-Autor Michael Paulwitz zum Vortrag geladen – kurz nachdem dieser bei der Stuttgarter IBZ-Burschenschaft Ghibellinia referiert hatte. Paulwitz (»Burschenschaft Normannia Heidelberg«) gehört überdies dem REP-Landesvorstand in Baden-Württemberg an. Die Ghibellinia schloss zwar ihr Mitglied Robin Slupinski aus, als dieser begann, für die »Blaue Narzisse« zu schreiben; glaubt man jedoch Slupinski, dann legte sie bei Vortragsabenden in ihrem Haus immerhin die »Junge Freiheit« aus. Es passt also ins Milieu, dass ein heute recht prominentes Mitglied einer IBZ-Burschenschaft einst der »Jungen Freiheit« ein Interview gab – Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (»Münchener Burschenschaft Franco-Bavaria«). Er habe erlebt, erklärte er dem Blatt im Jahr 2001, »daß das Vorurteil, Burschenschaften immer in eine bestimmte politische Ecke zu stellen, einfach falsch ist. Sie stehen dort in ihrer Mehrzahl nicht.«

Weil die Mehrzahl der Burschenschaften sich offenbar nicht mehr mit der »Jungen Freiheit« und den REP begnügt, gehört nun auch Ramsauers Franco-Bavaria zu denen, mit deren Austritt aus der DB gerechnet wird. Letzteres trifft auch auf die Freiburger Teutonia zu, die allenfalls in lyrischen Anwandlungen mal nach ganz Rechtsaußen greift. Das hat schon ihr Alter Herr Klaus Harsch so gehalten, der in seiner Anwaltskanzlei H3 mit dem Scheidungsspezialisten Steffen Hammer (Sänger der inzwischen aufgelösten RechtsRock-Band »Noie Werte«) und dem Arbeitsrechtler Alexander Heinig (Sänger der RechtsRock-Band »Ultima Ratio«) zusammenarbeitete. Als ihr Hintergrund bekannt wurde, trennte sich Harsch von ihnen. Dabei sind die beiden auch nichts anderes als der bei Harschs Aktivitas so verehrte Michael Regener – nämlich deutsche Lyriker.

GSG9 gegen »Nazi-Beamten«

Mitte Oktober 2012 hat die Bundespolizei ihre Antiterroreinheit GSG9 eingesetzt, um das Haus des 42-jährigen Polizeihauptmeisters Martin R. zu durchsuchen. Der Beamte der Inspektion Rosenheim sei Ende 2011 dem Bundesamt für Verfassungsschutz aufgefallen, da er sich im Verein »Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung« engagiert habe, die ein zutiefst rassistisches und biologistisches Weltbild vertritt. Im Mai 2012 habe er am Europatreffen der Gemeinschaft teilgenommen. Die Polizei habe sich zum Einsatz der GSG9 entschlossen, da der Verdächtige privat eine großkalibrige Waffe besitzt.

Brauner Schornsteinfeger

Am 6. November 2012 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass einem Bezirksschornsteinfegermeister wegen seines außerberuflichen politischen Engagements der Kehrbezirk entzogen werden darf. Lutz Battke sitzt für die NPD im Stadtrat von Laucha und im Kreistag des Burgenlandkreises. Er hatte jahrelang an Totenehrungen für die Mörder des jüdischen Außenministers der Weimarer Republik, Walther Rathenau, teilgenommen. Das Gericht stellte fest, dass »die Billigung der Ermordung eines Menschen [...] wegen seines jüdischen Glaubens und die Ehrung der Mörder eine antisemitische und rassistische Grundhaltung offenbare, die elementare Grundrechte von Mitbürgern gering achte«.

»kreuz.net« gestoppt?!

Seit dem 2. November 2012 ist die extrem rechte Internetseite »kreuz.net« nicht mehr erreichbar. Ab 2004 waren auf der fundamentalistisch-katholischen Seite Artikel erschienen, in denen aggressiv Hass gegen Homosexuelle, Muslime und Juden geschürt wurde. Nachdem »kreuz.net« im Oktober 2012 gegen den verstorbenen Schauspieler Dirk Bach gehetzt hatte, geriet die Seite ins mediale Blickfeld. Daraufhin setzte ein Berliner Verlag ein Kopfgeld von 15.000 Euro aus, um Hinweise auf die Hintermänner der Seite zu bekommen. Die Verantwortlichen und Autoren des Portals sollen zum Teil aus der Mitte der katholischen Kirche stammen.

212 braune Rückzugsorte

Die extrem rechte Szene in Deutschland kann, laut internen Behördeninformationen, bundesweit auf rund 212 Immobilien zurückgreifen. Davon befänden sich 96 in den westdeutschen und 116 in den ostdeutschen Bundesländern. Die NPD soll 71 Immobilien nutzen und sich 19 weitere Objekte mit Kameraden aus dem »freien Spektrum« teilen. Sie dienen der Szene als Rückzugsorte und Veranstaltungszentren – teilweise mit bundesweiter Bedeutung.

HNG bleibt verboten

Am 19. Dezember 2012 hat das Leipziger Bundesverwaltungsgericht eine Klage der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG) gegen ihr Verbot abgewiesen. Das Vereinsverbot durch das Bundesinnenministerium war rechtmäßig, da die HNG sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte und ihre Zwecke sowie ihre Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwider liefen. Nach dem vom Bundesinnenministerium gesammelten Material »weist der Verein in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf«.

»Freiheit für Wolle«

Im Oktober 2012 haben 15 Neonazibands eine gemeinsame »Solidaritäts-CD« bei »PC Records« veröffentlicht. Der Erlös des »Sampler – Solidarität Vol. IV« soll unter anderem an den inhaftierten Neonazi Ralf Wohlleben (genannt Wolle) gehen, der verdächtigt wird, den NSU unterstützt zu haben. Auf der CD sind neben dem ehemaligen »Landser«-Sänger Michael Regener mit seinem Projekt »Die Lunikoff Verschwörung« auch »SKD« (Thüringen), »Uwocaust und Alte Freunde« (Brandenburg), »Tätervolk« (Berlin), »Blitzkrieg« (Chemnitz), »Sten/Frontalkraft« (Cottbus), »Viktor/Ferox« (Schweden), »Exzess« (Brandenburg), »Preussenstolz« (Potsdam) und »Blutbanner« (Saarland/Rheinland-Pfalz) vertreten. Die Bands sind teilweise ins internationale »Blood & Honour«-Netzwerk verstrickt, das als Unterstützer-Struktur des NSU gehandelt wird.

Und wieder Wunsiedel ...

Am 17. November 2012 folgten 230 Neonazis einem Aufruf des Kameradschaftsdachverbands »Freies Netz Süd« (FNS) zu einer angeblichen »Demonstration zum Volkstrauertag« im oberfränkischen Wunsiedel. Auch in diesem Jahr setzte das FNS damit die Reihe der früheren Wunsiedler »Rudolf Heß-Gedenkmärsche« beziehungsweise der »Jürgen Rieger-Gedächtnismärsche« fort. Zu den Rednern gehörten Matthias Fischer, Uwe Meenen, Thomas Wulff und Ralph Tegethoff.

Bayerischer NPD-Landesvorstand

Auf dem 47. Ordentlichen Landesparteitag der bayerischen NPD am 24. November 2012 in Schwenningen wurde Karl Richter zum Nachfolger von Ralf Ollert gewählt. Stellvertreter sind nun: Sigrid Schüßler, Vorsitzende des »Rings Nationaler Frauen« (RNF), und Sascha Roßmüller. Beisitzer im Vorstand wurden Axel Michaelis, Alexander Feyen, Ralf Ollert, Sven Diem, Johannes Hühnlein, Patrick Schröder, Manfred Schießl, Alfred Steinleitner, Manfred Waldukat, Stefan Winkler und Heidrich Klenhart.

Sächsischer NPD-Landesvorstand

Am 13. Januar 2013 hat die sächsische NPD auf dem 20. ordentlichen Landesparteitag in Doberschütz Holger Szymanski zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er löst Mario Löffler ab, der neben Maik Scheffler und Jens Baur nun Stellvertreter ist. Alexander Delle wurde als Landesschatzmeister bestätigt. Beisitzer im Vorstand wurden Jürgen Gansel, Arne Schimmer, Gitta Schüßler, Mirko Beier, Torsten Hiekisch, Thomas Sattelberg, Paul Rzehaczek, Thorsten Thomsen, Olaf Rose und Patrick Gentsch.

»Vater, Mutter, Kind«

Am 24. November 2012 lud die Bielefelder Burschenschaft »Normannia-Nibelungen« zum achten Mal zur »Bielefelder Ideenwerkstatt« ein. Die Veranstaltung »Vater, Mutter, Kind – Realität oder Relikt? Ein Blick auf die Familie und die Geschlechterrollen im 21. Jahrhundert« lockte mehr als 50 BesucherInnen an. Gegen das »Gender-Mainstreaming« der EU sowie den Feminismus durfte Barbara Rosenkranz (FPÖ) referieren. Als Rednerin trat zudem Christa Meves auf, die für die Partei »Arbeit, Umwelt, Familie – Christen für Deutschland« (AUF) aktiv ist. Weiterer Referent war Prof. Dr. Hermann Adrian von der Universität Mainz, der 2011 dem »KOPP-Verlag« ein Interview gegeben hatte.

Wie man mit Mördern Staat macht

Die Bundesrepublik holte die Täter des Nationalsozialismus wieder in Ämter und Ministerien. Und statt Aufarbeitung zu ermöglichen, wurde Forschung behindert. Erstmals hat die Bundesregierung nun umfassend zu personellen Kontinuitäten Stellung bezogen.

von Philipp Vergin

Die Zeit des Nationalsozialismus zählt zu den besterforschten Epochen deutscher Geschichte – die darauf folgenden Jahre nicht. In den letzten Jahren haben zwar die Bemühungen zugenommen, Licht ins Dunkel des Umgangs mit früheren Nazis in den Institutionen der jungen Bundesrepublik zu bringen. Beispielhaft sind die wissenschaftlichen Arbeiten über die Anfangsjahre von Ministerien, Polizeibehörden und Geheimdiensten. Die Studie »Das Amt und die Vergangenheit«, in der die Geschichte des »Auswärtigen Amtes« (AA) und seiner Diplomaten im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik untersucht wurde, hat auch jenseits der HistorikerInnenzunft für Debatten gesorgt. Doch die Politik hinkt hinterher.

Nazi-Täter im Staatsdienst

Als im Frühjahr 2010 in den Medien thematisiert wurde, dass in den Reihen der deutschen Sicherheitsbehörden zahlreiche NS-Täter Karriere machen konnten, der »Bundesnachrichtendienst« (BND) und das »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) aber die entsprechenden Akten mit allen Mitteln unter Verschluss hielten und eine Aufarbeitung ihrer Geschichte verhinderten, kam die Forderung auf, endlich Klarheit zu schaffen und die Archive zu öffnen. Nach und nach wurde deutlich, dass die Geheimdienste nicht nur Massenmörder wie Adolf Eichmann vor einer Strafverfolgung schützten, sondern auch nicht davor zurückschreckten, Täter des Holocaust wie Klaus Barbie, den »Schlächter von Lyon«, oder Walter Rauff, Gruppenleiter im Reichssicherheitshauptamt und Entwickler der Vergasungswagen, für sich arbeiten zu lassen. Anstelle von Aufklärung praktizierte man Aktenvernichtung: beispielsweise im Fall der BND-Akten des Hauptsturmführers der nationalsozialistischen »Schutzstaffel« (SS) Alois Brunner, der rechten Hand von Adolf Eichmann. Diese wurden offenbar auf Anweisung des Kanzleramtes zwischen 1994 und 1997 im Rahmen einer »Notvernichtungsverhandlung« oder in den Jahren 1997 und 2006 vernichtet, als Hunderte Personalakten von BND-Mitarbeitern, die der SS oder der »Geheimen Staatspolizei« (Gestapo) angehört hatten, geschreddert wurden. Um alle Aspekte dieses Themas zu bündeln, richtete Jan Korte für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag eine umfangreiche Anfrage zum »Umgang mit der NS-Vergangenheit« an die Bundesregierung, für deren Beantwortung diese fast ein Jahr benötigte.

Kontinuitäten

Die nun vorliegende und im Internet vollständig verfügbare Antwort der Regierung umfasst 88 Seiten. Dabei handelt es sich um das erste regierungsoffizielle Kompendium zur staatlichen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und zum Ausmaß personeller Kontinuitäten aus dem NS. Es sind nicht neue Details oder bisher unbekannte Verstrickungen, die den Wert der Antwort ausmachen. Es ist vielmehr deren Bündelung, die einen umfassenden Überblick über das weite Feld der NS-Aufarbeitung in den Ämtern und Ministerien ermöglicht. Und es sind die Antworten, die nicht gegeben werden – etwa über die NS-Belastung der Bundestagsabgeordneten aus den 1950er und 1960er Jahren. Zahlreiche inhaltliche Lücken wurden in der Antwort der Regierung durch viele Worte überdeckt. Dabei liegt die Verantwortung für die Inhaltsleere in vielen Bereichen nicht bei der heutigen Bundesregierung, sondern ist Ausdruck des verfehlten Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik. Dies mochte die Regierung jedoch nicht einräumen und beharrte auf der falschen Behauptung, Bund und Länder hätten »diese Aufarbeitung von Beginn an nachhaltig unterstützt«. Ersichtlich ist auch das Bemühen der Regierung, die Selbsteinschätzung der Bundesrepublik zu unterstreichen, wonach die Aufarbeitung der Vergangenheit eine wahre Erfolgsgeschichte gewesen sei und weltweit als Vorbild für den Umgang mit staatlichen Verbrechen angesehen werden könne. Im Gegensatz dazu stellte der Historiker Norbert Frei in seiner Studie »Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit« fest: »Die Selbstverständlichkeit und Pauschalität, mit der sich Politik und Öffentlichkeit zu Anfang der fünfziger Jahre für die von den Alliierten verurteilten Kriegsverbrecher und NS-Täter einsetzte, deren Freilassung forderte und deren soziale Reintegration betrieb, ist das vielleicht überraschendste, in jedem Fall bestürzendste Ergebnis dieser Analyse.«

Konservative Vergangenheitspolitik

Diese Form der Vergangenheitspolitik der frühen Bundesrepublik, maßgeblich gestaltet von der Regierung unter Konrad Adenauer (CDU), hatte hohe moralische und politische Kosten – vor allem für die Opfer des NS. Davon ist in der Antwort natürlich nicht die Rede. Trotzdem ist sie von einigem Wert, illustriert sie doch die unübersehbare Präsenz ehemaliger NS-Funktionseliten in den Ministerien und Sicherheitsbehörden der frühen Bundesrepublik. Allein die Beantwortung der ersten Frage, in der es um NS-belastete Personen in den Institutionen des Bundes geht, beansprucht ganze zehn Seiten. Aufschlussreich sind die Antworten zu der Frage nach Entlassungen aus Institutionen des Bundes aufgrund von NS-Belastung. So wurden beispielsweise im AA, in dessen höherem Dienst 1952 noch rund 34 Prozent NSDAP-Mitglieder tätig waren, nur drei Personen aufgrund von NS-Belastungen entlassen, im Bereich des Justizministeriums eine Person. Im Geschäftsbereich des »Bundesministerium des Innern« gab es nur drei Entlassungen beim Bundeskriminalamt, in dem es zu dieser Zeit von SS- und Gestapo-Leuten wimmelte. Interessant ist die Übersicht der Minister und Kanzler, die vor 1945 Mitglieder der NSDAP oder anderer NS-Organisationen wie SA, SS oder Gestapo waren. Darin werden unter anderem 26 Bundesminister und ein Bundeskanzler genannt, unter ihnen Horst Ehmke (SPD), Walter Scheel (FDP), Friedrich Zimmermann (CSU) und Hans-Dietrich Genscher (FDP). Informativ ist in der Antwort auch die lange Liste der Publikationen und geplanten Forschungsvorhaben zu den einzelnen Ministerien und deren Umgang mit der Vergangenheit. Auffallend ist die große Lücke beim Innenministerium, das bis heute offensichtlich keinerlei Notwendigkeit sieht, sich mit seinem Vorläufer in der NS-Zeit zu befassen.

Integration

Historisch interessant für den Umgang der einzelnen Ressorts der Bundesregierung mit NS-Belasteten ist auch die Übersicht zur Reintegration in den Staatsdienst. In dem 1951 beschlossenen und in Anlehnung an den Artikel 131 des Grundgesetzes benannten »131er Gesetz« wurde die Wiederaufnahme von NS-belasteten Beamten geregelt. Am 31. März

1955 waren 77,4 Prozent der BeamtInnen im Verteidigungsministerium sogenannte »131er«, im Vertriebenenministerium 71 Prozent, im Wirtschaftsministerium 68,3 Prozent und beim Presse- und Informationsamt 58,1 Prozent beschäftigt. Ein Blick auf die DDR-Eliten zeigt eine deutliche Differenz. Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem die neunseitige Literaturliste, die die Regierung als Antwort auf die Frage nach NS-belasteten Personen in den Institutionen der DDR anführt. Mit großer Sicherheit hätte es eine solch ausführliche Liste nur zwanzig Jahre nach dem Ende des NS für die Zustände in den staatlichen Institutionen der Bundesrepublik nicht gegeben. Für die Problematisierung des Umgangs mit dem Thema in der DDR gibt es offensichtlich ein größeres Interesse als für die Aufarbeitung der bundesdeutschen Geschichte.

Wo es in dem Dokument um die Verantwortung des heutigen Staates und finanzielle Entschädigungen für NS-Unrecht geht, wechselt der Duktus der Antworten. Hier ist die Bundesregierung kurz und knapp. Auf die Frage, ob es noch offene Entschädigungsfragen gebe, heißt es: »Die Bundesregierung sieht keine ungeklärten beziehungsweise juristisch umstrittenen Fragen«. Und Entschädigung für italienische Militärinternierte? »Es besteht keine Veranlassung für die Bundesregierung, über eine Entschädigung nachzudenken.« Oder Entschädigung für sowjetische Kriegsgefangene? »Es besteht keine Veranlassung für die Bundesregierung, über eine Entschädigung nachzudenken.« Deutschland hat seine Schuldigkeit getan, ist Weltmeister in der NS-Aufarbeitung und will mit weiteren Fragen nach vergessenen Opfern nicht belastet werden – das ist der Kern dieser Antworten.



^ *Protest von Sinti und Roma gegen die Feindbilder der Behörden – im NS und der BRD*

Konservative Wende im Bundestag

Am 8. November 2012 debattierte der Bundestag die Antwort der Regierung auf die parlamentarische Anfrage. Die Debatte und die anschließenden Abstimmungen über zahlreiche thematische Anträge waren der vorläufige Höhepunkt der parlamentarischen Beschäftigung mit personellen und institutionellen Kontinuitäten zwischen NS-Regime und früher Bundesrepublik. Nachdem es in den letzten Jahren teilweise gelungen war, in einigen geschichtspolitischen Themenbereichen und Auseinandersetzungen, wie zum Beispiel 2009 bei der Rehabilitierung der sogenannten »Kriegsverräter«, reaktionäre Positionen im Bundestag zurückzudrängen, bahnt sich nun offenbar eine konservative Wende an. In bewährter totalitarismustheoretischer Manier versuchen Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP sowie SPD-Politiker wie Wolfgang Thierse durch eine Diskursverschiebung, mit Verweis auf die »Erfolgsgeschichte Bundesrepublik«, den Blick weg von den Traditionslinien menschenfeindlicher Politik und deren Opfern, hin zu den »demokratisierten« TäterInnen zu lenken. Die Perspektive von Menschen wie Simon Wiesenthal, Fritz Bauer oder Beate Klarsfeld, die ihr Leben damit verbracht haben, Nazi-TäterInnen aufzuspüren, um so den Opfern und Hinterbliebenen wenigstens ein wenig Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und die dabei jahrzehntelang gegen große Widerstände und weitgehend allein kämpfen mussten, stört offenbar im Jahr 2012 bei der nationalen Identitätsstiftung. Und die Perspektive derjenigen, denen eine Anerkennung ihres Widerstandes gegen das NS-Regime und eine Entschädigung für das erlittene Leid bis heute verweigert wird, weil sie KommunistInnen waren und dies auch unter Adenauer bleiben wollten, erst recht. Umso wichtiger, dass auch weiterhin die Forderung erhoben wird, die Folgen der »Resozialisierung« und Integration der NS-Täter in der frühen Bundesrepublik zu untersuchen. Denn dass sich in den Behörden über Jahrzehnte hinweg Ressentiments und Feindbilder, die in der Zeit des NS geprägt oder radikalisiert worden waren, konservierten, blieb nicht folgenlos. So hielt die Kriminalpolizei, besonders das BKA, bis weit in die 1960er Jahre an den Vorstellungen vom »geborenen Berufsverbrecher« fest. Neben diesen kriminalbiologischen Auffassungen bestand auch die von den Kriminalpolizeibehörden seit dem Kaiserreich vorgenommene rassistische Stigmatisierung von Sinti und Roma als »Asoziale« bis in die jüngste Vergangenheit weiter. So ist es auch nicht verwunderlich, dass erst mehr als 67 Jahre nach Kriegsende in Berlin das Denkmal für die 500.000 von den Nazis ermordeten Sinti und Roma eingeweiht wurde. Und während morgens die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Rede an die Schrecken der Vergangenheit erinnerte, konnte am gleichen Abend der Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vor einem unkontrollierten Zuzug von Roma warnen und eine menschenunwürdige Absenkung der Leistungen für Asylsuchende fordern. So kann man resümieren: Wenn diese beiden Sachen an einem Tag zusammengehen, dann läuft beim Umgang mit der NS-Vergangenheit nach wie vor etwas schief.

Who is who in Tschechien

Einer im März 2012 vorgelegten Studie des tschechischen Innenministeriums zufolge soll es in der Republik zurzeit 4.000 militante Neonazis geben. In ihrem Mittelpunkt steht die Partei DSSS, die in den letzten Jahren zum Gravitationszentrum geworden ist. Ihre wichtigsten Kader, die hier vorgestellt werden, sind die Organisatoren der extremen Rechten in dem Land. Manche von ihnen haben gute Kontakte nach Deutschland.

von Lara Schultz

Tomáš Vandas, Vorsitzender der »Dělickná strana sociální spravedlnosti« (DSSS, »Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«), der bedeutendsten Partei der extremen Rechten in Tschechien, kommt aus Prag. Er ist gelernter Installateur und studierte anschließend Sozial- und Medienkommunikation. In den vergangenen Jahren ist er zur Integrationsfigur des gesamten Spektrums geworden. Seine politische Karriere begann er 1997 bis 1999 bei der extrem rechten Partei »Sdružení pro republiku – Republikánské strany Ceskoslovenska« (»Republikaner«), unter dem seinerzeit als sehr charismatisch geltenden Vorsitzenden Miroslav Sládek. An diese Zeit erinnert Vandas in seiner jüngst als Buch erschienenen Bachelorarbeit mit dem Titel »Von den Republikanern zur Arbeiterpartei«. Jene »Arbeiterpartei« gründete er 2003 zusammen mit seiner Mutter und weiteren AktivistInnen unter dem Namen »Dělickná strana« (DS), umgehend wurde er der Vorsitzende. Nach dem Parteiverbot wegen Verfassungswidrigkeit übernahm er 2010 den Vorsitz einer frühzeitig geschaffenen Ersatzpartei, der DSSS. Vandas, der auf den ersten Blick unscheinbar wirkt, hat sich durch Fleiß und viele Auftritte als Redner den Respekt der gesamten neofaschistischen Szene erarbeitet. Bei Aufmärschen trägt er konsequent Anzug und Krawatte und möchte sich schon so rein äußerlich vom militanten Spektrum distanzieren. Tatsächlich verfügt Vandas jedoch über gute Beziehungen zur neonazistischen Szene. Führenden Kadern aus Kameradschaften stellt er Ämter und Listenplätze in seiner Partei zur Verfügung.

Vandas bemüht sich mit einigem Erfolg auch um bürgerliche Anschlussfähigkeit: Am 10. September 2011 zogen 3.500 BürgerInnen im nordböhmischen Varnsdorf mit Vandas und der DSSS in Richtung des Romaviertels und skandierten »Tschechien den Tschechen« sowie »Zigeuner ins Gas«. Ende 2011 ließ die Partei auf ihrer Homepage über die gelungenste Aktion des Jahres abstimmen: 1.200 Stimmen entfielen auf Vandas' antiziganistischen Aufmarsch, für den traditionellen 1.Mai-Aufzug votierten dagegen nur 33 Personen. Die Kombination aus gesellschaftlich anerkannten antiziganistischen Aktionen und Zusammenarbeit mit parteiungebundenen Neonazis aus den militanten Strukturen macht die DSSS unter Vandas zur bedeutendsten Akteurin der extremen Rechten Tschechiens.






^ v. l. n. r. Jiří Petřivalský, Lucie Šlégrová, Lukaš Stoupa

Der Gefolgsmann

Jiří Petřivalský, der Vorsitzende der Prager Ortsgruppe der DSSS, ist Vandas' treuester Gefolgsmann. Der heute 29-Jährige wurde 2008 aus der Kameradschaftsszene rekrutiert, nachdem sich die von ihm angeführte Organisation »Národní korporativismus« (NK; »Nationaler Korporativismus«) im selben Jahr aufgelöst hatte. Mit dieser 2004/2005 gegründeten Gruppe organisierte Petřivalský Demonstrationen und Veranstaltungen zwischen Nationalismus und Neonazismus wie beispielsweise im Oktober 2005 eine Kundgebung vor der Deutschen Botschaft in Prag für den Holocaustleugner Ernst Zündel, der kurz darauf in Mannheim vor Gericht stand. Am 1. Mai 2011 vertrat er die tschechische DSSS beim Aufmarsch des »Freien Netz Süd« (FNS) in Heilbronn. Dort gab er sich als offizieller Repräsentant im weißen Hemd schon rein äußerlich bewusst formell. In Tschechien trägt er seine Gewaltfantasien auf T-Shirts zur Schau, mit Aufdrucken wie »Todesstrafe für Kinderschänder« oder »Michail Kalaschnikow«, dem Konstrukteur des gleichnamigen vollautomatischen Schnellfeuergewehrs.

Der Jugendführer

Auch Erik Lamprecht aus Brno (Brünn) stammt ursprünglich aus dem militanten Spektrum. Seit 2010 ist er Vorsitzender der DSSS-Jugendorganisation »Dělnická mládež« (DM; »Arbeiterjugend«) und organisierte in dieser Funktion beispielsweise im Februar 2012 einen proserbischen Aufmarsch (»Kosovo ist Serbien«) in Jihlava. Gemeinsam mit der DSSS organisiert und meldet die DM einen Großteil der extrem rechten Veranstaltungen, Demos und Kundgebungen in Tschechien an.



^ 1. Mai 2012, DSSS-Kundgebung in Prag, v. l. n. r. Erik Lamprecht, Jiří Štěpánek, Tomáš Vandas, Jiří Petřivalský

Lamprecht politisierte sich bei den extrem rechten Ultras des 1. FC Brno, wo er den »Cheeky-Boys« angehörte, dem Nachwuchs der »Johny Kentus Gang« (JKG)-Hooligans. Die JKG beging in der Vergangenheit zahlreiche Übergriffe auf alternative Clubs und Konzerte, auf AntifaschistInnen, Punks und antirassistische Skins. Manchmal agiert Lamprecht heute noch als Anti-Antifa-Fotograf, allerdings nur außerhalb von Tschechien, zum Beispiel beim neonazistischen »Trauermarsch« 2011 in Dresden. Als Vorsitzender der Jugendorganisation unterhält Lamprecht regen Kontakt zur neonazistischen Szene in Deutschland, vor allem zur NPD in Sachsen und hier in erster Linie zur Chemnitzer NPD-Stadträtin Katrin Köhler.

Die »Heldin«

Bekannt und beliebt in der Szene wurde die erst 23-jährige Lucie Šlégrová aus Most durch ein Youtube-Video, das sie als Mitglied des militanten »Schutzkorps« bei einer Patrouille durch Janov zeigt. Dort hatten Neonazis im November 2008 versucht, das Roma-Viertel anzugreifen und sich stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei geliefert. Bei der Patrouille des »Schutzkorps« im Vorfeld dieses Pogroms wurde Šlégrová von einem Roma als »Faschistin« beschimpft, woraufhin sie ihn unsanft zur Seite schubste. Die Szene ließ sich hinterher unter dem Titel »ein zartes Mädchen mag die Roma nicht« als Clip betrachten und wurde über 300.000 Mal geklickt.
Dabei hatte der Mann nicht Unrecht. Šlégrová war als zweite Vorsitzende die einzige Frau im Vorstand der Jugendorganisation, bis sie im Herbst 2011 nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung stand. Seitdem tritt sie als »freie Nationalistin« auf. Doch für die DSSS übernimmt sie weiterhin organisatorische Aufgaben. Bei den Regionalwahlen im Herbst 2012 kandidierte die Kellnerin in der Region Ústí für die Partei. Auch ihre Eltern und ihr älterer Bruder Jiří besetzen regelmäßig mittlere Listenplätze für die DSSS. Seit 2006 nimmt Šlégrová zusammen mit ihrem Bruder Jiří an Aufmärschen des »Nationalen Widerstands« und der »Autonomen Nationalisten« teil. Auf Einladung der NPD war sie mehrfach in Deutschland, marschierte zuletzt in Hof am 1. Mai 2012 hinter dem Banner des »Deutsch-Böhmischen Freundeskreises«.
Als sie im Januar 2012 wegen »Propagierung von Nazismus und Antisemitismus« in Most vor Gericht stand, veranlasste ihr Anwalt, dass ein Sachverständiger seines Mandats entbunden wurde, weil er aufgrund seiner jüdischen Herkunft befangen sei. Auch wenn die tschechische Szene vor allem wegen ihrer antiziganistischen Attacken bekannt ist, ist sie doch auch durch und durch antisemitisch.

Der Verbindungsmann

Wichtigster Verbindungsmann der DSSS zur deutschen und insbesondere bayerischen Neonazi-Szene ist Lukaš Stoupa aus Klášterec nad Ohri. Als Aktivist des »Národní odpor Karlový Vary« (»Nationaler Widerstand Karlsbad«) hat er enge Kontakte sowohl zur NPD als auch zum »Freien Netz Süd«. Lange Jahre war Stoupa Mitglied einer informellen Gruppe von Konzertveranstaltern mit dem Namen »Eisernes Kreuz«. In den 1990er Jahren war er gemeinsam mit Mitgliedern der Neonazi-Band »Hlas Krve« (»Stimme des Blutes«) an einem Angriff auf einen Roma-Jungen in Chomutov beteiligt, der schwere Verletzungen davontrug. Der 1999 gegründete »Národní odpor« (NO; Nationaler Widerstand) ist der größte neonazistische Zusammenschluss jenseits der DSSS und tritt im Netz seit Kurzem als »Svobodný odpor« (»Freier Widerstand«) auf. Neben der Organisation von Konzerten legt der NO einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Demonstrationen und Aufmärschen. Seit die DSSS sich zunehmend in diesem Feld profiliert, verliert der NO an Bedeutung. War beispielsweise bis zum Jahr 2007 der NO für die Anmeldung der 1.Mai-Aufmärsche verantwortlich, hat seither die DSSS diese Aufgabe übernommen.

Die Aktivistin

Michaela Rodová, geborene Dupová, ist bei den meisten neofaschistischen Aktionen im In- und Ausland dabei. In ihrer Heimatstadt Kladno bei Prag organisiert sie mit den »Autonomen Nationalisten« die jährlichen Aufmärsche zum 28. September, dem Todestag des tschechischen Patrons Wenzel und gleichzeitig offizieller »Tag der tschechischen Staatlichkeit«.
Vor ihrem Engagement bei den in Anlehnung an die deutschen »Autonomen Nationalisten« aufgebauten »Nationalisten Kladno« hatte Dupová die Frauenkameradschaft »Resistance Women Unity« gegründet und im Jahr 2008 bei den Regionalwahlen in Mittelböhmen für die »Arbeiterpartei« kandidiert.

Der kleine Kreis

In den letzten Jahren ist der Kreis der Führungspersonen durch polizeiliche Repression und/oder Rückzüge ins Privatleben noch kleiner geworden. Patrik Vondrák vom »Národní odpor« und den »Mladí Národní Demokraté o.s.« (»Junge Nationaldemokraten e.V.«) beispielsweise war im November 2007 durch die Anmeldung eines Aufmarsches durch das jüdische Viertel in Prag international bekannt geworden. In den Jahren danach stand er mehrfach wegen nazistischer Betätigung vor Gericht und fiel zuletzt – auch als Prager DS-Vorsitzender – aufgrund einer Haftstrafe aus. Michal Glas, lange Zeit die führende Figur der AN Mittelböhmen und DS-Kandidat, erklärte 2011 schriftlich seinen »Rücktritt« aus der Szene aus familiären Gründen. Fehlende Bildung und persönliches Unvermögen verhindern gleichzeitig, dass jemand aus dem neofaschistischen Nachwuchs in führende Positionen nachrückt.
Der eklatante Mangel an Kadern dürfte mit ein Grund für das mangelnde Mobilisierungspotenzial der Szene sein. Von jenen 4.000 militanten Neonazis, die es laut Innenministerium im Land gibt, ließen sich 2012 nie mehr als 150 auf die Straße bewegen. An der Bedrohungslage von rechts hat das jedoch nichts geändert. Einer Zählung des »European Roma Rights Centre« zufolge hat das neofaschistische »Fußvolk« von Januar 2008 bis Juni 2012 fünf Roma in Tschechien umgebracht und zehn Brandanschläge auf von Roma bewohnte Häuser verübt.

Katerstimmung in Großbritannien

Eigentlich sollten extrem Rechte in Großbritannien in Jubelstimmung sein: Angesichts einer niedergehenden Wirtschaft, eines harten Sparkurses und wachsenden wirtschaftlichen Pessimismus könnten die Chancen für rassistische Schuldzuweisungen kaum besser sein.

von Nick Lowles und Matthew Collins (HOPE not hate)

Bei den Kommunalwahlen im Mai 2012 wurde die »British National Party« (BNP) von den WählerInnen abgekanzelt. Sie verlor ihre letzten Sitze. »Von Labour besiegt – wie die anderen. Keine Überraschung, keine Schande« twitterte Nick Griffin, Vorsitzender der BNP, in einem verzweifelten Versuch, der Niederlage einen positiven Anschein zu geben. Anders als von vielen befürchtet, hat es die BNP nicht geschafft, Haushaltskürzungen und Wirtschaftskrise auszunutzen. Seit den desaströsen Wahlergebnissen bei den Unterhaus- und Kommunalwahlen 2010 hat die BNP nur noch zwei Sitze in Stadträten und einen in einem Gemeinderat, nachdem sie vor zweieinhalb Jahren noch insgesamt 56 Sitze hielt. Die Mitgliederzahlen sind von 14.000 auf heute circa 3.500 gefallen. Die meisten ihrer führenden Köpfe haben demoralisiert oder im Streit mit Griffin der Partei den Rücken gekehrt.

Der Niedergang der BNP kam dem Aufstieg der »English Defence League« (EDL) zugute. 2009 gegründet, gewann die EDL durch ihre Strategie provokativer Aufmärsche und aggressiver, islamfeindlicher Parolen schnell UnterstützerInnen und Medienaufmerksamkeit. Tausende nahmen an ihren Aufmärschen teil, auf Facebook hatte sie mehr als 90.000 UnterstützerInnen.

Bis 2010 hatte es den Anschein, dass die EDL die BNP ersetzen werde. Obwohl sie immer noch mehr UnterstützerInnen mobilisieren kann als die BNP, hat sich auch für die EDL das Blatt gewendet. Die Teilnahme bei Aufmärschen ist zurückgegangen und einst treue Untergruppierungen fordern mittlerweile offen den Rücktritt ihres Anführers Stephen Lennon. Der Niedergang der EDL ist eng mit dem von Anders Breivik 2011 in Norwegen verübten Massenmord verknüpft. Einst interessierte Medien wandten sich jetzt gegen die Gruppe und hoben dabei ihren Extremismus und ihre Gewaltbereitschaft hervor. Aber auch die zahllosen Aufmärsche ohne klare Ziele begannen die Mitglieder abzuschrecken. Ebenso haben zahlreiche Verhaftungen, schärfere Polizeimaßnahmen und öffentliche Empörung dazu beigetragen, dass die Popularität der EDL zurückging.

Wirtschaftlicher Pessimismus

Die Umstände, die zum Aufstieg der BNP und ihren Wahlerfolgen geführt hatten, dauern an und werden schlimmer. Die Wirtschaftslage hat sich verschlechtert, die Lebenshaltungskosten sind gestiegen und der Sparkurs fährt die öffentlichen Leistungen runter.

Die BNP konnte zwischen 2001 und 2009 gute Ergebnisse erzielen. In Jahren also, die rückblickend als wirtschaftlich relativ gut angesehen werden. Während die Leitdaten wie Arbeitslosigkeit und Inflation niedrig waren und die Einkommen für die meisten stiegen, hatten nicht alle Teilhabe an dieser Situation. Die, die die BNP wählten, fühlten sich alles andere als wirtschaftlich abgesichert.

In der Umfrage »Fear and HOPE« im vergangenen Jahr durch den »Searchlight Educational Trust« zeigte sich, dass wirtschaftlicher Pessimismus die Hauptursache für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist.

Der wirtschaftliche Pessimismus wächst angesichts sich verschlechternder wirtschaftlicher Prognosen und geringer Aussichten auf einen Aufschwung in den kommenden Jahren. Das Umfrageinstitut »Ipsos MORI« berichtete im Juni 2012, dass mittlerweile 50 Prozent der BritInnen glauben, dass sich die Wirtschaft in den kommenden 12 Monaten verschlechtern werde, verglichen mit gerade mal 18 Prozent, die an eine Verbesserung glauben.

Es gibt aber weitere Faktoren, die zu einem Aufstieg der extremen Rechten beigetragen haben. Der Umfang der Zuwanderung nach Großbritannien ist ein zentrales Thema für viele WählerInnen, insbesondere derjenigen, die für die BNP gestimmt hatten. Auch wenn die Sorge um die wirtschaftliche Lage das Thema Einwanderung abgelöst hat, sind beide in den Köpfen vieler miteinander verknüpft.

Die Erweiterung der EU in den kommenden Jahren um Kroatien, Albanien und Bosnien-Herzegowina wird die Debatte um die Visumsfreiheit neu beleben; ein Thema, das der extremen Rechten nützen könnte.

Aber noch weitere unverändert fortbestehende Faktoren haben zum Aufstieg der Rechten beigetragen. Die BNP profitierte enorm von der Politikverdrossenheit und dem Mitgliederschwund der großen Parteien. Beschleunigt wurde dieser Trend durch den Spesenskandal zahlreicher ParlamentarierInnen von 2009. Aber der Bruch zwischen den Parteien und den WählerInnen war tiefgreifender und machte sich laut Umfragen bei den WählerInnen der BNP am stärksten bemerkbar.

Der Aufschrei Englands

Im Jahr 2014 wird voraussichtlich das Referendum für die schottische Unabhängigkeit stattfinden. Wie auch immer es ausgehen mag, der Gewinner wird der englische Nationalismus sein. Dies wird teilweise unmittelbares Ergebnis der Abstimmung sein, ist aber auch als eine Fortsetzung des Trends der vergangenen 15 Jahre zu sehen. Ein jüngerer Bericht des »Institute for Public Policy Research« (IPPR) zeigt, dass sich die Zahl derer, die sich selbst als »EngländerInnen« statt als »BritInnen« bezeichnen, in den letzten Jahren verdoppelt hat. Er zeigt auch, dass sich der Begriff »Englishness« politisiert hat.

»Englishness« ist weit selektiver als »Britishness«. Ein Bericht von »Fear and HOPE« zeigte, dass die, die sich als »EngländerInnen« bezeichnen, stärker gegen Einwanderung und Multikulturalität sind als die, die sich als »BritInnen« bezeichnen.

Dass die Politisierung von »Englishness« – auch ohne institutionelle Mobilisierung – wächst und dass so viele glauben, es gebe keine Partei für »EngländerInnen«, ist ein Grund zur Sorge. Mit dem Wachsen der »Englishness« als Reaktion auf das Referendum besteht die Gefahr, dass die Feindlichkeit gegenüber denen, die nicht als »EngländerInnen« angesehen werden – Nicht-Weiße und Nicht-ChristInnen – ebenso wachsen wird.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Rechte von dieser Stimmung profitieren wird, ist hoch. Die Frage, die sich stellt ist: Welche ihrer Organisationen werden profitieren?

Trotz ihrer vielen Probleme in den letzten Jahren, gibt es die BNP noch und sie ist der Markenname für Rassismus. Ihr Zugpferd ist Nick Griffin – trotz seiner Kleingeistigkeit, seiner Unberechenbarkeit und seiner politischen Inkompetenz. Bei den Europawahlen 2014, bei denen das Verhältniswahlrecht gilt, wird Griffin seinen Sitz für Nord-West-England verteidigen. Bei den EU-Wahlen 2009 erhielt die BNP 6,4 Prozent der Stimmen; 10 Prozent davon aus Regionen, in denen die BNP nicht aktiv war.

Während die BNP über die letzten Jahre viele ihrer Mitglieder, Köpfe und MäzenInnen verloren hat, konnte sie doch durch eine große finanzielle Zuwendung den Bankrott abwenden. Dies wurde in 2012 von »HOPE not hate« aufgezeigt. Die BNP wird offensichtlich darauf setzen, dass sie neue Mitglieder und finanzielle UnterstützerInnen gewinnen wird, wenn sie wieder Aufwind kriegt.

Allerdings wird sie noch das grundlegende Problem, dass sie eine nationalistische und rassistische Partei in einem zunehmend offenen Land ist, lösen müssen. Selbst eine große Zahl derer, die gegen Einwanderung sind, würden sich gegen den kompromisslosen Rassismus der BNP wenden. Wenn aber die BNP ihren Rassismus aufgibt, gibt sie ihre eigentliche Identität auf. Und das wird wohl nicht passieren.

Der Niedergang der BNP hat kleine Bewegungen und Parteien entstehen lassen; darunter solche wie »Britain First« und die »Democratic Nationalist Party«. Andere desillusionierte BNP-AnhängerInnen sind zur »National Front« oder den »English Democrats« übergelaufen. Zwar hat es unter diesen Gruppen anfängliche Versuche einer Allianz gegeben; solange die Differenzen zwischen den Fraktionen bestehen, ist die Aussicht auf Erfolg eher gering.

Die Aussichten der BNP werden möglicherweise von dem offensichtlichen Zerfall der »English Defence League« gefördert. Der politische Pakt der EDL mit der »British Freedom Party« scheint kontraproduktiv zu sein. Prominente Mitglieder der EDL fordern den Rücktritt von Stephen Lennon. Griffin hingegen hat in den letzten Monaten den GegnerInnen Lennons in der weit radikaleren EDL-Abspaltung, den »Infidels«, den Hof gemacht. Im August gab er eine 46-seitige Broschüre mit dem Titel »Was verbirgt sich hinter der English Defence League? Neo-Konservative, Ultra-Zionisten und ihre nützlichen Idioten« heraus.



Allerdings ist diese Strategie auch mit politischen Risiken behaftet. Während sich Griffin bei den gewaltbereitesten und radikaleren Kreisen der EDL beliebt macht, bringt er seine Partei weiter mit Gewalt in Verbindung. Das mag bei den BNP-AnhängerInnen gut ankommen, die mit der konfrontativeren EDL sympathisieren, nicht aber bei ihren anderen WählerInnen. Zahlreiche Umfragen haben gezeigt, dass die meisten BritInnen eine starke Abneigung gegen politische Gewalt haben. Und die Nähe zu Gewalt und Schlägern war in den letzten Jahren eines der stärksten Hemmnisse für einen Zugewinn der BNP.

Es gibt noch zwei weitere Gruppierungen, die das politische Vakuum auf Seiten der Rechten ausfüllen könnten, die »English Democrats« (ED) und die »UK Independence Party« (UKIP). Die ED hatten gehofft, den Niedergang der BNP ausnutzen zu können, insbesondere da sie einige der fähigeren Köpfe der BNP für sich gewinnen konnte. Trotzdem ist die Partei bisher eine Randerscheinung geblieben. Die UKIP ist eine Ein-Thema-Partei – Widerstand gegen die EU-Mitgliedschaft – und hat jetzt die Gelegenheit, mit den Konservativen das zu machen, was die BNP mit Labour gemacht hatte; und dabei könnte sie die BNP in den Schatten stellen.

Untersuchungen von Matthew Goodwin und Rob Ford zeigen, dass sich die politischen Ansichten der UKIP- und der BNP-AnhängerInnen im Hinblick auf Einwanderung und Multikulturalität nur gering unterscheiden. Während die BNP generell mehr Unterstützung aus dem ArbeiterInnenmilieu hatte binden können und die UKIP in traditionell konservativen Kreisen erfolgreich war, könnte sich das in Zukunft ändern.

Wie Rob Ford ausführt, nutzt die UKIP einerseits, dass sie nicht mit Extremismus und Gewalt in Verbindung gebracht wird, andererseits kann die zunehmende Konvergenz von Einwanderung, Kultur, wirtschaftlichen Themen und der EU dazu führen, dass sie nicht mehr als eine Ein-Thema-Partei wahrgenommen wird.

Gewaltbereitschaft

Während die Nähe zur Gewalt jeder rechten Partei, die WählerInnenstimmen will, schadet, zieht sie einfache Mitglieder an und richtet gewaltige Schäden in einst multikulturellen Stadtteilen an. Eine der Folgen des Niedergangs der BNP und des Aufstiegs der EDL war die Zunahme an Gewalt. Diese Entwicklung wird sich möglicherweise in den kommenden Jahren noch verschärfen. Die EDL hat eine ganze Generation junger Männer radikalisiert, von denen sich viele nach langfristig radikaleren und gewaltbereiteren Alternativen wie den »Infidels« und den »Combined Ex-Forces«, beides EDL-Abspaltungen, gesehnt hatten.

Es lassen sich auch mehr rassistische Übergriffe von TäterInnen, die sich mit der EDL identifizieren, auch wenn sie mit ihr keinen direkten Kontakt hatten, feststellen. Die EDL ist zu einer eigenen Marke geworden und produziert Bilder und Stimmungen, die vergleichbar sind mit dem rassistischen und gewaltbereiten Image der »National Front« der 1970er.

Während auf kurze Sicht die Zukunft für die EDL trüb erscheinen mag, hat sie Tausende junger Männer politisiert und an sich gebunden, die anlässlich eines Vorfalls wie einem Terroranschlag schnell wieder ihre Netzwerke reaktivieren könnten. Das hätte dann nichts mit der Führung der EDL zu tun, sondern mit ihrem Namen und der aggressiven Rhetorik.

In institutionalisierter Form kann das Wiedererstarken kleinerer, aggressiverer faschistischer Gruppen wie der »Racial Volunteer Force« und anderer Abspaltungen der »Combat 18« festgestellt werden. Hier radikalisieren sie AnhängerInnen, von denen einige in den letzten Jahren mit Terroranschlägen in Verbindung gebracht werden konnten.

Die britische extreme Rechte ist zersplittert und tief zerstritten; auf mittlere Sicht wird das so bleiben. Wir können das zunächst gerne so sehen, zu Wohlgefälligkeit gibt es aber keinen Anlass. Über kurz oder lang wird sie wieder eine politische Bedrohung darstellen. In der Zwischenzeit sollten wir uns auf die nächste Welle organisierter oder spontaner rassistischer und politischer Gewalt vorbereiten.

»Hammerfest«

Am 3. November 2012 fand im französischen Toul nahe Saarbrücken das von den »Hammerskins« organisierte »Hammerfest« statt. Rund 2.000 Neonazis aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Belgien und Frankreich konnten ungestört feiern. Das Konzert war am ursprünglichen Veranstaltungsort in Deutschland zuvor von der Polizei verboten worden. Sieben Bands waren für den Abend angekündigt: »Blutzeugen« (Sachsen), »Sturmwehr« (Gelsenkirchen) »Moshpit« (Altenburg), »Division Germania« (Mönchengladbach), Vérszerödés (Ungarn), »Der Stürmer« (Griechenland) sowie »Wolfsfront« (Rheinland-Pfalz). Die Rivalitäten zwischen den »Hammerskins« sowie dem »Blood & Honour«-Netzwerk scheinen aus der Welt zu sein: »Jede/r ist eingeladen« hieß es auf dem Ankündigungsflyer und auch auf Internetseiten von B&H wurde Werbung für das Konzert gemacht.

»Russischer Marsch«

Am 4. November 2012 sind mehrere tausend NationalistInnen beim »russischen Marsch« durch Dutzende Städte Russlands gezogen. In Moskau marschierten die TeilnehmerInnen mit schwarz-gelb-weißen Zarenfahnen und Trommeln entlang des Moskwa-Flusses. Erstmals seit Jahren wurde ihnen der Marsch nicht in einem Vorort, sondern im Moskauer Stadtzentrum genehmigt. Die NationalistInnen forderten eine Visumspflicht für ArbeiterInnen aus Zentralasien und dem Kaukasus und hetzten mit Parolen wie »Moskau ist eine russische Stadt« gegen EinwanderInnen. Die Polizei nahm rund 25 NationalistInnen fest, die Hakenkreuze trugen. Unter den Marschierenden waren auch ultraorthodoxe ChristInnen, die Ikonen und Kreuze trugen. Der prominente Oppositionsführer Alexej Nawalny erschien entgegen seiner Ankündigung nicht. In einer Moskauer Metrostation kam es im Anschluss an den Marsch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen NationalistInnen und AntifaschistInnen.

Ukraine: NationalistInnen im Parlament

Am 28. Oktober 2012 wurde in der Ukraine ein neues Parlament gewählt. Die extrem rechte Partei »Swoboda« (»Freiheit«) hat rund 10 Prozent der Stimmen erhalten. Damit ist sie zum ersten Mal im obersten Haus des Landes vertreten und konnte mit 37 Abgeordneten sogar in Fraktionsstärke einziehen. Mit anti-russischen Ressentiments und Nationalismus konnte die Partei offenbar bei vielen WählerInnen punkten. In ihrem Wahlprogramm schreibt sie von einer »sozialen und nationalen Revolution«, fordert die Eindämmung von Einwanderung und den Vorrang von »ethnischen Ukrainern« bei der Besetzung staatlicher Ämter. AusländerInnen sollen keine Mehrheiten an ukrainischen Banken besitzen und keinen Grundbesitz erwerben dürfen. Gegenüber der »Deutschen Welle« sagte der stellvertretende Parteichef Andrij Mochnik: »Swoboda will den korrupten Diktator Viktor Janukowitsch und andere antiukrainische Kräfte an der Macht bekämpfen.«

Bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 12. Dezember 2012 wurde der »Swoboda«-Abgeordnete Ruslan Koschulinskij zu einem der stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt. Er war als gemeinsamer Kandidat der Opposition angetreten. Zu dieser gehört auch die Partei »Udar« (»Schlag«) des ehemaligen Profiboxers Vitali Klitschko, der sagte, seine Partei würde mit vielen Vorschlägen, die Swoboda einbringe, übereinstimmen und werde bei Punkten, die ukrainische Interessen betreffen, mit ihr zusammenarbeiten.

Randale in Warschau

Am 11. November 2012 – dem offiziellen polnischen Nationalfeiertag – sind in der Hauptstadt Warschau rund 20.000 NationalistInnen aufmarschiert. Dabei kam es zu Straßenschlachten zwischen DemonstrationsteilnehmerInnen – darunter zahlreiche Neonazis und Hooligans – und der Polizei. Bereits auf dem Weg zum Auftaktort attackierten diese die Sicherheitskräfte mit Steinen und Feuerwerkskörpern, als sie versuchten in Richtung einer zeitgleich stattfindenden antifaschistischen Demonstration vorzudringen. Im Vorfeld hatten die Neonazis wiederholt damit gedroht, die Kundgebung der NazigegnerInnen anzugreifen. Organisiert war der »Marsch der Unabhängigkeit« von den nationalistischen Gruppierungen »Nationalradikales Lager« (ONR) und »Allpolnische Jugend«. Unter den TeilnehmerInnen waren extrem Rechte aus ganz Europa: eine Abordnung der ungarischen Jobbik-Partei, Mitglieder der »Slowakischen Nationalpartei« (SNS), VertreterInnen der italienischen »Forza Nuova« sowie serbische Neonazis.

Rechtsruck in Japan

Am 16. Dezember 2012 fanden in Japan vorgezogene Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Dabei kam die rechtskonservative »Liberaldemokratische Partei« (LDP) auf 43 Prozent der Stimmen und stellt mit Shinzo Abe den neuen Premierminister des Landes. Mit 11,6 Prozent wurde die rechtspopulistische »Partei der Restauration« drittstärkste Kraft. Ihr Parteivorsitzender, Shintaro Ishihara, ist international durch seine extrem rechten Äußerungen aufgefallen. Er ist bekannt für seine anti-chinesische Einstellung, fordert Atomwaffen für Japan und ist der Meinung, dass »die japanische Politik dringend eine Diktatur benötigt«. Zusammen mit weiteren Politikern machte er im Wahlkampf extrem rechte Forderungen salonfähig. Premierminister Abe will die Menschenrechte beschränken, die Gleichberechtigung der Frau streichen und die sogenannte »Kono-Erklärung« widerrufen. In dieser hatte Japan zugegeben, dass seine Armee im Zweiten Weltkrieg Frauen aus den Nachbarländern als Zwangsprostituierte verschleppte hatte.

»Death in June« Europatour

Im Rahmen der Fortsetzung der Europatournee der Band um Douglas Pearce fand am 7. und 8. Dezember 2012 in der Reithalle Dresden das »Runes & Men Festival 2012« statt. »Death in June« war an beiden Tagen der Headliner. Mit Bands wie »Fire + Ice« und »Of The Wand & The Moon« war der Act bereits in der Vergangenheit aufgetreten (s. drr Nr. 133). Der Veranstalter konnte nach »mehrtägiger intensiver Recherche keine Bestätigung für eine politisch rechte Verortung der Musiker finden«. Dementsprechend sah er keinen Grund für eine Intervention. Für den 25. Dezember wurde in dem Veranstaltungskomplex für eine »onkelz-party« geworben.

»alpen-donau.info« Prozess – Urteil

Am 10. Januar 2013 wurden die Urteile im »alpen-donau.info«-Prozess (s. drr 133, S. 29) vor dem Wiener Straflandesgericht gesprochen. Der Hauptangeklagte Gottfried Küssel wurde zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt. Die beiden Mitangeklagten Felix Budin und Christian Anderle wurden zu sieben Jahre beziehungsweise zu viereinhalb Jahren verurteilt. Die Urteile sind nicht rechtskräftig.

»Volk, Wirtschaft, Kapital«

von Jana Feldmann

Nicht erst mit der Kampagne »Nationale Antworten auf die Wirtschaftskrise« im Jahre 2009 positionierte sich die NPD selbstbewusst als Partei der »kleinen Leute«, indem sie vermeintliche Antworten auf die soziale Schieflage in Deutschland präsentierte. Bereits die Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) fußen auf ihrer sozialpolitischen Programmausrichtung. In dem Buch »Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD« versucht Hendrik Puls der Frage nachzugehen, ob es der Partei gelungen ist, einen spezifisch rechten Antikapitalismus zu begründen und zu verbreiten.
Kleinschrittig bearbeitet der Autor die Kritik des Kapitalismus der NPD, in dem er sich Stichworte wie Arbeitslosigkeit, Einkommensunterschiede, Privatisierung, Abbau der Sozialleistungen, Staatsverschuldung, Steuerlast, Globalisierung, Geldwirtschaft etc. herausgreift. Dem gegenüber stellt er die NPD-»Alternativen« zum Kapitalismus wie »Volksgemeinschaft«, »Nationaler Sozialismus«, »Solidarismus« etc.
Eine Einbettung der Kapitalismuskritik der NPD in den aktuellen gesellschaftlichen Referenzrahmen und die ideologischen Vorläufer der Zwischenkriegszeit verortet einerseits den Antikapitalismus der NPD als eine Antwort auf eine objektive Krisenbetroffenheit und als ein individuelles Gefühl der Existenzbedrohung durch die Arbeitsmarktreform unter Gerhard Schröder sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008. Andererseits ordnet Puls die NPD als faschistische Partei ein, da ihr Antikapitalismus seine Wurzeln im historischen Faschismus hat. An manchen Stellen wünscht sich der/die LeserIn ein wenig mehr Ideologiekritik, so dass die faschistischen Elemente der Kapitalismuskritik der NPD an Schärfe gewinnen. Eine Zusammenführung der einzelnen Ideologiefragmente würde das Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der NPD, die so genannte raumorientierte Volkswirtschaft, verständlicher machen.
Die Stärke der Studie, die der Autor als Magisterarbeit an der Uni Münster einreichte, liegt in der umfangreichen Auswertung von Artikeln der Parteizeitung »Deutsche Stimme« aus den Jahren 1998 bis 2010. Diese hat der Autor mit vielen Zitatauszügen und mit aktuellen Erkenntnissen der Faschismus- beziehungsweise Neonazismusforschung angereichert.

Hendrik Puls: Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD. Münster: edition assemblage, 2012, 142 Seiten, 16,80 Euro.

Neonazikonzerte unter der Lupe

von Annelies Senf

»Blut muss fließen« – der Buchtitel lehnt sich an die Rockversion der Mannheimer Skinhead-Band »Tonstörung« des gleichnamigen SA-Kampfliedes an. Das Lied hat sich innerhalb der RechtsRock-Szene zur »Hymne« entwickelt und erklingt auf diversen Konzerten.
Thomas Kuban, der Autor des Buches, kann auf viele Konzerterfahrungen zurückgreifen. Er war fast neun Jahre mit der versteckten Kamera in neun europäischen Ländern auf ungefähr 50 Neonazi-Konzerten unterwegs und stellte somit einen umfangreichen Fundus an Ton- und Bildaufnahmen von Konzerten zusammen. Nahezu ungestört von staatlicher Seite finden deutschland- und europaweit regelmäßig Konzerte statt, bei denen Bands mit neonazistischen, rassistischen und gewaltverherrlichenden Texten auftreten und von einem begeisterten Publikum gefeiert werden. Kuban beschreibt seine Eindrücke von Konzerten mit den Neonazi-Bands »Noie Werte« und »Race War«, von NPD-Konzerten in Sachsen sowie von Konzerten der »Hammerskins« und von »Blood & Honour« in Frankreich und Belgien.
Angereichert werden die Konzertberichte durch Informationen über die jeweilige Band, den Veranstalter oder einzelne AkteurInnen. Parallel zu den Konzertbesuchen baute Kuban mit verschiedenen Identitäten direkten Kontakt zu den AkteurInnen auf. Präzise stellt er dem/der LeserIn mithilfe eines angenehm lesbaren Reportage-Stils das Innenleben einer vernetzten und geschlossenen Struktur dar.
Gleichzeitig ist dieses Buch aber auch eine Anklageschrift – eine Anklage gegen die zuständigen Behörden und die Medienlandschaft in Deutschland. Das Nichteingreifen beziehungsweise die Duldung der Konzerte durch Polizei, Staats- und Verfassungsschutz ermöglicht diese für die Neonazi-Szene wichtigen Events.
Während der Film »Blut muss fließen – Undercover unter Nazis« die Radikalität der NS-Szene in grobkörnigen Bildern einfängt und eindringlich dokumentiert, beschreibt das Buch auch das Zusammenspiel zwischen Neonazi-, Hooligan- und Rocker-Szene.
Mit dem Porträt der Südtiroler Band »Frei.Wild« thematisiert Kuban in seinem Buch die Vermarktung von Nationalismus und Anti-Antifaschismus auch über die RechtsRock-Szene hinaus und liefert damit zudem einen wichtigen Beitrag zur »Grauzonen-Debatte«.

Thomas Kuban: Blut muss fließen. Undercover unter Nazis. Campus: Frankfurt/M., 2012, 316 Seiten, 19,99 Euro.

Peter Ohlendorf: Blut muss fließen – Undercover unter Nazis. Dokumentarfilm. Filmfaktum: Freiburg, 2012, 87 min., derzeit kein Verkauf.

Antifaschismus in Irland

von Fabian Kunow

Im Jahr 2012 feierte die »Antifascist Action Ireland« ihr 21-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass – in Irland setzt mit 21 die Volljährigkeit ein – suchte die Organisation Kontakt zu »Comrades« im europäischen Ausland und legte ein bebildertes Büchlein zur Geschichte der extremen Rechten in Irland vor. Deren Geschichte lässt sich nicht ohne die Geschichte vom militanten antifaschistischen Widerstand – ob von linken RepublikanerInnen oder heutigen antifaschistischen AkteurInnen, welche der deutschen Antifa-Bewegung ähneln – erzählen. Mehr als einmal wurden faschistische Bemühungen so konsequent unterbunden, dass über Jahre hinweg Ruhe war mit deren Aktivitäten.
Im Gegensatz zur Nachbarinsel England ist über die extreme Rechte im ehemaligen Armenhaus Europas hierzulande wenig bekannt. Dieses ist nach dem Lesen der – in verständlichem Englisch verfassten – Lektüre »Undertones. Anti-fascism and the far-right in ireland 1945-2012« anders.
Das Buch führt von den irisch-faschistischen Organisationen in den 1940er Jahren bis in die Gegenwart. Diese hat nun, seit Irland im Zuge des ökonomischen Aufstiegs des »Celtic Tiger« nicht mehr Auswanderungs- sondern Einwanderungsland geworden ist, nicht mehr nur am historischen Faschismus orientierte Gruppen zu bieten, sondern auch bürgerlich-rassistische Formationen wie die »Immigration Control Plattform«.
Im Wesentlichen dreht es sich aber in »Undertones« um subkulturelle Ausdrucksformen von Neofaschismus in Form von Skinheads und Hooligans oder solche im vermeintlich akademischen Gewand, denn es hatten immer wieder international tätige Holocaust-LeugnerInnen Irland als Basis für ihre Propaganda genutzt.
Nicht fehlen darf in der Aufzählung ein Kapitel zu »British fascism in the six counties«, bei uns als »Nordirlandkonflikt« bekannt. Kämpften und agitierten doch in den Jahren der »Troubles« britische Neonazis auf Seiten der protestantischen LoyalistInnen.
»Undertones« ist leicht und spannend zu lesen – hauptsächlich aufgrund der vielen eingebauten Zitate der vom Autor im Zuge seiner Recherchen zu dem Band interviewten antifaschistischen AkteurInnen, welche seit den 1940er Jahren aktiv waren. So verknüpfen sich auf gelungene Weise systematische, akademisch-korrekte Geschichtsschreibung über die extreme Rechte in Irland und selbsterzählte Bewegungsgeschichte des irischen Antifaschismus.

Bernhardo O´Reilly: Undertones. Anti-fascism and the far-right in ireland 1945-2012. Anti-Fascist Action Ireland: Dublin, 2012, 88 Seiten, 6,- Euro.

»HC« Strache

von Carsten Wilken

»HC«, so wurde Heinz-Christian Strache in seiner Kindheit genannt und so nennen seine Fans ihn heute wieder. 2004 wurde das Kürzel dem Vergessen entrissen, wie Nina Horaczek und Claudia Reiterer in ihrer 2009 veröffentlichten Biographie »HC Strache« über den Parteivorsitzenden der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) schreiben. Gründlich haben sie dafür recherchiert, viele Gespräche geführt, vor allem mit Leuten aus dem Umfeld des Obmanns, auch mit Jörg Haider. Sie zeichnen ein vielschichtiges Porträt des heute 43-Jährigen. Den LeserInnen wird beiläufig zudem ein tiefer Blick in die extreme Rechte des Landes erlaubt – mit all ihren Querelen. Und, das sei für alle hinzugefügt, die sich bisher weniger mit der Alpenrepublik beschäftigten, Strache ist nicht irgendwer und die FPÖ derzeit keine Splitterpartei. Sie schließt in WählerInnenumfragen mitunter dicht zu den beiden großen österreichischen Volksparteien auf.

Mit diesem Buch muss Hans-Henning Scharsach konkurrieren, der sich im vergangenen Jahr dem gleichen Vorhaben widmete. »Strache« heißt sein Buch, der Untertitel: »Im braunen Sumpf«. Auch er beleuchtet Straches politischen Aufstieg, doch der Bundesobmann ist oft nur Aufhänger für ihn, sich mit der extremen Rechten zu beschäftigen. Seine Ausführungen lesen sich indes flüssig, seine Einblicke sind ebenso interessant – viel Neues erfahren die LeserInnen jedoch nicht unbedingt. Aber das ist auch schwer, denn Horaczek und Reiterer haben gut vorgelegt und sehr genau geschildert, in welches neonazistische Milieu Strache in jüngeren Jahren verwickelt war. Er besuchte zum Jahreswechsel 1989/1990 beispielsweise das Winterlager der vier Jahre später verbotenen »Wiking Jugend«. Der Unterschied beider Publikationen liegt, wie schon angedeutet, mehr in der Gewichtung, und auch in der Methode. Scharsach wertete für sein Porträt vor allem Quellen aus, während die beiden Journalistinnen viele Interviews führten. Daher sei jenen, die sich stärker für den Vorsitzenden und die FPÖ-Parteiführung interessieren, die lebendige, aber ältere Veröffentlichung empfohlen, für einen stärker grundlegenden Einblick hingegen das Buch von Scharsach, dessen Quellenangaben eine Vertiefung ermöglichen.

Nina Horaczek, Claudia Reiterer: HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde. Wien: Ueberreuter, 2009, 256 Seiten, 22,95 Euro.

Hans-Henning Scharsach: Strache: Im braunen Sumpf. Wien: Kremayr & Scheriau, 2012, 335 Seiten, 24.- Euro.

Rechtspopulismus in Europa I

von Paul Wellsow

In Europa sind rechtspopulistische Parteien stark geworden. Nicht nur in Italien, Österreich und Ungarn waren oder sind sie an Regierungen beteiligt. Die »Forschungsgruppe Europäische Integration« der Universität Marburg hat eine Bestandsaufnahme zum »Rechtspopulismus in der Europäischen Union« vorgelegt. Gerd Wiegel beschreibt in seinem Beitrag die »Freiheitliche Partei Österreichs« als Ausgangspunkt dieses Phänomens. Sie habe extrem rechte Positionen, Wirtschaftsliberalismus sowie einen populistischen Stil kombiniert und sich als »sozialer Schutzfaktor des ethnisch definierten Volkes« präsentiert. Anna-Franziska Stiede beschreibt den autoritären, rassistischen und sexistischen Charakter der Politik Italiens unter Silvio Berlusconi. Sie untersucht, wie sich Wirtschaft und Reproduktion auf einen ethnisierten und geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarkt stützen – abgesichert durch mediale Diskurse und Gesetzgebung.

Zwei Beiträge zeigen den autoritären und völkischen Charakter der ungarischen Regierung unter Victor Orbán. Aljoscha Pilger beschreibt Ideologie, Aufstieg und Agieren der Parteien »Fidesz« und »Jobbik« sowie den sie stützenden »völkisch-nationalen Block«. Im Mittelpunkt des Beitrags von Magdalena Marsovszky steht der erschreckend rasche Umbau des Landes. Sie beleuchtet die Durchdringung der Gesellschaft durch völkische Ideologie und die »Ethnisierung der Politik«. In Spanien gibt es mit der »Plataforma per Catalunya« (PxC) nur in einer Region eine erfolgreiche rechtspopulistische Partei. Auf nationaler Ebene sorge die Erinnerung an den Faschismus sowie die konservative »Partido Popular« dafür, dass keine rechtspopulistische Partei Erfolg habe, schreibt Patrick Eser. Weitere Beiträge befassen sich mit Homophobie in Rechtsparteien (Yves Müller), dem Rechtspopulismus in der Euro-Krise (Nikolai Huke/Haris Triandafilidou) sowie dem französischen »Front National« und Strategien gegen rechte Wahlerfolge (Elisabeth Gauthier).

Rechtspopulismus wird in dem Band nicht als »Extremismus«, als Abweichung von gesellschaftlicher Norm oder als rein ideologisches Moment verstanden. Hier gelingt eine theoretisch fundierte Deutung von Ideologie und politischer Praxis vor dem Hintergrund sozialer und ökonomischer Entwicklungen. Einige Aufsätze sind leider sehr voraussetzungsvoll. Insgesamt ist der Sammelband aber sehr empfehlenswert.

Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union. Hamburg: VSA Verlag, 2012, 168 Seiten, 16,80 Euro.

Rechtspopulismus in Europa II

von Jens Breuer

Die Veröffentlichung »Rechtspopulismus in Europa« entstand aus einer Initiative der Grünen-nahen niederländischen Stiftung »Bureau de Helling« und ist im Kontext der »Green European Foundation« realisiert worden. Sie folgt einer ›grünen‹ Perspektive: Mal weniger, mal stärker werden Fragen aufgeworfen, wie sich die grünen Parteien in Europa gegenüber dem Rechtspopulismus verhalten können. Ärgerlich ist, um das vorab zu sagen, dass die AutorInnen leider mitunter auch ihren Platz gebrauchen, um ›Linken-Bashing‹ zu betreiben. Im Vorwort wird sich dazu verstiegen zu behaupten, dass sich bei der Partei »DIE LINKE« bei solchen Themen »linkspopulistische Tendenzen« manifestieren würden, »wo in anderen Ländern rechtspopulistische Bewegungen aktiv sind« und als Beispiel dafür die angebliche »Anti-EU«-Haltung der Partei genannt. Man muss »DIE LINKE« nicht mögen, aber eine derart undifferenzierte und letztlich für eine solche Publikation peinliche Einlassung hätte es nicht gebraucht. Auch nervt es, wenn Dick Pels aus den Niederlanden meint, der Nationalsozialismus sei aus dem Sozialismus entstanden – eine eigentlich klassisch rechte These. Besonders einfältig, wenn er dann ein paar Zeilen später behauptet, dass sich eine »wechselseitige [...] Annäherung von links und rechts« verfestige, nur weil die Partei von Geert Wilders ebenso wie die »Dänische Volkspartei« den Wohlfahrtsstaat verteidige. Jenseits dieser nur mit Kopfschütteln zu überlesenden Zeilen beinhaltet der Sammelband jedoch einige interessante Ideen. In einem klaren Moment schreibt Pels zum Beispiel, dass der Rechtspopulismus mit seiner Betonung individueller Freiheitsrechte im Kontext seiner nationalistischen Vorstellungen zu einer neuen Synthese komme: »Statt einander zu widersprechen, ergänzen sie die Ideale der individuellen Selbstbehauptung (das neoliberale ›ich zuerst‹) und die nationale Selbstbestimmung (das neonationalistische ›mein Volk zuerst‹): ›Jeder für sich, und die Niederlande für uns alle‹«. Geistig anregend sind auch die Beiträge von Olga Pietruchova, die zeigt, wie RechtspopulistInnen den Frauenkörper als »Schlachtfeld im Kulturkampf« benutzen, oder jener von Merijn Oudenampsen, der philosophisch inspirierte Ideen für mögliche Gegenstrategien skizziert. Daher hat der Band Beachtung verdient.

Heinrich-Böll-Stiftung, Green European Foundation u. a. (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Wien: planetVerlag, 2012, 222 Seiten, 18,00 Euro.

der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ E-Mail-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos
in dieser Ausgabe:

Robert Andreasch (2) (Seite: 10/11)
apabiz e. V. (Seite: 12)
Udo Grimberg/Wikipedia (Seite: 20)
pflichtlektuere.com (Seite: 22)

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.